

Brückenstatiker
weisen
Kritik zurück

Mittwoch, 23. Mai 1984 - D **

Arzt Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
Anzeigenabteilung Köln (0 20 54) 10 15 34 / Vertikallinie
Hamburg (040) 347-1 - Filialblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 120 - 21. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 55 Schilling, Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr.
Niederlande 2,90 Gulden, Norwegen 1,50 Nkr., Österreich 13,50 S., Portugal 100 Esc.
Schweiz 2,50 Sfr., Spanien 160 Ptas., Schweden 1,20 Kr., Tschechien 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Golfkrieg: Präsident Reagan hat Saudi-Arabiens Regierung schriftlich gebeten, amerikanischen Kampfjets zu stationieren. Landeplatz in Saudi-Arabien, wenn der Einsatz von US-Streitkräften zum Schutz der Schifffahrt im Persischen Golf erforderlich werden sollte. (S. 5)

Appell an Japan: Die Außenminister Iraks und Kuwaits haben Japan aufgefordert, seine Ölimporte aus dem gegen Irak Krieg führenden Iran zu drosseln. Nur wenn das Geld knapp werde, lasse sich Teheran zur Beendigung des Krieges bewegen.

Ausgewiesen: Die britische Regierung hat zwei tschechoslowakische Diplomaten wegen Spionage des Landes verwiesen. In Belgien wurden zwei Personen aus der DDR von der Spionageabwehr als Agenten entlarvt. Erst am Wochenende waren in Belgien zwei Angestellte der sowjetischen Handelsmission wegen Spionage verhaftet worden. In Moskau wurde ein britischer Diplomat ausgewiesen, offenbar als Reaktion auf die Ausweisung eines Sowjetdiplomaten in London vergangene Woche.

Rumänien nimmt teil: Staatspräsident Ceausescu hat zugesichert, daß sein Land Sportler nach Los Angeles schicken werde, teilte der Organisator der Olympischen Spiele mit. (S. 10)

Streik-Kosten: Nach dem Ende der gegenwärtigen Streiks will der Deutsche Städtetag notfalls gerichtlich klären lassen, wer den Gemeinden die durch Streikfolgen entstehenden Sozialhilfeausgaben ersetzt. (S. 4)

Flucht: Einem 17-jährigen Polen ist an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze die Flucht in die Bundesrepublik gelungen. Ein ihm begleitender Freund wurde von tschechoslowakischen Grenzern festgenommen.

Studium: Nur noch 59,2 Prozent der Schüler, die dieses Jahr die Hochschul- oder Fachhochschulreife erwerben, wollen studieren, ermittelte das Statistische Bundesamt. 1983 waren es 62,5 Prozent, 1982 noch 67,1 Prozent.

Postgebühren: Bis 1985 wird die Bundespost ihre Gebühren nicht erhöhen, teilte Minister Schwarz-Schilling mit.

Vatikan/CSSE: Papst Johannes Paul II. hat eine Einladung des Prager Erzbischofs zu einem Besuch im nächsten Jahr angenommen, verlautete aus westlichen Diplomatenkreisen in Prag.

Heute: Wahl des Bundespräsidenten - Fortsetzung der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie. Nordwürttemberg/Nordbaden. - 4. Konferenz der europäischen Kultusminister in Berlin.

ZITAT DES TAGES



„Wir sind gespannt, welche Kommentare die IG Druck-Zensur über unseren Parteitag zuläßt.“

FDP-Generalsekretärin Ingrid Adam-Schwartz gestern zur Äußerung des Gewerkschaftsvorsitzenden Ferlemann auf dem SPD-Parteitag, er sei nicht traurig, wenn aufgrund des Druckers-Streiks bestimmte Kommentare „erst mit Zeitverzögerung“ erschienen.

FOTO: FRANK DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Glasfaser: Um das Projekt einer gemeinsamen Produktion von Glasfasern doch noch verwirklichen zu können, will Siemens stellvertretend für die anderen Kabelhersteller AEG, Philips, Kabelmetal und SEL einen Antrag auf Ministererlaubnis stellen. Die fünf Firmen hatten vom Bundeskartellamt eine Abmahnung erhalten. (S. 11)

Automarkt: In den ersten vier Monaten des Jahres wurden 1,1 Millionen neue Kfz zugelassen - 1,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen in den EG-Staaten (ohne Griechenland) sank im April saisonbereinigt um 227 000 auf 12,5 Millionen.

Börse: In der Hoffnung auf ein baldiges Streikende kam es an den Aktienbörsen zu Meinungskäufen, so daß sich bei den meisten Standardwerten Kurssteigerungen ergaben. Der Rentenmarkt war teilweise freundlicher. WELT-Aktienindex 150,9 (150,0), Dollarmittelkurs 2,7445 (2,7656), Mark Goldpreis pro Feinunze 379,50 (380,75) Dollar.

KULTUR

Sacharow: Während die Welt um den sowjetischen Nobelpreisträger bangt, nahm man bei den Filmfestspielen in Cannes kaum Notiz von Jack Golds Produktion „Sacharow“. Das erschütternde Werk über das Schicksal des Regimekritikers wurde nicht ins Programm aufgenommen. Ihm blieb nur ein kleines Kino abseits des Festivals. (S. 21)

Philadelphia Orchestra: Zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren ist das amerikanische Elitensembles auf Europa-Tournee. Sie führt die Musiker in 17 Tagen von München nach Wien, London, Berlin (1. Juni) Paris und in sechs italienische Städte. Die Tour de Force wird das Orchester etwa 2,8 Millionen kosten. (S. 21)

SPORT

Tennis: Beim World-Team-Cup in Düsseldorf unterlag Andreas Maurer (Neuss) dem Amerikaner John McEnroe 1:6, 2:6. Die CSSR besiegte Italien; Schweden die Australier.

Fußball: Die Sowjetunion erlitt beim Kongreß des Weltverbandes eine neue Niederlage. Sie mußte ihren Antrag auf Änderung der Olympia-Zulassung für Profispieler zurückziehen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Erbeben: Heftige Erdstöße haben heute Teile Ostchinas, darunter die Hafenstadt Shanghai, erschüttert. Die Stärke erreichte 6,2 auf der Richterskala.

Absturz: Auf einer Routenmission stürzte gestern südlich von Seoul ein amerikanisches Anflugzeug vom Typ U 2 ab. Vor 24 Jahren hatte ein anderer U 2 Schlagzeilen gemacht, als sie aus großer Höhe über der Sowjetunion abgeschossen wurde. (S. 22)

Wetter: Wolkig mit zunehmenden Aufhebungen, nur vereinzelt Schauer. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Des Ostens Angst vor der Totalitarismus-Doktrin. Von Peter Dittmar S. 2

Wahlkampf: Europa - fremd, ungeliebt und fern der britischen Insel. Von Fritz Wirth S. 3

Bonn: Wann darf ein Asylantrag ausgestellt werden? Zimmermann lehnt FDP-Forderungen ab S. 4 und 19

Rom: Die Kommunistische Partei möchte Regierungschef Bettino Craxi zu Fall bringen S. 5

Zypern: Denktasch vertieft Spaltung; Verfassungsentwurf für türkischen Teil der Insel S. 6

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Motorsport: Streik dämpft deutsche Hoffnungen in der Formel-1-Weltmeisterschaft S. 8

WELT-Report: Versicherungen: Makler - als internationaler Partner gefragt S. 18 und 19

Fernsehen: „Kraftprobe“ - ein Mädchen boxt sich durch; das Ende in der Wolkenwand S. 20

Italien: Streit der Urenkelinnen des Nationalhelden Garibaldi ergötzt das Land S. 22

Reagan bekennt sich zu Berlin

US-Präsident Prüfstein für westliche Willensstärke / Mauer ist ein grausames Symbol der Unterdrückung

PETER GILLIES, Bonn

Die Sicherheitsgarantie der Westalliierten für Berlin ist „dauerhaft und unverbrüchlich“, und die amerikanischen Freundschaftsbände mit der Stadt sind „fest und unerschütterlich“. Das bekräftigt der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, in einem Exklusiv-Beitrag für die WELT. Er schließt sich auf die Chancen hin, die Ost-West-Beziehungen „auf der Basis von Realismus, Stärke und Dialog“ zu verbessern. Reagan schlägt vor, den 750. Geburtstag der Stadt als Gelegenheit zu nutzen, „den weiteren Abbau der Barrieren zu feiern, welche diese Stadt teilen“.

Das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 habe dazu beigetragen, Berlin „ruhiger, stabiler und sicherer zu machen“, schreibt Reagan für den WELT-Report der WELT, der dieser Ausgabe beiliegt. Dieser Vertrag „muß weiterhin strikt eingehalten und voll angewendet werden, in allen Sektoren Groß-Berlins“. Trotz der tiefen Unterschiede zwischen Ost und West „läßt sich doch vieles erreichen, was im Interesse der Menschen liegt“. Berlin sollte „Ausgangspunkt für die Minderung jener Teilungen sein, die

soviel Elend in die Welt gebracht haben“. Die Vereinigten Staaten „beachten es als eine Ehre, eine wichtige Rolle in der Erhaltung der Freiheit Berlins zu haben“, meint der US-Präsident. Wie der übrige Westen ziehe auch diese Stadt Nutzen aus der Fähigkeit des westlichen Bündnisses, Kriege zu verhindern. Wie vor 35 Jahren (Luftbrücke) habe es der Westen auch 1983 (Nachrüstungsentscheidung) abgelehnt, sich einem sowjetischen Diktat zu beugen. Infolgedes-

sen sei seine Sicherheit gewachsen. „Die Sowjetunion weiß nun, daß der Westen das Notwendige tun wird, um den Frieden zu bewahren“, erklärt Reagan. Berlin stelle „einen Prüfstein für westliche Willensstärke“ dar, sei aber auch „zum Beispiel für die erfolgreiche Bewältigung empfindlicher Ost-West-Probleme geworden“, erinnert der Präsident.

Ronald Reagan nennt die Mauer, die Berlin teilt, ein grausames Symbol der Unterdrückung. Er erinnert an seinen Berlin-Besuch 1982, als er

WELT-Report Berlin

Ein 64seitiger Farb-Report skizziert diese Stadt, die wie keine andere Metropole soviet Zuneigung auf sich zieht

Mut zur Zukunft. Heute rede man in der Stadt weniger von Krisen, vielmehr „weht wieder ein frischer Wind“. Er wolle die Probleme nicht verniedlichen, aber es dominiere wieder „der Geist wachsenden Selbstvertrauens und des unternehmerischen Elans“, meint der Kanzler im WELT-Report. Mit einer aktiven Industriepolitik sei „der Anfang zur Erneuerung der Wirtschaftsstruktur gemacht“.

Richard von Weizsäcker, der sich heute der Wahl zum Bundespräsidenten

Arbeitgeber greifen zur Abwehraussperrung

65 000 Metallarbeiter im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden betroffen / IG Druck: Politische Schlichtung notwendig

fac./DW, Stuttgart / Frankfurt

Mit Beginn der Frühlichtstunden haben die Metallarbeiter gestern im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden insgesamt rund 65 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Gleichzeitig setzte die IG Metall in dem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ihren zu Beginn der Woche auf das Tarifgebiet Hessen ausgeweiteten Streik fort. Wie der Verband der Metallindustrie (VMI) in Stuttgart mitteilt, ist die Abwehraussperrung in den Betrieben des Tarifgebiets mit mehr als 2000 Beschäftigten planmäßig angefallen. Zu den betroffenen Betrieben gehören Werke der Daimler-Benz AG in Stuttgart, Mannheim und Gaggenau sowie Bosch und Standard Electric Lorenz (SEL) in Stuttgart. Auch Siemens in Karlsruhe, Audi in Neckarsulm und Brown Boveri & Cie AG in Mannheim sind in die Abwehraussperrung einbezogen.

Von der Maßnahme der Arbeitgeber, die eine Antwort auf den Anfang vergangener Woche von der Gewerk-

schaft in Nordwürttemberg/Nordbaden begonnenen Streik in 35 Metallbetrieben ist, sind Angestellte, Auszubildende und Mitglieder der betrieblichen Notdienste nicht betroffen.

Unter dessen halten die Bemühungen um ein Ende der Auseinandersetzung an. So kamen die Vertreter von IG Metall und Gesamtmetall bei einem Gespräch am Montagabend nahe Frankfurt überein, die Tarifver-

handlungen für Nordwürttemberg/Nordbaden stellvertretend für alle Tarifbezirke am Donnerstag wiederaufzunehmen. Ohne nennenswertes Ergebnis verlief gestern auch das zweite Spitzengespräch zwischen dem Bundesverband Druck und der IG Druck und Papier in der Nähe Frankfurts. Beltz Rübelmann, der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, bezeichnete die fünfständigen Beratungen als „kleinen Schritt auf dem

SEITE 2: Das Stuttgarter Loch
SEITE 4: Polizei räumt Totenlosigkeit ein

Journalisten, daß „noch keine politische Schlichtung vereinbart“ worden sei. Es sei auch „keine bestimmte Persönlichkeit ins Auge gefaßt worden“. Der Streik der IG Druck und Papier gehe weiter. Eine Schlichtung werde möglicherweise telefonisch vereinbart, fügte er hinzu. Im Grundsatz bekräftigte er das Festhalten der Arbeitgeberseite an der Regelarbeitszeit von 40 Stunden. Am Dienstagmorgen traten in Frankfurt die Entscheidungsgremien des Bundes-

verbandes Druck zusammen um zu überlegen, ob und wann es zu einer Aussperrung kommen werde. Beltz Rübelmann meinte ferner, es gebe Grund zu der Annahme, daß eine weitere Eskalation des Arbeitskampfes nicht eintritt.

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, sieht - wie er vor Journalisten in Frankfurt sagte - keine Möglichkeit mehr ohne eine politische Schlichtung den Arbeitskampf in der Druckindustrie zu beenden. Ferlemann fügte allerdings hinzu, die Gewerkschaft werde auch im Falle einer politischen Schlichtung ihren „flexiblen Arbeitskampf weiterführen“. Er lehnte den Flexibilisierungsvorschlag des Bundesverbandes Druck in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung ab. Ein Eingehen auf diesen Vorschlag würde bedeuten, daß man vom Grundsatz abricke durch die 35 Stundenwoche Arbeitsplätze zu schaffen, meinte Ferlemann. Die IG Druck und Papier werde nur eine einheitliche Form der Wochenarbeitszeitverkürzung zulassen.

Pöhl mahnt Tarifparteien zur Einsicht

AP, Düsseldorf

Bundesbankpräsident Pöhl hat gestern die Tarifparteien eindringlich zu einer baldigen Beendigung des Arbeitskampfes um die 35-Stunden-Woche aufgefordert. Auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken bezeichnete er Pöhl in Düsseldorf als „verhängnisvoll“, wenn die konjunkturelle Erholung durch einen Arbeitskampf gefährdet würde. Er respektierte die Tarifautonomie, müsse aber aus der Verantwortung der Bundesbank an die Tarifparteien appellieren, „alles in ihren Kräften stehende zu tun, um diesen Arbeitskampf bald und unter Begrenzung des Schadens zu beenden“. Nur dann werde es möglich sein, die günstigen Prognosen für 1984 zu realisieren.

Kohl würdigt Verdienste von Carstens

dpa, Bonn

Bundeskanzler Kohl hat gestern die Verdienste des scheidenden Bundespräsidenten Karl Carstens gewürdigt und den CDU-Politiker Richard von Weizsäcker für die Wahl zum neuen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen. Vor der Unionsfraktion erklärte Kohl, Carstens habe das Amt beispielhaft geprägt. Im Zusammenhang mit der heute stattfindenden Wahl hat Bundespräsident Barzel prüfen lassen, ob Luise Rinser, von den Grünen für das Amt des Bundespräsidenten nominiert, die Kriterien für die Wahl erfüllt. Frau Rinser hatte erklärt, im vergangenen Jahr sei sie nicht wahlberechtigt gewesen.

Seite 2: Präsident der Einheit
Seite 3: „Wir atmen dieselbe Luft“

Ausschuß-Vorsitzender von SPD abgelehnt

dpa, Düsseldorf

Zu einem Eklat kam es gestern im nordrhein-westfälischen Landtag bei der konstituierenden Sitzung des Untersuchungsausschusses für das Aachener Klinikum: Die fünf SPD-Vertreter lehnten mit ihrer Mehrheit den von der CDU-Opposition benannten Abgeordneten Klein als Ausschußvorsitzenden ab. Nach der Geschäftsordnung stehen der Unionsfraktion der Vorsitz in diesem Gremium und das Vorschlagsrecht dafür zu. SPD-Sprecher räumten ein, daß dieser Vorgang wohl einmalig in der deutschen Parlamentsgeschichte sei. CDU-Abgeordnete sprach in einer ersten Reaktion vom „Ende des Parlamentarismus“. Die SPD begründete ihren Schritt mit „erheblichen Bedenken gegen den Kollegen Klein“.

Stoltenberg für „kleine“ Steuerreform

HEINZ HECK, Bonn

Die Steuerreform ist heute erneut Thema eines Spitzengesprächs der Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP. Hierzu erklärte Finanzminister Stoltenberg, der Haushalt habe sich im ersten Jahresdrittel zwar günstig entwickelt als erwartet, doch legten die zu erwartenden Haushaltsrisiken eine vorsichtige Betrachtung nahe. Im Gegensatz zu zahlreichen Politikern der Bonner Koalition sieht Stoltenberg keine Chance, eine Steuerreform mit einem Volumen von etwa 20,6 Milliarden Mark zum 1. Januar 1986 ohne nennenswerte Kompensation der Einnahmehinfortfälle zu beschließen. Der Finanzminister favorisierte die „kleine Lösung“ mit zehn bis zwölf Milliarden Mark.

Seite 11: Widerstand wächst

„Sachlich harte“ Gespräche in Moskau

Genscher wirbt bei Gromyko für neuen Anlauf zu internationaler Verständigung

FRIEDRICH NEUMANN, Moskau

Nach einer zweiten ausführlichen Unterredung mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko ist Bundesaußenminister Genscher gestern im Kreml von Konstantin Tschernenko empfangen worden. Nach dem Eindruck von Augenzeugen blieb der 73-jährige Staats- und Parteichef - im Vergleich zu seiner Begegnung mit Oppositionsführer Vogel - ausdruckslos und wortkarg. Beim Hineingehen nahm er Hilfe in Anspruch.

Auch bei dieser Begegnung lag die Gesprächsführung bei Außenminister Gromyko. Deutsche Delegationsmitglieder sind überzeugt, daß der erste stellvertretende Ministerpräsident - zumindest in Fragen der Außenpolitik - inzwischen zur bestimmenden Figur der sowjetischen Parteiführung aufgestiegen ist.

Die Begegnung zwischen Gromyko und Genscher war, bei aller Verbindlichkeit im Tonfall, durch sachliche Härte gekennzeichnet. Der Bundesaußenminister erklärte anschließend, trotz fortbestehender Gegensätze, vor allem in Sicherheitsfragen, habe sich die Stabilität der deutsch-sowjetischen Beziehungen erneut bestätigt.

Genscher und Gromyko trafen sich zum sechsten Mal innerhalb von zwölf Monaten. Unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten gab es hauptsächlich in bezug auf die Ursachen der gegenwärtigen internationalen Spannungen.

Genscher war bemüht, dem Kreml die Verhandlungsbereitschaft des Westens zu verdeutlichen. Er berief sich dabei auf die NATO-Erklärung

daß über die Frage der weltraumgestützten Abwehrwaffen gegen Raketen möglichst rasch gesprochen wird.

Hans-Dietrich Genscher lud seinen Amtskollegen zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik Deutschland ein und bekräftigte, daß auch Staats- und Parteichef Tschernenko in Bonn jederzeit willkommen sei. Er konfirmierte mit Gromyko nicht zuletzt eindringlich über humanitäre Fragen. Die diesbezüglichen Ausführungen in seiner Tische Rede wurden vom Parteigänger „Prawda“ gestern nicht abgedruckt. So zum Beispiel, daß die vermehrte Aussiedlung von Deutschen „für uns ein ganz wesentlicher Punkt der gegenseitigen Beziehungen ist“ und daß sich die Wahrung der Menschenrechte „an jedem einzelnen Menschen erweisen“ müsse. Genscher teilte mit, er habe sich auch dafür eingesetzt, daß das Ehepaar Sacharow die Möglichkeit erhalten solle, in einem Land seiner Wahl ärztliche Behandlung zu finden. Angesichts sowjetischer Propaganda über eine Wiedergeburt von Revanchismus und Militarismus in der Bundesrepublik verteidigte Genscher nachdrücklich die Haltung der Vertriebenen.

SEITE 10:
Freundlichkeiten, Polemiken

vom Dezember vorigen Jahres, die solche Gespräche „jederzeit und an jedem Ort“ anbot. Allerdings bleibe es auch bei dem Zusatz „ohne Verbindungen“, unterstrich der Bundesaußenminister. „Ob und wann die Sowjetunion daraus Konsequenzen ziehen wird“, lasse sich nicht sagen.

Angesichts der feindseligen Haltung Moskaus gegenüber der amerikanischen Regierung habe er viel Zeit darauf verwandt, den Verhandlungswilligen Washingtons zu verdeutlichen, sagte Genscher. „Wir werden ganz klar um einen neuen Anlauf zur Verständigung“, Bonn trete dafür ein,

Wenn es keine Kunst wäre,
ein so einzigartiges Bier zu brauen, müßte es
doch mehr Alternativen geben.

Das einzige wahre
Beck's
Internationales Spitzen-Pilsener der Premium-Klasse.

„Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt“

Heute wird die Bundesversammlung einen neuen Präsidenten für die Bundesrepublik Deutschland wählen. Der Nachfolger von Karl Carstens wird Richard von Weizsäcker heißen, denn nur die „Grünen“ haben mit Luise Rainer eine Gegenkandidatin aufgestellt.

Von H.-R. KARUTZ

Das Mai-Grün der Bäume am Fuße der Wartburg leuchtete frisch. Richard von Weizsäcker stand wie ein Wächter vor dem hölzernen Burgtor und blickte über die Kammeln des Thüringer Waldes. Dann schrie er, umringt von jungen Christen aus Erfurt und Eisenach: „Autogramme – ein Mann für, hüben und drüben“. Diese Szene spielte vor gut einem Jahr beim „Luther-Jahr“ der evangelischen Kirche auf dieser so ganz und gar deutschen Feste.

Das Wächter-Amt aus der Höhe, der Blick für das Ganze – hier ließ es sich schon in Augenschein nehmen.

Der heutige Tag der Präsidentenwahl markiert den höchsten Kurvenpunkt in der Lebenslinie des 68-jährigen Politikers; eine Linie zwischen vielen Koordinaten: schwäbischer Adel, protestantisches Gottvertrauen, Dienst am Staat, Politik als Pflichtteil eines Erbes aus hoher Bildung, Intelligenz und Selbstgewissen.

Die Familie des Freiherrn symbolisiert aber in der Figur seines Vaters Ernst, der von 1938 bis 1943 Staatssekretär des Auswärtigen war, zugleich auch die Verstrickung der Deutschen in einer Zeit, da jene, die Schlimmstes verhüten wollten, am Ende das Schlimmste nicht verhindern konnten.

Die Weizsäcker sind zugleich die einzige Familie in Deutschland, in der zwei Brüder die Kandidatur für das höchste Staatsamt angetreten wurde: Richard als Zilkandidat der Union 1974 gegen Walter Scheel und 1979 seinem rund zehn Jahre älteren Bruder, dem Philosophen und Atomphysiker Carl Friedrich, als Kandidat der SPD gegen Karl Carstens.

Richard von Weizsäcker, der Mann mit dem Faible für Preußen und das Fridericianische, wuchs supranational auf. Die diplomatischen Stationen des Vaters brachten es mit sich, daß er in Kopenhagen und Bonn zur Schule ging. Sein Abitur machte er am Bismarck-Gymnasium in Berlin. Die kurze Vorkriegs-Studentenzeit in Oxford prägte ihn. Das angelsächsische überlagert die brandenburgisch-preussische Einschübe. Britischer Humor dominiert; nicht gallische Witzigkeit, wohl aber Esprit. Er bewegt sich in der guten Stube eines märkischen Pfarrhauses mit derselben Gelassenheit wie im „Weißen Haus“.

Preußen in seiner Ausformung des Dienens, der Kameradschaft und der Nachdenklichkeit über Staat und Gesellschaft erlebte von Weizsäcker in der Residenzstadt Potsdam. Er trat beim Traditions-Regiment I.R. 9 („Graf Neum“) ins Glied. Am Tag des

Aufstands der Offiziere gegen Hitler am 20. Juli 1944 war er zum Einsatz vorgesehen.

In den sechziger Jahren gewann Helmut Kohl, damals Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz, den in der Industrie tätigen Juristen für die Politik. Weizsäcker Reputation, seine damals (wie später) gesamtdeutsch angelegte Arbeit im Rahmen der evangelischen Kirche, schmückte das an Politikern nicht überreiche Bundesland. Kohl blieb sein politischer Weggefährte – wenn gleich nicht immer ohne Bitterkeiten auf beiden Seiten.

Weizsäcker avancierte zum ostpolitischen Vordenker der Union, zum Gegenpart von Egon Bahr, dem Sozialdemokraten. Bei der historischen Abstimmung über den Warschauer Vertrag hielten sich er und eine wenige andere in der Union an die Entscheidung des Fraktionsvorstandes, sich der Stimme zu enthalten, obwohl von Weizsäcker lieber für die Annahme plädiert hätte. Die CDU und andere aus der CDU stimmten dagegen. Der jahrelang schwelende Mißklang und die wechselseitigen Vorbehalte zwischen Weizsäcker und Strauß wurzeln in diesem Vorgang.

Seine Probe auf das Exempel, auch harte Politik machen zu können, kam im Spätsommer 1978. Berlins CDU-Chef Peter Lorenz verabredete mit dem Parteivorsitzenden Kohl den Wechsel des Spitzenkandidaten an der Spree. Zur Auswahl standen von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf und Walther Leisler Kiep. Man entschied sich für Weizsäcker. Bei der Wahl im Frühjahr 1979 aber scheiterte der „Bonner für Berlin“ am SPD-Kandidaten Dietrich Stobbe.

So begann die knappe, aber spurenhafte Zeitspanne von Weizsäcker in Berlin erst zwei Jahre später, als er bei vorgezogenen Neuwahlen den Kandidaten der SPD, Hans-Jochen Vogel, besiegte.

Als neuer Regierender Bürgermeister ordnete er das Chaos aus Hausbesetzungen und Straßenkampf. Er verhinderte durch behutsame Steuerbewegungen am Staats-Ruder, daß sich die „Freie Republik Kreuzberg“ ganz Berlin einverleibte. Weizsäcker Autorität und Persönlichkeit teilten sich der Stadt mit, aber er gab sie ihr nicht preis.

Die Berliner mit ihrer Stadt versöhnt

Er folgte nicht dem Zeitgeist, nur nach dem politischen „Interesse“ zu fragen. Mit ihm kehrte der Grundsatz in die Berliner Politik zurück. Zwar schrieb er sich auch in die kommunalpolitische Handwerkskrolle ein, aber seine Leistung lag in der Fähigkeit, die Berliner wieder mit ihrer Stadt zu versöhnen, sie neu zu gewinnen. „Die Mitte kann auf Dauer nicht Grenze sein“, wandelte er vielfach als sein Motto ab.

Zum 20. Jahrestag des Mauerbaus sagte er am 13. August 1981: „Was wir denken und tun, was wir versäumen oder schaffen, hat in hohem Maß sei-



Das Szenario „Luther-Jahr“ auf der Wartburg: Richard von Weizsäcker gibt jungen Christen aus der „DDR“ Autogramme. FOTO: JAGENS

ne Auswirkungen für unser Land und für unseren Kontinent. Daran werden wir gemessen, daran messen wir uns selbst.“ Das „freie Berlin“ ist zwar eine Insel, aber kein Käfig. Die Berliner, sie lebten „nicht am Rande der Geschichte, sondern in der Mitte der großen politischen Entwicklungen“. Die Menschen würden „niemals aufhören, sich gegen die Mauer als Ausdruck politischer Perversion aufzulehnen“.

Sein Ziel gegenüber der „DDR“ formulierte er am 17. Juni 1983: „Wir werden uns vor Anbiederung bewahren wie von der Polemik fernhalten. Es geht uns nicht um Konfrontation, sondern um Einsicht und Änderung.“

Weizsäcker Souveränität gelang es zudem, durch den unwiederholbaren Kunstgriff, nicht „als Berliner Bürgermeister“, sondern als „deutscher Politiker“ zu Erich Honecker nach Ost-Berlin zu fahren und mit dieser Formel alle Status-Bedenken zu neutralisieren. „Er“ machte Deutschland-Politik nicht mehr ex cathedra, sondern ex officio.

Seine Ansprache als EKD-Ratsmitglied vor 15 000 mitteldeutschen Christen beim Kirchentag in Wittenberg im September 1983 gehörte schon zu den deutschlandpolitischen Intermezzis der „DDR“. Sein Auftritt auf dem Marktplatz der Lutherstadt wäre heute nicht mehr vorstellbar. „Wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Haftung für unsere Geschichte. Die wesentlichen Ziele stellen sich uns heute gemeinsam... Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt“, rief er den Menschen zu.

Weizsäcker Fahrten in die „DDR“ fielen in die fragile Zeit, als Kohl zögerte, frühere Zusagen für die Präsidentschaftskandidatur von Weizsäcker zu erfüllen. Sie besaßen somit auch eine imagefestigende Aufgabe. Denn die wechselseitige Zuneigung zwischen ihm und den Berlinern schlug in Gereiztheit um, und die Berliner Union reagierte auf seine Zielstrebigkeit, das Präsidentenamt zu erlangen, mit tiefer Verbitterung.

Nur zweimal im stillen Intermezzum zwischen dem Abschied in Berlin und dem ungetrübten Willkommen in Bonn gab es vernehmliche Töne und Empfindlichkeiten. Der Kandidat erreichte, daß ein Buch mit Aufsätzen über ihn erst am Morgen nach der Wahl verkauft werden darf. Ein CDU-Sprecher andererseits irritierte die SPD mit der Auskunft, von Weizsäcker habe sich für eine Parteispender-Amnestie ausgesprochen. Dabei war es Kohl selbst, der seinen Kandidaten in der entscheidenden Präsidiumssitzung ausdrücklich davon ausnahm, mit abzustimmen.

Reisen nach Dresden, Weimar und Erfurt

Weizsäcker nutzte die Monate zwischen Stadtamt und Staatsamt, um durch die Mark Brandenburg, nach Dresden, Weimar und Erfurt zu reisen. Er sog Stimmungen, Einschätzungen, Ansichten und Meinungen ein. Weizsäcker wird die Politik des Ausgleichs ohne Vernebelung an seinen Präsidenten-Standort heften. Welchen Spielraum gegenüber dem Kanzler er dabei beansprucht? Schon die Vorbereitung eines Honecker-Besuchs wird dies erweisen. Seine diplomatische Willenshärte in Dingen, die er für richtig und notwendig hält, zeigte sich bereits bei der „Kandidatensuche“ im vergangenen Jahr.

Europa – fremd, ungeliebt und fern der Insel

Europa, das ist für die Masse der Briten nach wie vor ein fremdes, unbegreifliches Phänomen. Noch immer berichtet das Fernsehen mehr über Indien als über Frankreich und Deutschland. Im Zeichen von Konfrontation mit der EG und Skepsis gegenüber dem Kontinent hat auf der Insel der Europa-Wahlkampf begonnen.

Von FRITZ WIRTH

Margaret Thatcher trug am Montagabend mal wieder den Kampfansatz. Diese Regierung hat bereits zwei Milliarden Pfund an EG-Beiträgen für Großbritannien zurückgewonnen“, sagt sie. Es war der Start zum Europa-Wahlkampf ihrer Partei, und dieser erste stolze, selbstzufriedene Satz, mit dem sie die Kampfhandlungen eröffnete, enthielt ihr gesamtes Dilemma für die nächsten drei Wochen.

Sie muß plötzlich die Vorzüge und den Nutzen eines Phänomens verteidigen, mit dem sie seit Jahren in Konfrontation lebt. Aus dieser Konfrontation ist ein europäisches Feindbild entstanden, denn das ständige Feilschen der britischen Regierung um „unser Geld“ mußte den Briten suggerieren, daß jenseits des Kanals eine schlitzenhagige Meute von Europäern lebt, die sich auf britische Kosten den Alltag verstüßt.

Nun also muß dieses bisher so hartnäckige, unfähige, kleinliche Europa den Briten plötzlich als etwas Erstrebenswertes verkauft werden. Die Tories tun es mit dem Slogan: „Die starke Stimme für Europa“, und jeder weiß, wessen starke Stimme hier gemeint ist. Margaret Thatchers Kampf ums Geld wird nicht so sehr als ein Kampf für Britannien sondern für Europa dargestellt. So werden EG-Gefechte und Wahlparolen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht.

Die alte Wortartikler beweist, wie heikel und problematisch dieser Wahlkampf für alle britischen Parteien ist. Nicht so sehr wegen ihrer unterschiedlichen Ideologien und ihrer so diversen politischen Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft, das Problem aller britischen Politiker ist, daß sie hier etwas verkaufen müssen, was der Masse der Briten nach wie vor ein erstaunlich fremdes, unbegreifliches und fernes Phänomen ist.

Wenn sie zum Kontinent reisen, dann fahren sie nach „Europa“. Der Kanal ist immer noch mehr als eine Wasserstraße. Das Stoßgebet Gladstones „Glückliches England, durch eine weise Vorkehrung vom Festland getrennt“, hat immer noch seine dankbar empfundene Gültigkeit und Randolph Churchills, des Vaters Sir Winston, Feststellung, daß „das Ansehen dieses Landes darauf beruht, daß es sich im Zustand einer Virgo intacta befindet“, wird auch heute noch von vielen Briten gern untergeschrieben.

So verteidigen sie diesen Zustand mit der Energie alter Jungfern, die ja oft bis ins hohe Alter in dem Wahn leben, daß ihr Zustand der Jungfräulichkeit um so attraktiver wird, je älter sie selbst werden.

Auf diesem Boden gedeiht dann der unausrottbare, immergrüne

Dauer-Superlativ, der den Briten fast Tag für Tag immer aufs Neue von den Journalisten eingeblendet wird: „British is best“. So sind sie überzeugt, das beste Schulsystem, das beste Theater, die besten Computer, die besten Fußballer und das beste Rechtssystem der Welt zu besitzen.

Von diesem hohen Roß her läßt sich dann leicht herausfinden, daß vom Kontinent, von Europa her also, das Ungemach kommt: die Tollwut, das Deizimalsystem (das nach Ansicht vieler Briten bis heute noch für die einst galoppierende Inflation verantwortlich war), der Rechtsverkehr, die Butterberge und überhaupt der ganze lästige Geldgänger. Da ist es denn gar nicht mehr erstaunlich, daß sich bei der letzten Meinungsumfrage vor zwei Monaten 55 Prozent der Briten für einen Auszug aus der Europäischen Gemeinschaft aussprachen.

Arroganz? Chauvinismus? Klein-Engländer? ...

Europa-Korrespondent mit Sitz in London

Kaum. Die Wahrheit ist eher: jene Produkte und Eigenarten, die der Briten selbstherrlich als unübertrefflich preist, sind nicht zwangsläufig die besten in der Welt, sie sind nur anders. Er überbewertet sie lediglich deshalb, weil er nichts anderes und möglicherweise besseres kennt. Was ihn vor allem aber von den „neureichen“ Europäern unterscheidet: Stolz und Selbstbewußtsein des Briten werden nicht bestimmt von der Höhe seines Sozialprodukts, sondern vom Wissen um sein Anderssein. Und so ist es zu erklären, warum der angeblich so immerwährend „kranke Mann Europas“ über alle schlimmen Krisenzeiten hinweg unverändert eine so hohe Meinung von sich selbst bewahrt hat.

Dieses bemerkenswerte Selbstbewußtsein und das offenbar so unzerstörbare Gefühl insularen Andersseins nun, wird wachgehalten durch ein oft bestürzendes Maß an europäischer Ignoranz. Und damit ist nicht gemeint, daß sie die komplizierten Mechanismen der Euro-Bürokratie oder die absurde Logik europäischer Agrarpolitik nicht begriffen haben – denn diese Ignoranz wäre verzeihlich – gemeint ist das schlechte Nichtwissen über den europäischen Nachbarn. Denn Tatsache ist: der europäische Bürger und der europäische Alltag sind der Masse der Briten nach wie vor sehr fremde und befremdliche Phänomene.

Der Hauptgrund dafür ist die seit Jahrzehnten unbegreifliche Vernachlässigung Europas in den britischen Medien. Gewiß, die Auslandsberichterstattung der „Times“, des „Daily Telegraph“, des „Guardian“ und besonders der „Financial Times“ ist exzellent. Diese Zeitungen werden jedoch nur von zwei Millionen Briten gekauft. Der Rest bezieht seine Informationen aus dem Ausland und sein Wissen über den europäischen Nachbarn aus dem Fernsehen, dem Rundfunk und der Boulevard- oder Provinzpresse und diese Berichterstattung ist ein Trauerspiel.

Zum Beispiel Fernsehen: die ARD hat in Europa zwischen Moskau und Madrid insgesamt 15 Auslandskorre-

spondenten stationiert. Die BBC deckt diesen Raum mit einem einzigen Fernsehkorrespondenten ab, und der ist in London stationiert. Die Folge: eine kontinuierliche Fernseh-Information über die politischen Vorgänge in den europäischen Hauptstädten findet im britischen Fernsehen nicht statt. Ganz zu schweigen von Features oder Dokumentationen, die die sozialen und kulturellen Strukturen eines europäischen Landes darstellen. Die Schilderung des französischen, italienischen oder deutschen Alltags im britischen Fernsehen: Fehlanzeige.

Die Folge: der Bürger in Bordeaux, München oder Florenz ist dem auf das Fernsehen angewiesenen Briten nach wie vor ein sehr fernes und fremdes Wesen. So gedeihen denn die alten und unausrottbaren Vorurteile und Klischees vom „bloody foreigner“. Und deshalb ist da gar nicht mehr die Frage am Platz, warum die Briten uns nicht verstehen; sie haben keine großen Chancen, es zu tun.

Was das für Folgen hat, offenbarte eine Umfrage unter britischen Jugendlichen vor drei Jahren. Dabei gaben 65 Prozent der Befragten an, daß das Fernsehen ihre wichtigste Informationsquelle über die Bundesrepublik sei. So ist denn das Eingeblendete von 36 Prozent der Befragten nicht mehr erstaunlich, daß sie kaum irgendetwas („hardly anything“) über die Bundesrepublik wissen. Bestürzend jedoch ist die Tatsache, daß 49 Prozent nicht wußten, nach welchem politischen System die Bundesrepublik regiert wird und daß 15 Prozent der jugendlichen Briten die Bundesrepublik für einen totalitären Staat ohne freie Wahlen hielten.

Diese Ignoranz herrscht nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sie gilt für den gesamten europäischen Kontinent. Italien hat nur eine Chance, durch ein Erdbeben oder einen Mord der Mafia in britischen Fernseh-Nachrichten zu erscheinen. Frankreich wird zu einem Fernseh-Ereignis, wenn Frau Thatcher zum Präsidenten Mitterrand fährt, um britisches EG-Geld locker zu machen oder wenn französische Bauern britische Hammeltransporte stoppen. Die „DDR“ ist für britische Fernsehschauer praktisch nicht vorhanden.

Die Folge dieser Europa-Diät reicht weit über Europa hinaus. Denn was die Bürger in Hongkong, Australien, Neuseeland, Kanada oder sonstigen Commonwealth-Ländern aus Europa erfahren, liefert ihnen die BBC. Die Fernsehstationen dieser Länder übernehmen in der Regel, was ihnen von den Briten angeboten wird.

Dagegen aber werden die Briten aus dem Commonwealth gut versorgt. Die Berichte aus Indien, Zimbabwe und selbst aus Südafrika erscheinen mit einiger Regelmäßigkeit auf ihren Bildschirmen. So etwas belebt Erinnerungen aus der Vergangenheit. Die europäische Zukunft aber – sie hat zumindest im britischen Fernsehen noch nicht begonnen.

„Eine starke Stimme für Europa“ heißt der Slogan der Regierung zur Europawahl. Es ist für die Mehrheit der Briten ein Ruf ins europäische Niemandsland. Grübe einer „Virgo intacta“ mit permanenten Kontaktproblemen.

Architekt Schubert will auch in seiner Freizeit hoch hinaus. Ob er das auch noch im Ruhestand kann?



Wenn Gottfried Schubert in einigen Jahren in Pension geht, braucht er an seinem Lebensstandard keine Abstriche zu machen. Denn er hat vorgesorgt. Da ist zunächst einmal seine vor langem bei uns abgeschlossene Lebensversicherung, die ihm zum 63. Geburtstag samt stattdichter Überschußbeteiligung ausgezahlt wird.

Und außerdem hat Herr Schubert noch ein Investment-Anlagekonto. Was er da im Laufe der Zeit anspart, erhält er als Wertpapier-Rente mit Gewinn zurück – nach einem festen Auszahlplan. So gesehen, wird es für den Architekten a.D. keinen finanziellen Grund geben, seinem schönen Hobby ade zu sagen.

Mit diesen interessanten Vorschlägen konnten wir Herrn Schubert bei der Absicherung seiner Altersversorgung weiterhelfen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die

Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche
Genossenschaftsbank

8 regionale
Zentralbanken

Bausparkasse
Schwäbisch Hall

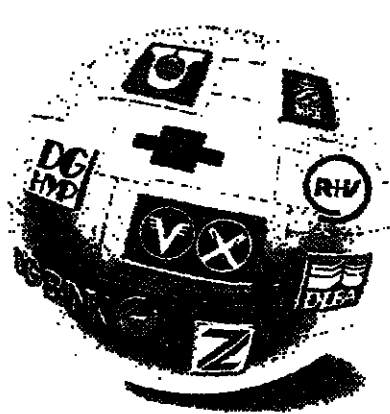
DG HYP
Deutsche
Hypothekenbank

DIFA
Deutsche
Immobilien Fonds AG

Münchener
Hypothekenbank eG

R + V Versicherung

Union-Investment-
Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Wann darf ein Asylant ausgeliefert werden?

Zimmermann lehnt Forderungen der FDP ab

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Koalition stehen Auseinandersetzungen um die Wechselwirkungen zwischen dem Asyl- und dem Auslieferungsrecht bevor. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) lehnt die Forderung der FDP ab, per Gesetz festzulegen, daß Ausländer, wenn sie einen Asylantrag gestellt haben und das Anerkennungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, künftig nicht mehr ausgeliefert werden können. Er befürchtet, daß eine solche Regelung zum Mißbrauch des Asylrechts führen würde. Ende des Monats soll im Bundeskabinett über die kontroversen Positionen debattiert werden.

Die Position des Bundesinnenministers ist durch den Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe gestärkt worden. Darin haben die Vertreter des Justiz- und des Innenministeriums als Alternative zum geltenden Recht ein „eingeschränktes Bindungsmodell“ vorgeschlagen. Es sieht auf der einen Seite eine grundsätzliche Bindung der Entscheidungen im Auslieferungsverfahren an rechtskräftige oder noch nicht aufgehobene Asylverfahren durch das Bundesamt oder die Verwaltungsgerichte vor. Andererseits soll jedoch eine Auslieferung trotz positiver Entscheidung im Asylverfahren erlaubt sein, wenn „die besonderen Sicherheiten des Auslieferungsverfahrens“ verhindern, daß der Betroffene nach der Auslieferung politisch verfolgt wird. Bundesjustizminister Engelhard, der hier unter Druck seiner Fraktionskollegen Baum und Hirsch steht, teilt offensichtlich nicht das Votum seiner Fachbeamten, sondern tendiert zur Haltung der FDP-Fraktion und der des Auswärtigen Amtes. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes haben in der Arbeitsgruppe die Meinung vertreten, sie zögen ein „uneingeschränktes Bindungsmodell“ vor. Allerdings stützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Position des Bundesinnenministers.

Die interministerielle Kommission hat interessante Zahlen und Daten festgehalten. Danach zeigt die Zahl der ausländischen Auslieferungssuchen „steigende Tendenz“. Im

Durchschnitt der letzten Jahre ergibt sich eine Zahl von etwa 300 Ersuchen pro Jahr. Davon wurden etwa 80 Prozent durch Bewilligung und Vollzug der Auslieferung erledigt. Weniger als 10 Prozent wurden abgelehnt, und der Rest der Ersuchen erledigte sich auf andere Weise, etwa durch die Rücknahme des Ersuchens oder die Ergreifung des Betroffenen in einem anderen Staat.

Auffällig ist, daß der Anteil der türkischen Auslieferungssuchen an der Gesamtzahl der Anträge in den früheren Jahren nur etwa 1 Prozent ausmachte, in den letzten vier Jahren sprunghaft angestiegen ist. Er liegt derzeit bei 15 Prozent. Die Auswertung der türkischen Ersuchen von September 1980 bis August 1983 hat ergeben, daß 80 Prozent bewilligt und 25 Prozent abgelehnt worden sind.

Bei etwa 15 Prozent aller Auslieferungsfälle, so hat die Kommission festgehalten, also in jährlich 30 bis 40 Fällen, werde die drohende Gefahr politischer Verfolgung im Auslieferungsverfahren vorgetragen. Während in früheren Jahren hauptsächlich jugoslawische Ersuchen diesem Einwand ausgesetzt gewesen seien, habe sich nun das Schwergewicht auf türkische Ersuchen verlagert.

Die Vertreter der „auslieferungrechtlichen Praxis“, also die Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwaltschaften, vertreten die Ansicht, das geltende Recht habe sich bewährt und bedürfe keiner grundlegenden Änderung. Notwendig sei lediglich eine Verbesserung im Informations- und Koordinationsfluß. Die Vertreter der Verwaltungsgerichtsbarkeit neigten mehrheitlich zu einer „stärkeren Bindung“ der Auslieferungsentscheidungen an Erkenntnisse und Ergebnisse der Asylverfahren. Bei Abwägung der einzelnen Möglichkeiten gaben jedoch die Vertreter des Justiz- und des Bundesinnenministeriums dem Modell den Vorzug, nach dem stets die erste Entscheidung des Bundesamtes abgewartet werden muß und danach jede positive Asylantrag-Entscheidung des Amtes oder eines Gerichtes „so lange Bindungswirkung entfaltet, als sie nicht rechtskräftig aufgehoben worden ist“.

Schmidt soll nochmals vor Flick-Ausschuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Affäre will noch vor der Sommerpause den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt erneut vernehmen. Dabei soll es noch einmal um ein Treffen zwischen ihm und Konzernchef Friedrich-Karl Flick am 13. April 1976 im Bundeskanzleramt gehen. Diese Begegnung will die CDU/CSU bereits morgen bei der Annahmedebatte für Steuersünder bei Parteispenden zur Sprache bringen.

Schmidt soll jetzt darüber Auskunft geben, warum er bei seiner Befragung im Ausschuss am 11. April dieses Jahres nicht erwähnt hat, daß an diesem Treffen auch der ehemalige SPD-Schatzmeister Alfred Nau und der damalige Vorsitzende des Gesprächskreises Wirtschaft und Politik der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Ernst Wolf-Mommensen, teilgenommen haben sollen. Das jedenfalls geht aus einem „Kalenderblatt“ hervor, so Schmidt bei dieser

Vermutung, unter der Überschrift „Termin des Herrn Bundeskanzlers am Dienstag, dem 13. April 1976“. Dort stehe, 11.30 Uhr Gespräch mit den Herren Nau, Mommensen und Flick“. Nach dieser Überschrift war für die Unterredung eine Dauer von 75 Minuten vorgesehen.

Angesichts dieses Eintrags wird in der Koalition darauf verwiesen, daß Schmidt bei seiner Vernehmung dieses „Kalenderblatt“ vor sich liegen und es vor einer Antwort auf eine Frage von Friedrich Bohl (CDU) noch einmal studiert hatte. Das Treffen mit Flick 1976 war erst durch dessen Aussage am 26. März bekannt geworden. Denn bei seiner ersten Befragung hatte Schmidt nur von einer Begegnung mit dem Konzernchef am 25. Oktober 1979 berichtet. Flick hatte erklärt, „soweit ich mich erinnern kann“, daß an dem ersten Treffen auch der damalige Manager Max Paefgen teilgenommen hätte. Paefgen soll morgen vor dem Ausschuss aussagen.



Klaus Meyer-Abich FOTO-DPA

Fischer-Appelt attackiert den Senat

UWE BAHNSEN, Hamburg

An der Hamburger Universität bräut sich ein hochschulpolitisches Unwetter zusammen. Wenige Wochen vor dem Amtsantritt des künftigen Wissenschaftssenators Professor Klaus Meyer-Abich hat sich Universitätpräsident Peter Fischer-Appelt an die Spitze einer Protestbewegung in der Universität gesetzt, die mit ungewöhnlicher Massivität gegen die Sparpläne des Senats für die Hochschule zu Felde zieht.

In einem Interview für den Hamburg-Teil der „Bild“-Zeitung bezeichnete Fischer-Appelt die Sparauflagen der Landesregierung für die von ihm geleitete Hochschule als „nicht realisierbar und schloß „Unruhen“ an der Universität nicht aus. „Mit solchen Einbrüchen können wir nicht leben. Der Senat denkt zu viel an Sparen und zu wenig an die Zukunft unserer Jugend.“

Zu der Forderung des politischen Senats, die Universität solle in den nächsten fünf Jahren 178 Wissenschaftler an die neue Technische Universität in Hamburg abgeben und damit ohne Ersatz auf jeden zweiten Wissenschaftler verzichten, erklärte Fischer-Appelt: „Das können wir nicht schaffen, oder wir müßten ganze Institute und Studiengänge schließen. Wir könnten weniger Studenten ausbilden – und die schlechter als bisher.“

Scharf kritisierte der Universitätspräsident die Sparauflagen bei den Sachausgaben der Universität, die ein „unvertretbares Ausmaß“ hätten: „Da will der Senat zum Beispiel die Zuschüsse für Studentenwohnheime und das Mensa-Essen bis zu 50 Prozent kürzen; für die Bibliothek gibt es weniger Bücher; dabei haben wir schon Hunderte von wichtigen Fachzeitschriften abbestellt.“ Die Sparpläne des Senats seien „undurchführbar“. In Teilen ist nach Auffassung Fischer-Appelts die Forschung an der Hamburger Universität bedroht. „Wir sollen allein in diesem Bereich fünf Millionen Mark einsparen. Ich gebe zu bedenken, daß die Universität aufgrund ihres hervorragenden wissenschaftlichen Ansehens jährlich über 80 Millionen Mark Forschungsschüsse aus Stiftungen und aus der Wirtschaft bekommt. Das garantiert allein 1000 Arbeitsplätze. Wir sind also einer der wenigen Bereiche, der für Hamburg noch Geld anschnappt.“

Nach Ausschreitungen vor Stuttgarter Druckhaus

Polizei räumt Tatenlosigkeit „in Einzelfällen“ ein

XING-HU KUO, Stuttgart

Die massive Warnung wurde verstanden: Thomas Löffelholz, Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“, durfte am Montagabend gegen 20.00 Uhr unbeteiligt in seinem Pkw das seit Freitag besetzte und belagerte Druckzentrum im Ortsteil Möhringen verlassen. Keiner der etwa ein Dutzend Streikposten forderte ihn – wie an den Tagen zuvor – auf, sein Auto durchsuchen zu lassen. Auch andere Mitarbeiter wurden diesmal nicht behindert.

Nur wenige Stunden zuvor hatte Löffelholz vor der Landespresse zornig erklärt: „Als Staatsbürger werde ich mich weder durchsuchen lassen noch diskutieren.“ Wenn man ihn erneut belästige, werde er „notfalls im Wagen übernachtet“. Gemeinsam mit dem Chefredakteur der im gleichen Haus erscheinenden „Stuttgarter Nachrichten“, Jürgen Offenbach, die beide keine Möglichkeit hatten, in ihren bestreikten Häusern über die dramatischen Entwicklungen vor dem Druckzentrum zu berichten, übte Löffelholz heftige Kritik an dem Verhalten der Streikposten und der Untätigkeit der Polizei. Nach der Pressekonferenz bestätigten Mitarbeiter des Verlages und der Redaktion in allen Einzelheiten, wie gegen sie ein „Psychoterror“ praktiziert, aber auch direkt gewalttätig vorgegangen worden war.

Sekretärinnen beschimpft

Eine schwangere Frau berichtete: „Mir wurde von Streikposten ein Bein gestellt.“ Nur mit „großer Mühe“ habe sie einen Sturz verhindern können. Sekretärinnen und technische Mitarbeiterinnen wurden als „Verleumdungen“, Prostituierten, Schweine, Nazis, und dergleichen mehr johnd, „begrüßt“.

Zahlreiche Autos von Mitarbeitern wurden gefilzt, „bis unter die Fußmatte“, auf Windschutzscheiben und Pkw-Fenster wurde mit Fäusten getrommelt, wurde mehrmals berichtet. Zur Einschüchterung gehörte ferner das Fotografieren von „Streikbrechern“. Ein leitender Redakteur (die Namen aller Betroffenen sind bekannt, d. Red.) wurde von mehreren weiblichen Streikposten an der Krawatte gezogen. Als er die Angreiferinnen sanft beiseite schob, stürzten „Kollegen“ auf ihn zu: „Wir bezagen, daß du die Frau tödlich angegriffen hast.“

Ein Feuilletonist wurde als „Drecksau, Nazischwein und Arbeiterverräter“ beschimpft. All dies, so erklärten die beiden Chefredakteure zusammenfassend, habe mit „rechtsstaatlichen Abläufen nichts zu tun“. Die Aktionen in dem Betrieb, in dem die meisten Arbeitnehmer gegen einen Streik seien, wie eine interne Umfrage in einer Druckerei ergeben hatte (80 Prozent dagegen), seien deshalb eine „Blockade, Belagerung und Geiselnahme“, so Jürgen Offenbach.

„Bestürzend“, so Löffelholz, daß die Polizei „diese Rechtskrücke duldet“. Offenbach: „Man hat unsere Leute fast in eine Falle laufen lassen.“ Am Sonntag hatte Stuttgarts Polizeipräsident Eduard Vermander Polizeischutz für 20 arbeitswillige Techniker zugesagt. Die anwesenden Beamten vor Ort wußten jedoch nichts von dieser Zusage. So wurden die 20 Drucker und Setzer von Streikposten eingekesselt und 15 Minuten lang mit Megaphonen „traktiert“, bis sie diesem massiven Druck nicht mehr standhielten.

Polizeisprecher Herbert Gailmayr bedauerte in einem WELT-Gespräch diesen Vorfall. Er sei aufgrund

eines Mißverständnisses entstanden: die „zeitliche Abfolge“ sei nicht völlig klar gewesen. Die Tatenlosigkeit der Polizei räumte der Stuttgarter Polizeisprecher „in Einzelfällen“ ein, verwies darauf, daß die Streikposten ihre Kompetenzen nicht überschreiten.

Einige Streikposten gaben zu, daß es zu „Auswüchsen in der Hitze des Gefechts“ gekommen sei, so auch der Streikposten „Kleinen-Kulmen“ von der Südwestdeutschen Rollenoffset im Druckhaus gegenüber der WELT.

Was Hensche sagt

Aufgeheizt wurde die Stimmung aber auch durch ein Flugblatt der IG Druck, in dem ein bedauerlicher Zwischenfall vom Freitagabend zum „Mordanschlag“ hochstilisiert und Journalisten, darunter Jürgen Offenbach, als „Schreibtischtäter“ dargestellt werden. Der Stuttgarter IG-Druck-Vorsitzende Horst Bekei war von einem Lieferwagen angefahren und verletzt worden. Der Fahrer erklärte, er sei aus dem Wagen gezerrt worden, so daß er die Bremse habe lassen müssen. Auch die Polizei hat bisher keinen Anhaltspunkt für einen Vorsatz gefunden.

Entgegen den Aussagen sogar der Streikposten über „Auswüchse“, die sie allerdings auf das Konto der „Chaoten“ abschieben, will Vorstandsmitglied Detlev Hensche von der IG Druck nichts wissen. Dies sei „Quatsch“, Gewalt habe es nicht gegeben. Ausweis- und Autokontrollen seien bei Streiks „normal“. Er räumte lediglich ein, daß es möglicherweise zu „verbalen Überköchen“ gekommen sein könnte, wofür er jedoch vollstes Verständnis habe.

Die Städte wollen streikbedingte Sozialhilfen ersetzt bekommen

ENITSCHEKE, Bonn

Nach dem Ende der gegenwärtigen Streiks will der Deutsche Städtetag in Köln notfalls durch eine „rechtliche Auseinandersetzung“ klären lassen, wer den Gemeinden die durch Streikfolgen entstehenden Sozialhilfesaufgaben ersetzt. Städtetag-Präsident Günter Samtlebe, Oberbürgermeister der schwer verschuldeten Stadt Dortmund, möchte damit eine Rechtsunsicherheit beseitigen lassen, die seit rund 20 Jahren bei jedem Arbeitskampf die Städte belastet.

Mit der Feststellung: „Wir sehen zur Zeit schlecht aus“ charakterisierte Samtlebe auf Anfrage der WELT die gegenwärtige durch nichts abgesicherte Position der Städte in dieser Streitfrage. Nach dem Bundes-Sozialhilfegesetz sind sie verpflichtet, „bei Bedürftigkeit“ zu zahlen. Bisher hat sich noch kein Streik so lange ausgezogen, daß die meisten drei Wochen nach seinem Beginn anfangende Not sich für die Kommunen katastrophal ausgewirkt. Das habe dazu geführt, so ein Sprecher des Deutschen Städtetages, „daß sich bisher weder Bund noch Länder unserer dringenden Appelle angenommen haben“. Man sei stets davon ausgegangen, daß die Angelegenheit in nicht allzu langer Dauer werde, und tröste sich vielleicht auch jetzt mit dieser Hoffnung. Mit

der halben Anerkennung: „Ja, ja – da muß eine Lösung gefunden werden“ wolle man sich diesmal nicht mehr zufrieden geben.

Die Stadt Dortmund hat ihre nicht sehr hohen Sozialhilfesaufgaben infolge von Streiks 1979 nachträglich nicht ersetzt bekommen. Damals haben sich 700 zeitweilig arbeitslos gewordene Männer und Frauen gemeldet, von denen nur 100 empfangsberechtigt waren.

Wer Sozialhilfe beanspruchen will, muß nachweisen, daß kein „anderes Einkommen“ durch arbeitende Ehefrau oder Kinder vorhanden ist. Sparguthaben müssen bis auf einen Rest ausgegeben werden, ehe die Städte Sozialhilfe zahlen. Im Falle einer Familie mit Vater, Mutter und zwei Kindern zum Beispiel darf ein Rest von rund 3000 Mark auf dem Sparkonto bleiben. Für langfristig festgelegte Vermögenswerte, zum Beispiel Sparbriefe oder Bundesratsbriefe, werden Darlehen gezahlt. Eigengewinnende Einfamilienhäuser werden nicht mit beansprucht und gelten als unantastbar.

OB Samtlebe, in dessen Stadt es 16 Prozent Arbeitslosigkeit gibt, läßt jährlich 140 Millionen Mark Sozialhilfe zahlen, davon 30 Prozent durch Arbeitslosigkeit bedingt.

Kohl: Keine Alternative zur FDP

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Koalition will die Parlamentsdebatte über die Spenden-Affäre und die gescheiterte Amnestie am Donnerstag mit hochkarätigen Rednern bestreiten und zugleich ihre Geschlossenheit durch die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung unter Beweis stellen. Bundeskanzler Helmut Kohl, der ebenfalls in die Debatte eingreifen wird, sagte gestern im Hinblick auf die zunächst angestrebte Amnestie vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in „der Sache“ könne sich die Union nach wie vor sicher sein, „obwohl wir eine Schlappe erlitten haben“. Aber es helfe jetzt nichts, „nur Wunden zu lecken“. Vor dem Hintergrund so mancher kritischer Stimme gegenüber der FDP sagte Kohl, zu der Koalition mit der FDP gebe es „keine Alternative“.

Antrag der Koalition

Neben Kohl werden für die Union Bundesinnenminister Stoltenberg, Fraktionsvorsitzender Dreger und der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe, Waigel, sprechen. Bei der FDP sind dafür der Parteivorsitzende Genscher und seine Stellvertreter Bamm und Mischick vorgesehen. In der FDP-Fraktion, in der von einer „Verbesserung der Grundstimmung“ und „gesteigertem Selbstbewußtsein“ die Rede war, hieß es, die Koalition werde sich in der Debatte nicht auseinanderdividieren lassen. Der Antrag der Koalition ist eine Über-einkunft auf kleinstem Nenner, nachdem der Amnestiegesetz am Widerstand der FDP gescheitert ist. Der Antrag wird aus drei Punkten bestehen und darauf hinweisen, daß eine Finanzierung der Parteien durch den Staat nicht wünschenswert ist, weil sie unabhängig bleiben müßten. Deshalb seien die Parteien auf Spenden angewiesen. Außerdem soll auf die auch in steuerrechtlicher Hinsicht einwandfreie Regelung in dem jetzt gültigen Parteienfinanzierungsgesetz verwiesen werden.

Auch kritische Stimmen

In der Unionsfraktion wurden gestern auch kritische Stimmen laut. Sie richteten sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht gegen die zunächst beabsichtigte Amnestie, sondern gegen das dabei praktizierte Verfahren. Die Abgeordnete Ingrid Roitzsch rügte, „wir waren nicht genügend informiert“. Von einem „Mangel an Informationen“ sprach auch der Abgeordnete Peter Mitz. Der Abgeordnete Ortwin Lowack betonte, die Fraktion hätte sich auf diese Diskussion besser vorbereiten sollen, vor allem aber hätte die Regierung den Sachverstand der Fraktion in ihre Entscheidung einbeziehen müssen.

Es gab vereinzelte Stimmen, die den in Aussicht genommenen Antrag zu wenig aussagekräftig nannten. Zu ihnen gehörte der Abgeordnete Rolf Oldewoge, der meinte, der Antrag sei „farblos“. Große Aufmerksamkeit fand der Debattebeitrag des Abgeordneten Herbert Köhler (Duisburg), der auf die Gefahr von Vorverurteilungen für Politiker und Spender verwies. Ohne den Namen zu nennen, erinnerte Köhler an das Schicksal des Industriellen Goergen, der – obwohl er Millionär war – unter dem Verdacht der Veruntreuung einiger zehntausend Mark lange Zeit strafrechtlich verfolgt worden sei. Später hätten sich dann diese Verdachtsmomente als haltlos erwiesen. Goergen sei durch die Vorverurteilungen „zerstört“ worden, sagte Köhler.



Städtetag-Präsident Günter Samtlebe, OB von Dortmund, will eine Rechtsunsicherheit beseitigen lassen, unter der die Städte leiden. FOTO-DPA

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Außerordentliche Immobilienanlage

Wir verkaufen die neueste

SENIORENRESIDENZ

an bester Lage einer wichtigen Schweizer Stadt. Es handelt sich um eine Anlage, welche nach den neuesten Erkenntnissen gebaut wurde, sie bietet ihren Bewohnern unter einem Dach:

- Individuelle Mietwohnungen
- Restaurant
- Schwimmbad
- Therapie-Räume
- Individuelle Betreuung

Die gute Lage, ein hoher Baustandard und die eingespielte Organisation garantieren eine dauerhafte, überdurchschnittliche Rentabilität dieses Mehrfamilienhauses. (Als Betriebsstätte könnte für dieses Objekt die Ausländerkaufbewilligung beantragt werden.) Interessierte Größenleger erhalten gerne detaillierte Unterlagen unter Chiffre 05-115 105 an Publicitas CH-3001 Bern.

FERIENWOHNPARADEIS
ÖSTERREICH
Maria Alm
Geremede Seefeld, Erholungs- u. Sportort des Seibergers
Landes, 1- bis 5-Zimmer-Wohnungen
Niedersitzl
Pragau, nahe Europa-Sportplatz,
1- bis 5-Zimmer-Wohnungen
Eigentumswohnungen mit gesicherter Grundbesitzübertragung
„DEIN HEIM“
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-3020 Salzburg, L.-Rieder-Kai 134
Tel. 00 43 662 23 5 06 4

Von Privat zu verkaufen:
Lebhaberes Objekt
Superland
Wohnfl. ca. 75 m², Grundstück ca. 1400 m², Forstland, ruhige Lage.
Möbnesee
Bungalow
Waldrandlage, Wohnfl. ca. 100 m², Grundstück ca. 650 m².
Zuschriten erhalten unter L 6774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zu verkaufen in Holland:
Wohnhaus m. gr. Garten, am Meer, in Wierum (Prov. Friesland), VB fl. 65 000,-.
Ausk. K. de Wit
Spezialmakler 226/0, Amsterdam
Tel. 00 31 20 14 81 13

Costa Brava – der echte Geheimtip
Calella de Palafrugell
Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, 2 und 3 Zl., Kb., Bad, Schwimmbad, in exklusiver Umgebung mit Meerblick, Trennungsbauweise, durch spanische Bank.
Wohnungen ab 59 500 DM.
Häuser ab 135 000 DM inkl. Grundstück. Nähere Infos:
MSV GmbH
Postl. 44 44, 7024 Filderstadt 4
Tel. 07 11 / 77 74 11

SCHWEIZ
Nähe Montreux u. Top-Skigebieten verk. wir: Villen, Chalets, 3-21-Apts. ab sfr 138 650.
Z. SEBOLD-SA
Tour-Grise 6, CH-1067 Lausanne
Tel. 06 41 21 / 25 23 11

Holland – Meyel (Limburg)
zu verk. im Bungalowpark reiz. u. ruhig geleg. stein. Sommerhaus für 6 Pers. auf 1000 m² Waldgr. m. Zbrg. Wohnz. m. off. Küche, 3 Schlz., F.s. u. sämtl. bestiehte Terrassen in dir. Nähe (200 m) Tennisplatz u. Schwimmbad.
Preis 55 000 hfl. inkl. Inventar.
Tel. 00 31 / 42 54 19 38

750 m² Waldgrund, kein Camping, mit Stehcaravan u. WC u. stein. Schuppen, gelegen bei Veno, zu verkaufen.
Auskunft: 09 / 49 33 / 4 32

Höchstverzinsung!
Kapital ab 500 000 DM von Privat für still. Beteiligung an zukunftsreicher Wachstumsbranche, Freizeit/Unterhaltung, gesucht.
Angebote unter H 6772 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

CANADA
4000 ha Farm, 4500 ha Wald u. Jagdgeb., 420 ha Insel.
F.s. Grundl.
Islandstr. 3, 8 München 40

Holland – Zeeland
Westkapelle: 2 verk. bei Dünen u. Strand, 4-Zl.-Appartement, vollmöbl., beheiztes Freibad, Tennispl., Zbrg., hfl. 85 000,-.
Tel. 00 31 / 11 86 23 85 oder 12 08

München-Puchheim
Konf. 1-Fam.-REH, Wohn-Nutzfläche 133/233 m², Grd. 523 m².
Telefon 0 89 / 8 00 10 20

OSTSEE
Hanglage mit unverbaubarem Blick auf Außenförde, Landschaftsschutz
2740 m² Bauplatz
1-2-Z-Familien-Haus
Yachthafen, Badestrand in unmittelb. Nähe – von Privat nur 120 000 DM.
Tel. (ab 28. 5.) 9 40 / 2 79 10 35

USA
Grundbesitzverwaltung
deutsches Management
SCHICK REALTY INTER-NATIONAL
392 Fifth Avenue
New York, New York 10018, USA
Telefax: 4 27 112 SHIK UI
seit 1965

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Gewerbeobjekt Bremen-Süd
Rampenhalle (800 m²) mit Büro (170 m²) und Hoffläche (1800 m²) in Bremen (Autobahnabfahrt) langfristig zu vermieten oder zu verkaufen.
Angebote unter K 6773 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zahnarzt-Praxis
in Seimertotten bei Ulm
150 m², bezugsfertig August 1984, zu vermieten oder zu verkaufen.
Nähere Einzelheiten unter Tel. 0 71 41 / 16 22 42, Fr. Klatt (Mo.-Fr. von 9.00 bis 18.00 Uhr)

HOLLAND
zw. Venlo u. Roermond Luxusgeh. Wohnbauernhof, 4000 m² Grund, gel. an Waldrand, 288 000,-
DM zzgl. Kosa.
Tel. 00 31 / 47 04 / 22 47 oder 00 31 / 41 20 / 15 72 22

Ingrid Maria Vial – Vermögensberatung
Interessante Verzinsung
Zuschriten unter S 5214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Top-Renditeobjekt
In 1a Lage einer Ruhrgebietsgrößstadt (zw. Karthaus u. Wuppertal) projektiert wir gerade ein Sommerstudio neuer Generation – bezeichnet als „Sonderbauwerk“ – mit kleinem Café u. Kosmetikverkauf in konkurrenzlos superlativer Ausstattung 10 Kabinen mit modernsten Sonnenliegen (Möbelschleifen). Davon 5 Schnellbräuer, Architektur in italienischen Stil, Dusches u. Springbrunnen in Marmor usw. Mindestumsatz bei 50 % Auslastung 650 000 DM p. d. bei 170 000 DM Kosten (werden zu etwa 40 % durch Café u. Kosmetikverkauf aufgefüllt). Wenn der Alleinstellungs u. des dadurch enorm großen Bruttoertrages ist eine Auslastung v. 75 % realisierbar. (Selbst gefundene hochmoderne Studie erreichen diese Quote.) Das Objekt wird schlüsselfertig einschließlich optimal gewinnorientiertem Unternehmens- u. Werbekonzept gegen Gebot verkauft. Beste 250 000 DM. Ernsthaftes Interesse wenden sich bitte zur Abschnürung eines Besichtigungstermins an Reichel Unternehmensberatungen, Postfach 10 16 67, 4300 Oberhausen 1. Werden noch tel. Vorabankünfte benötigt, stehen wir Sonntag von 15 bis 17 Uhr Ihnen bzw. Ihrem Unternehmens- oder Steuerberater unter der Nr. 02 08 / 2 25 23 zur Verfügung.

Alteingesessenes, gut eingeführtes Hochbauunternehmen
in Bonn
15 Beschäftigte, umfangreich ausgerüstet, 6000 m² Betriebsgrundstück, inkl. Werkstatz, Büro u. evtl. Wohnung, aus Altersgründen an solventen Interessenten zu verkaufen oder zu verpachten. Anträge für ca. 4 Mon. vorhanden. Zuschriten erbeten unter W 6006 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ihr Büro in Nürnberg
• Neubauten 70-5000 m²
• Eigen- u. Fremdojekte
• Verkehrsgünstige Lagen
• Kurz- und langfristige Vermietung provisionsfrei
KB Gesellschaft f. kommun. u. Industriebau mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911 26 89 05

mach mit

Aktion Saubere Landschaft e. V.
Güdesberger Straße 17, 5300 Bonn

Kohl: Keine Alternative zur FDP

Wörner: SPD betreibt Politik der Utopie

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Ergebnisse des SPD-Parteitag zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat Bundesverteidigungsminister Wörner scharf kritisiert. Wörner erklärte, die SPD habe von ihrer eigenen bisherigen Sicherheitspolitik Abschied genommen und die Übereinstimmung im westlichen Bündnis aufgegeben. Von einer Politik der Vernunft, für die Helmut Schmidt als Bundeskanzler schon keine Mehrheit in seiner eigenen Partei gefunden habe, habe sich die SPD losgesagt und Zucht und Disziplin bei einer „Politik der Utopie und der Illusionen“.

Die SPD, die sich in Essen zwar auf den Verbleib in der NATO verständigte, aber deren Militärstrategie der „flexiblen Reaktion“ und den darin festgelegten möglichen Erstgebrauch von Nuklearkraften als nicht akzeptabel hinstellte, ist nach Wörners Worten demnach stark von der Realpolitik und den Sicherheitsforderungen für die Bundesrepublik Deutschland abgedrückt, daß „der frühere Außenseiter Eppler die Aufgabe übernehmen konnte, die Position des Parteivorstandes gegen noch weitere Forderungen des linken Flügels zu verteidigen“. Unter Egon Bahr's Regie sei die Abkehr aus der Gemeinschaft des westlichen Bündnisses eingeleitet worden. Darüber, so unterstrich der CDU-Politiker, könnten auch formale Bekenntnisse der SPD zur NATO nicht hinwegtäuschen. An die Stelle der Allianz-Strategie sei eine Anordnung unklarer und höchst widersprüchlicher Begriffe und Parolen getreten.

Wörner ist der Meinung, daß eine von der SPD geführte Bundesregierung die Sowjetunion dazu einlädt, ohne jedes eigene Risiko eine rückwärtige Vorkampfpolitik gegenüber Europa zu verfolgen.

Israel besteht auf Camp David

rtt, Jerusalem
Der israelische Ministerpräsident Shamir hat eine internationale Nahost-Konferenz zur Lösung des israelisch-arabischen Konflikts erneut abgelehnt. Im Parlament sagte Shamir, eine solche Konferenz würde sich lediglich zu einem Propagandaforum entwickeln. Der Friedensvertrag mit Ägypten, das Abkommen von Camp David zeige dagegen, „den einzigen politischen Kurs, der zum Frieden in unserer Region führen kann“, sagte Shamir. Der Ministerpräsident erneuerte die Zusicherung, daß Israel keine Absicht habe, Syrien anzugreifen.

Belgien: Spione enttarnt

AFP, Brüssel
Die belgischen Behörden haben in den letzten Tagen vier Personen aus dem Ostblock der Spionage überführt. Gestern wurde aus dem Brüsseler Justizministerium bekannt, daß zwei „DDR“-Bürger aufgeföhrt worden waren, das Land zu verlassen. Tags zuvor war die Ausweisung von zwei sowjetischen Agenten bekannt geworden, die dem Vernehmen nach versucht hatten, in den Besitz streng geheimer NATO-Dokumente zu gelangen. Sie wurden am vorigen Samstag festgenommen und sollten noch gestern Belgien verlassen.

Italiens KP möchte Craxi zu Fall bringen

Ist das Ziel ein Minderheitskabinet der Christdemokraten?

FRIEDRICH MECHNER, Rom
Zum zweitenmal innerhalb weniger Tage hat die italienische Abgeordnetenkammer der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Wieder, wie schon bei der ersten Abstimmung, ging es um eine „technische“ Frage. Mit dem Votum der fünf Regierungsparteien konnte die weitere Behandlung von 61. Resolutionsanträgen blockiert werden, die von der Linksoption zur Verzögerung der Debatte über das Anti-Inflationsdektret der Regierung eingebracht worden waren.

Zwölf andere Entwürfe blieben freilich auf der Tagesordnung. Erst wenn auch über sie entschieden ist, kann das Dekret, das die inflations-treibende Lohn-„Rolle“ ver-langsamen soll, von der Kammer ratifiziert werden.

Die Debatte über das Lohndektret beschäftigt das Parlament bereits seit Mitte Februar, das heißt, seit dem Ende der ersten „Notverordnung“, die dann, da sie auf Grund der kommunistischen Obstruktionstaktik nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist von 60 Tagen die parlamentari-sche Billigung gefunden hatte, Mitte April durch das jetzt diskutierte De-kret ersetzt worden war. Im Laufe dieser langen Parlamentsdebatten wurde von Woche zu Woche deutlicher, daß es den Kommunisten bei ihren Verzögerungsmanövern weniger um die Sachfrage einer Eindäm-mung der Lohndynamik als vielmehr darum geht, den sozialistischen Min-sterpräsidenten Craxi so schnell wie möglich zu Fall zu bringen.

Offensichtlich sieht die KPI in Craxi heute ihren gefährlichsten Rivalen, den sie mit allen Mitteln aus der Schlüsselstellung des Regierungschefs verdrängen möchte. Eine Äuße-rung des KPI-Sekretärs Berlinguer läßt vermuten, daß den Kommuni-sten sogar ein Christdemokrat als Re-gierungschef noch lieber wäre als der Sozialist Craxi. Der parlamentarische Obstruktionismus, so sagte Berlinguer, sei im Augenblick das einzige Mittel, um der „Arroganz“ Craxis zu begegnen. Diese Arroganz drücke sich in der vom Ministerpräsidenten unter der Hand vertretenen These aus, daß nur das amtierende Kabinet die Regierungsfähigkeit des Landes garan-tieren könne. Berlinguer: „Dieses Parlament kann auch die Bildung an-derer Regierungen ermöglichen.“

Politische Beobachter in Rom se-hen in dieser Äußerung ein indirektes Angebot zu einem Arrangement mit der Democrazia Cristiana (DC). Sie vermuten, daß der KPI-Chef, um Craxi auszunötvieren, auf ein christ-demokratisch geführtes Minderheits-kabinet hinarbeitet, das sich im Pa-rlament auf die wohlwollende Neu-tralität der KPI stützen könnte.

Die DC-Führung hat bisher eine derartige Hypothese klar zurückge-wiesen. Freilich gibt es in der Demo-crazia Cristiana durchaus Kräfte, die eine solche Lösung nicht unbedingt ausschließen möchten.

Die christdemokratische Partei-leitung scheint freilich zu der Überzeu-gung gelangt zu sein, daß ein Re-gierungswechsel vor den Europawahlen noch riskanter wäre als ein Wahlgang mit Craxi als Regierungschef. Eine Regierungskrise vor dem 17. Juni gilt deshalb als unwahrscheinlich. Erst danach soll die von Craxi geleitete Fünferkoalition in einem Spitzenge-spräch der Parteiführer von Grund auf überprüft werden. Dieses Ver-fahrensprogramm gibt den europäischen Wahlen in Italien eine große innenpo-litische Bedeutung.

Denkzettel für die Führung der FDP

Schlechtere Ergebnisse bei Fraktions-Abstimmung

STEFAN HEYDECK, Bonn
Bei den turnusmäßigen Neuwahlen hat die Führung der FDP-Bundes-tagstaktion gestern einen Denkzettel erhalten. Die Mitglieder der Fraktions-spitze wurden zwar insgesamt im Amt bestätigt, erhielten aber mit Ausnahme des Vorsitzenden Wolf-gang-Mischnick deutlich schlechtere Ergebnisse als bei den letzten Wahlen. Fast ein Drittel der Abgeordneten wollte damit offensichtlich ihren Un-willen über das Vorgehen beim inzwi-schen gescheiterten Amnestiegesetz zum Ausdruck bringen. Ihre Kritik richtete sich jedoch nicht gegen Mischnick, der die Fraktion seit 1968 leitet. Er erhielt wie beim letzten Mal 31 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen. Vor einem Jahr hatte er sogar noch eine Nein-Stimme. Mischnicks Stellvertreter Dieter-Julius Cronen-berg und Hans-Günter Hoppe ver-schlechterten sich im Vergleich von 32 auf 25 Ja-Stimmen, erhielten statt einer diesmal drei Nein-Stimmen und statt zwei Enthaltungen sechs.

Daraufhin fiel der ehemalige Kriti-ker des Koalitionswechsels, Misch-nicks dritter Stellvertreter Uwe Ronneburger, im ersten Wahlgang so-gar durch. Ihm sollte damit der Un-wille darüber gezeigt werden, daß er als einer der ersten von dem Amne-

stie-Gesetz öffentlich abgerückt war. Im zweiten Wahlgang wurde Ronne-burger dann mit 24 Stimmen wieder-gewählt. Ein Vergleich gegenüber dem letzten Jahr ist nicht möglich. Damals war Burkhard Hirsch gegen ihn angetreten. Der parlamentarische Geschäftsführer Klaus Beckmann bekam bei 25 Ja-Stimmen eine we-niger als das letzte Mal, sein Kollege Torsten Wolgramm verschlechterte sich von 31 auf 26. Die Ergebnisse dieser Abstimmung waren insgesamt erwartet worden. In der Fraktion hatte es in jüngster Zeit deutliche Unru-he gegeben. Indessen geht die Fra-ktionsspitze davon aus, daß sie trotz einiger „Irritationen“ auch die Dis-kussionen um das umstrittene Amne-stiegesetz am morgigen Donnerst-ag im Bundestag mit Anstand überste-hen kann. Dies würde zugleich bedeu-ten, daß die Fraktion in sich gefestigt bleibt, wie es nicht nur die Fraktions-spitze, sondern auch die Parteispitze erhofft. Die Abstimmungen in der Fraktion waren allerdings nach Auf-fassung von Beobachtern zugleich ein Signal an den Parteivorstand Hans-Dietrich Genscher. Nicht we-nig meinen, er habe ein großen Teil seines Vertrauens in der Partei und nach außen verspielt.

Golf: USA üben Zurückhaltung

Reagan schreibt an König Fahd / Politik der „leisen Töne“ und der Vorsorge

KIELINGER/SAD, Washington
Präsident Reagan hat die Saudis in einem persönlichen Brief an König Fahd gebeten, amerikanischen Kampfflugzeugen Landeurlaub auf ihrem Territorium zu geben, wenn der Einsatz von US-Streitkräften zum Schutz der Schifffahrt im Golf erforderlich werden sollte.

Wie es heißt, ist es der US-Regie-rung nicht darum zu tun, Stützpunkte auf Dauer eingeräumt zu erhalten. Im Augenblick gehe es nur um die Ein-räumung einer Landeurlaub, von der nur von Fall zu Fall Gebrauch gemacht werden solle. An die Entsche-dung von Luftwaffenverbänden sei im Augenblick nicht gedacht. Für die Planung sei es jedoch wichtig zu wis-sen, mit welchen Stützpunkten man im Ernstfall rechnen könne.

Amerika hat fünf kleinere Schiffe im Persischen Golf stationiert. Ein größerer Flugzeugträgerverband ope-riert im Indischen Ozean in der Nähe des Golfs. Die Bitte, den US-Streitkräften die Benutzung von Land-stützpunkten zu gestatten, illustriert erneut die Überzeugung des Penta-gon, daß die Schifffahrtsweg im Per-sischen Golf durch die dort schon präsenten Seestreitkräfte nicht allein geschützt werden können. Die US-Marine scheut sich, den Flugzeug-trägerverband in den engen Gewässern des Golfs zu exponieren. Von Land aus operierende Flugzeuge könnten die Sicherung des Luftraums nach Meinung der Militärs wirkungsvoller übernehmen.

Die Verteidigung der Golf-Region, des freien Zugangs zu den Rohölquel-len, gehört zu den tradierten Grund-sätzen der US-Außenpolitik, beson-der seit dem Januar 1980, als Prä-sident Carter in einer Fernsehanspra-che diese Verpflichtung hervorhob und sie damit quasi in den Rang einer Doktrin – man spricht daher auch von der „Carter-Doktrin“ – erhob.

Seit einigen Tagen jedoch ist ein rhetorischer Wandel in der amerika-nischen Hauptstadt zu spüren. Vize-präsident Bush bemerkte vor einer Journalistenrunde, das Letzte, was die USA suchten, sei „unilaterale In-tervention“. Das wäre „kaum kon-struktiv“. Bush empfahl eine Politik der „leisen Töne“. Bush hatte auf sei-ner jüngsten Reise auch den Sultan von Oman besucht.

Die „leisen Töne“ der gegenwärti-gen Politik kontrastieren scharf mit der Interventionsrhetorik der letzten vier Jahre. Zum Einsatz im Golf und anderen Krisenherden hatten die USA seit der Carter-Administration sogar eine eigene Truppeneinheit ge-schaffen, die schnelle Einsatzreserve („Rapid Deployment Force“). Heute besticht an dieser Reserve nur die Reserviertheit der Politiker, mit die-sem Instrument umzugehen.

Es dämmert den Verantwortlichen, daß ein militärisches Eingreifen ohne garantierte Land- und Seestützpunk-te ein Risiko darstellt, das eine Welt-macht nicht eingehen sollte. Das En-gagement in Libanon hat gezeigt, daß eine Vorwärtsposition nicht haltbar ist, wenn ihr die politische Basis und die operationelle Flexibilität fehlen.

In dieser Zurückhaltung kommt er-neut der große Zug zur Vorsicht durch, der die Reagan-Administra-tion in ihrem tatsächlichen Vorgehen auf militärisch-politischem Felde kennzeichnet. Einsätze werden nur voll durchgezogen bei gewinnträch-tigen Unternehmungen, wie in Grena-da. Ansonsten geht die Reagan-Admi-nistration eher auf Distanz – vor al-lem, wenn keine ausdrücklichen Hil-fegesuche aus bedrohten Ländern vorliegen und die Verbündeten ihre-selbst keinen großen Appetit für ge-meinsame Unternehmungen zeigen. Sicher ist in diesem Zusammenhang, daß weder London noch Paris, die

beide Marinekräfte in der Nähe des nahöstlichen Krisenherds unterhal-ten – Großbritannien in Bahrain, Frankreich in Dschibuti – hörbar nach vorn getreten sind, um die ame-rikanische „Doktrin“ zur Verteidi-gung der Ölfuhr zu unterstützen. Wie die WELT erfahren konnte, hat es auch amerikanische Sondierungen in Bonn gegeben, über eine mögliche bundesdeutsche Beteiligung an ge-meinsamen militärischen Aktionen. Die Debatte ist aber nicht weit gedie-hen. In Bonn konzentriert man sich statt dessen weiter auf die Frage, wie die Lücken aufzufüllen wären, die eventuell in den Golf abgezogene GIs entlang der Front in Mitteleuropa hin-terlassen würden.

Die regierungsamtliche Distanz in Washington erinnert an Äußerungen des Präsidentschaftskandidaten Gary Hart, die durchweg darauf hinwies, nicht die USA seien in erster Linie an der Erhaltung der freien Ölfuhr in-teressiert, sondern die Verbündeten der USA, die alle viel mehr von dieser Importquelle abhängen als die Verei-nigten Staaten. Hart wurde wegen dieser Äußerungen bezichtigt, einem neuen amerikanischen Isolationsi-mus das Wort zu reden. Zumindest findet es auch der Präsident tunlich, eher Zurückhaltung zu zeigen denn Übereifer. Diese Tendenz wird von den Wählern begrüßt – aber vom Aus-land mit großer Skepsis verfolgt. So beschuldigt Kuwaiti Ölminister Scheich Ali Khalifa al Sabah am Wo-chenanfang die Amerikaner der „In-differenz“ gegenüber dem Golfkrieg und hielt ihnen kritisch ihre „Zu-schauer-Position“ vor.

Kritik wie diese kann die amerika-nische Politik aber nur in ihrer Zu-rückhaltung bestärken. Es verläßt sich hier auf ein altes Gesetz: Die Ame-rikaner können tun, was sie wollen – sie werden immer Kritiker finden.

Ben Bella umwirbt Frankreich-Algerier

Ihre Erfahrungen sollen der Heimat nützen / Neue Partei als Instrument dieser Politik

A. GRAF KAGENECK, Paris
In einem Interview mit der Genfer Zeitung „La Suisse“ hat Ahmed Ben Bella, der einstige Führer der algeri-schen Revolution und kurzzeitiger Präsident des Landes (1963 bis 1965) am Wochenende die baldige Gründung einer neuen algerischen Partei unter dem Namen „Bewegung für die Demokratie in Algerien“ (MDA) angekündigt, deren Aufgabe es sein soll, die Einparteiherrschaft der aus dem Befreiungskrieg stam-menden „Nationalen Befreiungs-front“ (FLN) zu beenden und das Land in ein demokratisch-pluralisti-sches Regierungssystem zu überfüh-ren.

Der erst 1980 aus fünfzehnjähriger Verbannung befreite einstige Bür-gerkriegsheld ist unter den Exilalge-riern und algerischen Gastarbeitern in Frankreich populär. Er will seine Anhänger, so sagte er der Schweizer Zeitung, hauptsächlich unter den et-wa 800 000 Algeriern anwerben, die seit dem Ende der Kolonialzeit in Frankreich leben.

Aber auch alle „ehemaligen An-hänger des FLN, die sich entsäuscht von ihm abgewandt haben“, sollen einen Platz in der neuen Partei haben, die sich „noch vor Ende des Monats konstituieren“ und auf algerischem

Boden ihren Gründungskongreß fei-ern will.

Über den wichtigen Beitrag der al-gerischen Gastarbeiter in Frankreich für den Aufbau des Landes sagte Ben Bella: „Wir können nicht auf ihre Er-fahrungen verzichten. Sie haben in Frankreich seit Jahren Fabriken, Au-tobahnen und Eisenbahnen ge-baut; sie könnten ihre Kenntnisse zur Erschließung ihres Heimatlandes ein-bringen. Es müssen Bedingungen in Algerien geschaffen werden, die ih-nen die Rückkehr und eine Wieder-eingliederung in die algerische Volks-gemeinschaft erleichtern. Das gerade sollte Aufgabe meiner Partei sein.“

Etwa neun Zehntel der zur Zeit in Frankreich residierenden Algerier könnten, so sagte Ben Bella, von heu-te auf morgen heimkehren. Dies sei auch eine Frage der Würde für Men-schen, die nicht mehr länger an ihren augenblicklichen Arbeitsplätzen in Frankreich geduldet würden. Ein wachsender Rassismus habe eine „explosive“ Lage in Frankreich ge-schaffen.

Gegen das häufig gehörte Argu-ment, eine massive Abwanderung der Algerier aus Frankreich würde der französischen Wirtschaft schweren Schaden zufügen, meinte Ben Bella: „Die Abreise von einer Million Algerien-Franzosen nach 1982 aus Al-gerien hat die algerische Volkswirt-schaft nicht zusammenbrechen las-sen. Wichtiger für uns ist, ob und wie

die 20 Millionen Algerier ihre erfah-renen Landsleute aufnehmen wollen.“

Die vom ersten Staatspräsidenten Algiers aufgeworfene Frage ist auch Gegenstand wachsender Sorge der sozialistischen Regierung Frank-reichs. Die steigende Arbeitslosigkeit soll nicht nur durch Arbeitszeitei-Verkürzung und Investitionen, sondern auch durch eine freiwillige Rückkehr der ausländischen Gastarbeiter be-kämpft werden, darunter vor allem der in Frankreich immer weniger be-liebten Algerier.

Prämien locken kaum

In gewissen Ballungsgebieten wie Paris, Lyon oder Marseille hat die Massierung von Nordafrikanern zu ersten Reibungen zwischen der Zi-vilbevölkerung und Gastarbeitern ge-föhrt; es kommt immer wieder zu Ge-walttätigkeiten, denen Fremde zum Opfer fallen.

Trotz der hohen Prämie von 100 000 Franc (33 000 Mark), welche die Regierung allen freiwilligen „Rückwanderern“ bietet, ist die Be-reitschaft, das trotz sozialer Krise im-mer noch paradiesische Frankreich aufzugeben, eher gering. Von 6000 zur Entlassung anstehenden Arbeitern der Citroën-Automobilwerke, die überwiegende Mehrheit unter ihnen Nordafrikaner, haben sich bisher nur 400 zu einer Rückkehr bereit erklärt.

Duarte bittet US-Kongreß um Militärkredite

AFP, Washington

Der neugewählte salvadorianische Präsident, Napoleon Duarte, hat im Rahmen eines USA-Besuches den amerikanischen Kongreß aufgefor-dert, die von der US-Regierung bean-tragte Militärhilfe für die Armee El Salvadors zur Guerrilla-Bekämpfung zu bewilligen. Duarte, der die Wiederherstellung der Demokratie in dem mittelamerikanischen Land und die Aufnahme des Kampfes gegen die Todesschwadronen versprochen, betonte, daß El Salvador nicht „ganz allein“ gegen die Gewalt vorgehen könne. Es sei ein „Fehler“, wenn der Kongreß die Militärkredite ablehne, da sie eine „echte Unterstützung für die von uns angestrebte Demokratie“ bedeuten. Vor seinem Appell an den Kongreß war Duarte mit Präsidenten Reagan zusammengetroffen. Beide stimmten darin überein, daß es für El Salvador „schwierig“ sein werde, die nötigen Reformen durchzuführen, solange Nicaragua die salvadorianischen Gu-errillas unterstützt. Das Repräsen-tantenhaus wird noch in dieser Woche seine Debatte über Höhe und Modi-keiten der Salvador-Hilfe wieder auf-nehmen.

Starb UdSSR-General bei Truppenbesuch

rtt / dpa, Moskau

Der Chef der sowjetischen Luftver-teidigung, Generaloberst Semjon Ro-manow, ist tot. Die Armeezeitung „Roter Stern“ druckte gestern einen Nachruf in dem es hieß, er sei bei der Ausübung seines Dienstes im Alter von 63 Jahren „plötzlich“ ums Leben gekommen. Romanow, der für den Abschluß des südkoreanischen Jumbos im vergangenen September verantwortlich war, soll nach Vermutungen westlicher Diplomaten in Moskau bei einem Truppenbesuch im be-setzten Afghanistan getötet worden sein. Obwohl nähere Angaben über die Todesursache noch nicht gemacht worden sind, soll Romanow bei ei-nem Flugzeug- oder Hubschrauber-sturz umgekommen sein. Der Ge-neraloberst, der die Auszeichnung „Held der Sowjetunion“ trug, war unter anderem erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Vereinigten Streitkräfte im Warschauer Pakt und Mitglied des Militärates der Luftabwehr-Streitkräfte der UdSSR.

„DDR“-Soldaten sprengen Minen

dpa, Lübeck

Mit einem Räumpanzer haben „DDR“-Soldaten zur Wochenbeginn rund 2 000 Minen entlang der inner-deutschen Grenze bei Lübeck ge-sprengt. Nach Angaben des Bundes-grenzschutzes ist damit ein 4,5 Kilo-meter langer Grenzschnitt minen-frei. Der Bundesgrenzschutz hatte an dieser Strecke seit März ungefähr 20 000 Explosionen registriert. Es wird vermutet, daß an dieser Stelle ein neuer Grenzzaun gezogen werden soll.

Wer bei einer Telefonanlage nur auf die Einstiegskosten sieht, kann sich ganz schön verwählen.

Schnellentschlossene wählen ihre neue Telefonanlage nach dem Anschaffungspreis. Das ist in Anbetracht verführerischer „Unter-Preis-Angebote“ zwar verständlich – nur wirtschaftlich gehandelt ist es nicht! Denn über die Wirtschaftlichkeit einer Telefonanlage entscheiden erst die Folgekosten. Und die lassen die Euphorie des fixen Einstiegs oft schnell verfliegen. Hier die symp-thischen Gründe für eine wirtschaftliche Telefonanlage von der Post:

1. Niedriger Stundensatz. Denn der liegt bei der Post unter DM 50,-. Für die kostenpflichtigen Arbeiten bei der Erneuerung sowie für Veränderungen an Ihrer Telefonanlage.

2. Entstörung der Zentrale nach Feierabend ohne Mehrkosten. Damit das Herzstück Ihrer Telefonanlage stets optimal arbeitet, bedeutet Entstörung bei der Post: rund um die Uhr.

3. Miete: Keine Vorauszahlung. Die Post berechnet Ihnen die Miete nicht mehrere Monate im voraus. Sondern Sie zahlen so, wie es bei Miete üblich ist: monatlich. Außerdem brauchen Sie nicht jahrelang eine Jahresmiete zinslos als Sicherheit zu depo-nieren.

Mit einer Telefonanlage von der Post können Sie auch sonst vor kostspieligen Überraschungen sicher sein.

4. Problemloses Auswechseln von Tele-fonen. Ganz gleich, um welchen Telefontyp es sich handelt: durch das Auswech-seln wird die Vertragsdauer nicht beeinflusst.

5. Keine automatische Mieterhöhung. Bei einem Vertrag mit der Post wird der vereinbarte Mietbetrag nicht automa-tisch mit jedem neuen Tarifaabschluß ange-hoben.

6. Wartung mit kurzen Wegen. Das dichte Wartungsnetz der Post macht den Weg zu Ihnen kurz. Weil Wartung, auf die Sie warten müssen, für Sie ein Verlust-geschäft ist.

Ruf doch mal an. Welche Vorteile Ihnen die Post bei einer Telefonanlage sonst noch bie-tet, sagt Ihnen gern der Technische Vertriebs-berater Ihres Fernmeldearates. Seine Rufnummer steht unter „Post, Technische Vertriebsberatung“.

Sprechen Sie mit Tassilo R. Fahrholz oder einem seiner über 400 Kollegen der Tech-nischen Vertriebsberatung.



Post – Partner für Telekommunikation

Post

Denktasch vertieft die Spaltung

Verfassungsentwurf für „Türkische Republik Nordzypern“ / Keine Aussichten auf Dialog

EANTONAROS, Athen
Rauf Denktasch, selbstproklamiertes „Präsident“ der am 15. November 1983 ausgerufenen und bisher mit Ausnahme der Türkei von keinem Staat der Welt diplomatisch anerkannten „Türkischen Republik von Nordzypern“, will heute einen Verfassungsentwurf zur Verabschiedung vorlegen. Dadurch macht er auf neue die wenigen Aussichten auf eine Annäherung der beiden Volksgruppen auf Zypern zu nichts.

Denktasch hatte unlängst das „Parlament“ der türkischen Zyprioten aufgelöst und an seine Stelle eine verfassungsgebende Versammlung aus Vertrauensleuten und mehrheitlich ihm nahestehenden Vertretern von verschiedenen berufsständischen Organisationen einberufen. Die als sicher geltende Verabschiedung der neuen „Verfassung“ für den türkischen Inselsektor wird erwartungsgemäß Entwicklungen in Gang setzen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen vergeblich aufzuhalten versucht hatte: Im August will Denktasch ein „Verfassungsreferendum“, im November „Parlamentswahlen“ abhalten.

Eigennützige Motive

Hinter den Schachzügen des sich als Landesvater präsentierenden türkischen Volksgruppenführers verborgen sich freilich auch eigennützige Motive. Die Ausarbeitung einer neuen „Verfassung“ für den Inselsektor soll ihm die Möglichkeit verschaffen, weiterhin in seinem Spitzenamt bleiben zu dürfen. Unter der bisherigen „Verfassung“ des türkisch-zyprischen Föderalstaates wäre dies nicht mehr möglich gewesen. Nach zwei Amtsperioden hätte Denktasch nämlich Anfang 1985 abtreten müssen.

Mit einer solchen Fülle von vollen Tatsachen seitens der Inselgriechen konfrontiert, wollen sich Zyperns Griechen, die 80 Prozent der Inselbevölkerung stellen, auf einen inhaltlosen Dialog nicht einlassen. Unter diesen Rahmenbedingungen gibt es keine Aussichten auf einen Dialog auf welcher Ebene auch immer, sagte Regierungssprecher Andreas Christofides zum Springer-Auslandsdienst.

Statt dessen wollen sich die Inselgriechen, die zum erstenmal seit vielen Jahren einen innenpolitischen Konsens erreicht zu haben scheinen, auf eine Anwendung der am 11. Mai vom UNO-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 550 konzentrieren. Rein diplomatisch gesehen ist diese Resolution, die mit 13 Stimmen, einer Gegenstimme (Pakistan) und einer Stimmenthaltung (USA) verabschiedet wurde, ein Erfolg: Sie verurteilt auf neue die Ausrufung der türkisch-zyprischen Teilrepublik, die sie „rechtlich ungültig“ nennt, und rügt die Türkei und Denktasch wegen des Austausches von „Botschaftern“ und der geplanten Abhaltung des Referendums und der Parlamentswahlen. Ebenfalls warnt sie die Inselgriechen vor einer Besiedlung des griechischen Teils von Famagusta und verlangt, daß die Stadt der UNO-Friedenstruppe unterstellt wird.

Zwar konnten die Inselgriechen keine Sanktionen gegen die Türkei durchsetzen. Doch Staatschef Spyros Kyprianou betrachtete als „besonders wichtig“ die Tatsache, daß UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar zum erstenmal ausdrücklich beauftragt wurde, „eine Lösung im Einklang mit der UNO-Charta und allen relevanten UNO-Resolutionen zu suchen“. Kyprianou: „Etwas Besseres hätten wir nicht erwarten können.“

In der Praxis freilich bringt auch

diese Resolution das Zypern-Problem einer Lösung nicht näher. Im Gegenteil: Die Griechen Zyperns glauben, daß die Inselgriechen, diplomatisch weltweit isoliert, in die Versuchung geraten könnten, weitere vollendete Tatsachen zu schaffen. Christofides: „Dafür gibt es eine Menge Anzeichen.“

Stichtag 15. Juni

Ein erster Test wird die Haltung der Inselgriechen bei der Verlängerung des Mandats für die UN-Blauhelme am 15. Juni sein: Denktasch hat zu verstehen gegeben, daß er den Abschluß eines Separatabkommens der Vereinten Nationen mit seiner Administration wünscht. Ansonsten will er die Stationierung der Friedenstruppe im türkischen Inselteil und in der Pufferzone blockieren. Eine solche Entscheidung würde im krassen Widerspruch auch zur kürzlich verabschiedeten Resolution stehen, die unter anderem bestimmt, daß eine Änderung des Status und der Stationierungsmodalitäten der Friedenstruppe der ausdrücklichen Zustimmung des Sicherheitsrats bedarf.

Für den Ernstfall wollen die Inselgriechen vorbereitet sein. Ein Ausbau der Verteidigungsbereitschaft des griechischen Inselteils ist neuerdings von Kyprianou mit Regierungschef Papandreu in Athen erörtert worden. Die Inselgriechen wünschen die Entsendung von griechischen Soldaten nach Zypern nicht. Vielmehr legen sie Wert auf finanzielle und technische Unterstützung aus dem Festland. Auch haben sie beschlossen, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen: Eine Sonderabgabe von 0,5 Prozent für alle Löhne und Gehälter, die Anfang des Jahres eingeführt worden war, soll demnächst auf fünf Prozent erhöht werden.

(SAD)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Zu einem Konzert mit ungewöhnlicher Programmfolge lädt am 6. Juni in der Godesberger Stadthalle Bundestagspräsident Rainer Barzel ein: Der Pianist Justus Franz und die Polnische Kammerphilharmonie unter Wejciech Rajski spielen die Klavierkonzerte Nr. 1 in C-Dur, Nr. 4 in G-Dur und Nr. 5 in Es-Dur von Ludwig van Beethoven. Das Konzert findet zugunsten der Deutschen Multiple Sklerose-Gesellschaft statt, deren Förderin und Betreuerin Frau Dr. Veronika Carstens ist. Schirmherr Barzel hat zu dem Konzert alle Kabinettsmitglieder unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl, das Diplomatische Corps und die Spitzen der Wirtschaft und Medien eingeladen. Barzel: „Ich habe die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung wegen des guten Zwecks übernommen und möchte zugleich dem scheidenden Präsidentenpaar auf diese Weise Respekt, Dank und Anerkennung bezeugen.“ Gleichzeitig will Barzel das Konzert als „ein kleines Dankeschön“ für die aufopferungsvolle Tätigkeit von Frau Dr. Carstens für die Deutsche Multiple Sklerose-Gesellschaft verstanden wissen. Im Anschluß an das Konzert gibt der Bundestagspräsident einen Empfang im Godesberger Amtshaus. Karten für das Konzert, dessen Vorverkauf bereits begonnen hat, sind in Bonn in den Musikalienhandlungen Braun Peretti und Nachtsheim, in Köln im Musikhaus Trömer und in den Bad Godesberger Buchhandlungen Bücher-Bosch und Lenz erhältlich.

Das Gulbenkian Ballett, Lissabon, eröffnete am 21. Mai mit klassischen und modernen Tänzen die „Portugiesische Woche“ in Bonn, die bis zum 27. Mai dauern wird. Der Botschafter der Republik Portugal, Paulo Rames, und der Oberbürgermeister der Stadt Bonn, Hans Daniels, haben die Schirmherrschaft übernommen. Am 22. Mai leitet der Politologe Professor Hans-Adolf Jacobsen eine Diskussion über die Revolution vom 25. April 1974. Auf dem Bonner Markt geben Carlos Paredes und Luisa Amaro am 26. Mai ein Gitarrenkonzert. Der Pantomime Cesar Severino und das Cavaquinho-Ensemble aus Braga sind die Glanzpunkte eines Volksfestes zum Abschluß der „Portugiesischen Woche“.

Der mit 250 000 Mark dotierte Ernst-Jung-Preis, nach dem Nobelpreis eine der angesehensten Auszeichnungen, ist von der Hamburger „Jung-Stiftung für Kunst und Wissenschaft“ an drei Wissenschaftler vergeben worden. Professor George Jackson von der Universität von Illinois in Chicago wurden für seine grundlegenden Forschungen auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten 100 000 Mark zuerkannt. Professor Werner W. Franke vom Institut für Zell- und Tumorbildung des Krebsforschungszentrums Heidelberg wurden 75 000 Mark zuerkannt. Die gleiche Summe erhielt Professor Klaus K. Weber vom Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie in Göttingen. Die nach dem Stifter, dem Hamburger Kaufmann Ernst Jung, genannte Auszeichnung, 1967 errichtet, zeichnet seit 1976 insbesondere Forschungen auf dem Gebiet der Human-Medizin aus.

Für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Krebsforschung sind die Privatdozenten Dr. Peter Langhans, Oberarzt an der Chirurgischen Universitätsklinik Münster, und Dr. Lutz Gissmann vom Krebsforschungszentrum Heidelberg, mit dem Gerhard-Domagk-Preis ausgezeichnet worden. Zusammen mit Geldpreisen in Höhe von je 10 000 Mark erhielten die beiden Wissenschaftler auf einer Sondersitzung der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Gesellschaft in der Universität Münster Goldmedaillen mit dem Bild Gerhard Domagks, des Entdeckers der Sulfonamide und Nobelpreisträgers.

GEBURTSTAG

Professor Dr. Edmund Heinrich Heinen, einer der renommiertesten Betriebswirte des deutschsprachigen Raums, vollendete in München sein 65. Lebensjahr. Heinen gilt als Wegbereiter, Begründer und Vertreter der „entscheidungsorientierten Betriebswirtschaftslehre“. Seine Lehrbücher „Handelsbilanz“, „Betriebswirtschaftliche Kostenlehre“, „Einführung in die Betriebswirtschaftslehre“, „Industriebetriebslehre“ u. a. gehören für Wissenschaft und Praxis seit langem zu den Standardwerken und sind weltweit verbreitet. Fünf davon wurden allein ins Japanische übersetzt. Heinen, der für seine Verdienste in Forschung und Lehre bereits 1979 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde, ist Ehren doktor mehrerer ausländischer Universitäten.

BUNDESWEHR

Nicht ein „Gedenkstein“, viel eher ein „Dankstein“ als Ausdruck der Verbundenheit von Staatsbürgern in Uniform und zivilen Bürgern ist in Düsseldorf in Form eines 2,80 Meter hohen, acht Tonnen schweren Findlings gesetzt worden. Der Befehlshaber im Wehrbereich III, Generalmajor Wolfhard Gailinsky, übergab den Stein an Düsseldorfs Oberbürgermeister Josef Kürten und Bürgermeister Bruno Becht, nebst dazugehöriger Schenkungsurkunde. Der „Dankstein“ ist eine gemeinschaftliche Schenkung von Soldaten und Reservisten. Eine Bronzeplatte des bekannten Bildhauers Bert Gerresheim dokumentiert das: „Der Landeshauptstadt Düsseldorf - von Soldaten und Reservisten des Wehrbereichs III - 1984“. Zum Stein gehört eine große Sonnenuhr, die von den Soldaten des in Rheine/Westfalen stationierten Jabo-Geschwaders 36 gefertigt wurde.

EHRUNGEN

Der mit 250 000 Mark dotierte Ernst-Jung-Preis, nach dem Nobelpreis eine der angesehensten Auszeichnungen, ist von der Hamburger „Jung-Stiftung für Kunst und Wissenschaft“ an drei Wissenschaftler vergeben worden. Professor George Jackson von der Universität von Illinois in Chicago wurden für seine grundlegenden Forschungen auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten 100 000 Mark zuerkannt. Professor Werner W. Franke vom Institut für Zell- und Tumorbildung des Krebsforschungszentrums Heidelberg wurden 75 000 Mark zuerkannt. Die gleiche Summe erhielt Professor Klaus K. Weber vom Max-Planck-Institut für Biophysikalische Chemie in Göttingen. Die nach dem Stifter, dem Hamburger Kaufmann Ernst Jung, genannte Auszeichnung, 1967 errichtet, zeichnet seit 1976 insbesondere Forschungen auf dem Gebiet der Human-Medizin aus.

Für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Krebsforschung sind die Privatdozenten Dr. Peter Langhans, Oberarzt an der Chirurgischen Universitätsklinik Münster, und Dr. Lutz Gissmann vom Krebsforschungszentrum Heidelberg, mit dem Gerhard-Domagk-Preis ausgezeichnet worden. Zusammen mit Geldpreisen in Höhe von je 10 000 Mark erhielten die beiden Wissenschaftler auf einer Sondersitzung der Medizinisch-Naturwissenschaftlichen Gesellschaft in der Universität Münster Goldmedaillen mit dem Bild Gerhard Domagks, des Entdeckers der Sulfonamide und Nobelpreisträgers.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Planung der Bundeswehr

„Schmidtsche Konzepte für die Bundeswehr“; WELT vom 27. April

Die WELT gab kürzlich einige Äußerungen und Vorstellungen des Generals a.D. Gerd Schmidts wieder, die er in einem Zeitungsinterview geäußert hatte. In diesem Beitrag wurde die Auffassung vertreten, daß der Bundesminister der Verteidigung kein geschlossenes Konzept für die Bundeswehrplanung habe und gefordert, „Personal, Rüstung und Geld zu harmonisieren“.

Diese Forderung ist längst von Bundesminister Wörner an die Bundeswehrplanung gestellt und in konkrete Aufträge als Voraussetzung für Entscheidungen umgesetzt worden. Diese Entscheidungen werden in diesem Jahre fallen, wie der Minister dies angekündigt hat.

Wesentlich zum Verständnis der Entscheidungsfindung ist das folgende: Als die Bundesregierung im Oktober 1982 ihr Amt antrat, lagen die Erkenntnisse über die absehbare zu erwartende personelle Entwicklung der Bundeswehr und über die finanzielle Entwicklung des Bundeshaushalts schon vor. Namentlich die Daten der demographischen Entwicklung der künftigen Wehrpflichtigen Jahrgänge waren seit Jahren bekannt. Die Langzeitkommission des BMVg hatte sie 1982 analysiert. Der damalige Bundesverteidigungsminister hatte allerdings noch kein Konzept für die Lösung der anstehenden Aufgaben. Im Verteidigungsministerium fehlten 1983 auch wichtige Voraussetzungen für ein planerisches Konzept.

Die neue Bundesregierung mußte zunächst als Vorrang ihrer Politik die Sanierung der Staatsfinanzen setzen. Alle anderen Aufgaben mußten diesem politischen Ziel untergeordnet werden. Daraus ergab sich für den Verteidigungsminister, daß er zunächst eine Bestandsaufnahme und Prüfung der gegebenen Möglichkeiten vornehmen mußte. Er konnte auch nicht einfach Forderungen an den Finanzminister stellen. Es kann von ihm nicht verlangt werden, dort, wo keine Entscheidungen ergangen oder vorbereitet waren, unverzüglich mit Planzielen hervorzutreten. Neue Prioritäten, insbesondere die Entwicklung des Haushalts und die Neuordnung der Planung, verlangten ein systematisches und schrittweises Vorgehen. Das ist erfolgt.

Der Generalinspekteur ist von Bundesminister Wörner zum Verantwortlichen für die Bundeswehrplanung ernannt worden. Solche Zuständigkeiten hatten vorher Generalinspektoren nicht gehabt.

General Altenburg wird im kommenden Sommer dem Minister seinen Gesamtplan für die 90er Jahre vorlegen. Den Rahmen und die Basisdaten für die Gesamtplanung hatten die Erhebungen der Langzeitkommission bereits im Jahre 1982 vorgegeben. Die militärischen Stäbe untersuchen seit mehr als einem Jahr auf der gebotenen analytischen Systematik Lösungsmöglichkeiten zur optimalen Erfüllung der Aufgaben der Streitkräfte in den 90er Jahren. Daß dies sorgfältig und ohne Hast

geschehen muß, wird niemand, dem es um ein praktisches Resultat geht, ernstlich bestreiten.

Bei der Vorstellung des Weißbuches 1983 zur Sicherheit der Bundesrepublik, in dem zur Bundeswehrplanung noch nicht Stellung genommen wird, wies Bundesminister Wörner am 20. Oktober letzten Jahres auf diese Vorarbeiten hin und begründete die Aussparung der Bundeswehrplanung mit diesem unerlässlichen Zeitbedarf. Der Verteidigungsminister wird die von ihm selber gesetzten Fristen einhalten.

Niemand braucht ihn zu drängen oder ihm seine eigenen Termine, die er bekannt gegeben hat, als Forderungen vorzulegen. Der Zeitplan für die Entscheidung berücksichtigt den realen Zeitbedarf für die notwendigen Maßnahmen. Es muß nichts überstürzt werden.

Gäbe es angesichts der vorliegenden und unveränderlichen Daten Planänderungen, so hätte jede bisherige Regierung, die vorgeeinschlossen, und auch die gegenwärtige Bundesregierung, längst eine Entscheidung getroffen.

Die Zukunftslösungen für die Bundeswehr sind aber nicht so einfach zu finden, wie es beiläufige oder pointierte Formulierungen gelegentlich vermuten lassen. Eine Alternative, entweder „500 000 Mann nicht ganz moderner Bewaffnung“ oder „400 000 Mann mit modernster Bewaffnung“ stellt sich in Wirklichkeit nicht. Ein derart einfaches Bild läßt zu viele wichtige Bedingungen und Abhängigkeiten außer acht.

Die Einzelfrage, ob Frauen freiwilligen Dienst in der Bundeswehr leisten können, ist seit 1981 Gegenstand starker öffentlicher Interessen. Im Bundesministerium der Verteidigung gehen Anfragen der Presse ebenso zahlreich ein wie Bewerbungen. Das ist verständlich, weil diese Frage ein besonders wichtiges Thema von gesellschaftlicher und psychologischer Bedeutung ist. Gerade deshalb sollte es nur auf dem Boden der Tatsachen und mit Ernsthaftigkeit, auch in der Wortwahl, erörtert werden.

Daß es um diese Einzelfrage nicht allein geht, ist selbstverständlich. Dieser Eindruck ist aber auch zu keinem Zeitpunkt vom Verteidigungsministerium geweckt oder gestärkt worden.

Wenn der Generalinspekteur seine Arbeiten beendet und vorgelegt hat, dann wird die Bundeswehr über einen gründlich ausgearbeiteten und geordneten Bundeswehrplan verfügen, wie bisher noch zu keinem anderen Zeitpunkt der Vergangenheit. Ein solcher Plan verlangt wichtige politische Entscheidungen mit Risiken und kontroversen Ansätzen, die in der Sache begründetes Urteil verdienen. Wenn der Bundesminister der Verteidigung seine Vorschläge unterbreitet, wird jeder Gelegenheit haben, seine Sachkenntnis bei der Beurteilung der ausgewählten Lösungen beizubringen.

Dr. Lothar Rühl,
Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

Jugendliche ohne Lebensmut

„Schüler-Selbstmord oder Der Tod als Antwort“; WELT vom 9. April

Sehr geehrte Damen und Herren, die Behauptung des Verfassers, jedes Jahr begingen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1500 Schüler und Schüler Selbstmord, ist falsch. In Wahrheit handelt es sich dabei um die Gesamtzahl der 10-25-Jährigen, die sich selbst töteten. Es liegt auf der Hand, daß von diesen nur ein Teil den Schülern zuzurechnen werden kann.

Was die weitere Behauptung betrifft, die registrierte Zahl von Selbstmorden sei steigend, so ist sie in dieser Weise ebenso falsch und irreführend. Vergleichbar sind nur Zahlen, die auf je 100 000 Einwohner der gleichen Altersgruppe bezogen sind, die sog. Suizidziffern, denn die Geburtenjahrgänge sind unterschiedlich groß. Es kann nicht wunder nehmen, wenn die absolute Zahl der Selbsttötungen steigt, sobald die Millionenjahrgänge der 90er Jahre herangewachsen sind. Die jetzt 15-25-Jährigen wurden zwischen 1964 und 1969 geboren!

Das Jahr 1977 erreichte - wie auch in der Gesamtbevölkerung - einen Anstieg gegenüber den Vorjahren, wobei allerdings von einer gewissen Schwankungsbreite im Verlauf der Jahre stets ausgegangen werden muß. Der Anstieg blieb indes bei den 10-25-Jährigen erheblich geringer als bei der Gruppe der 20-25-Jährigen und auch geringer als bei der Gesamtbevölkerung, soweit es sich um männliche Personen handelt. Nach 1977 trat dann wieder ein Rückgang ein, der übrigens gerade bei den 15-20-Jährigen auffallend groß war, aber auch bei den 20-25-Jährigen weiblichen Geschlechts.

Eine Problemgruppe stellen die 20-25-Jährigen männlichen Personen dar. Doch ihr sind nur die Schüler nur in Ausnahmefällen zuzurechnen. Die übergroße Zahl von ihnen gehört den unteren Altersstufen an, also nicht zuletzt den 15-20-Jährigen mit der auffallenden Rückgangquote! Andererseits ist auch nicht gesagt,

daß Schüler anteilmäßig häufiger Selbstmord begehen als Nichtschüler. Darüber fehlen weitläufige statistische Aufschlüsselungen. In früheren Zeiten war in Preußen nachweislich der Anteil von Schülern unter den Selbstmördern im Alter zwischen 15 und 20 Jahren geringer als der Anteil der Nichtschüler. Prof. Gerhard Nissen, Würzburg, hat aufgrund eigener Untersuchungen kürzlich festgestellt, daß im Zeitraum 1950-1981 in der Bundesrepublik Deutschland 10,9 Jugendliche (15-20) auf 100 000 Einwohner gleichen Alters starben, 1919-1939 aber 13,8.

Joachim Schiller,
Berlin 41

Fruchtwechsel

„Lebenszeit: Monokultur“; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren, Ackerland wird nicht müde beim bekannten Fruchtwechsel unter ständiger Erneuerung verbrauchter Nährstoffe und Mineralien. Bei etlichen Früchten kann auf Fruchtwechsel verzichtet werden. Letzteres gilt im Wald, weitgehend beim Laubwald. Offenbar aber nicht beim Nadelholz. Nadelholz erschöpft den Boden. Die Nadeln versauern ihn zusätzlich.

Auch auch hier: Fruchtwechsel - Laubholz!

Alfred Toepper,
Hamburg 1

Wort des Tages

„Menschen klagen zuweilen über Mangel an Persönlichkeit bei andern: meist sind es Leute, die Persönlichkeit weder haben noch dulden können, wo sie ihnen entgegentritt.“

Gerhard Hauptmann; dt. Autor (1862-1946)

Streik - Die SPD will den Aufschwung nicht!

Der Aufschwung muß weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da.

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu drei Prozent.
- Die Staatsverschuldung ist gebremst.
- Die Preise sind wieder stabiler.
- Die Exporte nehmen zu.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Soll das alles umsonst sein?

Die SPD unterstützt den Streik. Ohne Rücksicht darauf, daß so der Aufschwung kaputtgemacht werden kann. Sind ihr die Gefahren für die Arbeitsplätze gleichgültig?

Sieht die SPD nicht die schlimmen Folgen für uns alle?

Stärken Sie den Aufschwung! Schaffen Sie ihm freie Bahn. Wählen Sie CDU.

CDU

Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

50 Jahre

IE & WEL
Bundeswehr

Günter Möller, Leiter einer Molkerei in Wetzlar, sagt heute allen Molkereien, warum er in seinem Betrieb nur mit Erdgas arbeitet. Seine Telefonnummer ist 0 64 41/55 01.



GGK

Wir sorgen für Erdgas **ruhr gas**

Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz“.

Stadtdirektor

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Anlagen-Vermittlung Schwaben GmbH - Marktstr. 34 - 7000 Stuttgart 1

Wir suchen verkaufsfähige Anlageberater und Vermögensberater-Gesellschaften zum Vertrieb unserer Erwerbsmodelle (Wohnungsbau).

WIR BIETEN... Objekte mit hoher Wirtschaftlichkeit und günstigem Gesamtaufwand ab 60.000,- DM (m²-Preis unter 2000,- DM) in Berlin (frei finanziert Wohnungsbau, Baujahr 72), Köln-Bergheim, Karlsruhe, Pforzheim und Göttingen.

Bei Interesse zu einem ersten Gespräch nehmen Sie bitte mit Herrn Freigang oder Herrn Kraft Kontakt auf.

Tel. (0711) 649 2006 u. 07

Versicherungsvermittler
Verdienen Sie genug? Wenn nicht, dann sprechen Sie mit uns.
Beim WIR
Versicherungsvermittlung
Lohsewerstraße 6
4300 Mülheim/Ruhr
Tel. 0208/32 26 93

Suche Handelsvertretungen
im Großraum Köln-Mainz-Trier, nicht branchengebunden, Lager, möglichst vorhanden.
Tel. 0 26 52 / 25 53

Zum Verkauf eines neuartigen kon-
kreten Artikels im Bereich
FRIEDRICH und GARTEN suchen wir
freiberufliche Vertreter
die diesen Artikel als Interessante Zu-
satzvermittlung in Camping-, Freizeit-,
Garten- und Baumarktbelangen
mitverkauft werden können.
Telefonische Kontaktaufnahme
unter 0 64 03 / 7 26 20.

Dolmetscher/Übersetzer
(Dipl. IHK) deutsch/schwedisch,
Technik, Wirtschaft, Geschäfts-
verkehr.
Tel. 02 06 / 43 42 21

Scheidung droht?
... mit der Folge von erheblichen Vermögensschäden und eventueller Existenz-
gefährdung? Wir helfen mit bewährten Verfahren und sichern Sie vor
Vermögensschäden!
Anfragen, die streng vertraulich behandelt werden, unter
X 6400 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihre Sekretärin im Raum Frankfurt/Darmstadt
Tel. - (m. eigenem Anschl.), Post-,
Schreib- u. Büroservice, Wer-
bung etc., Telex.
Ruth Fischer
Sainbastr. 9, 6100 Darmstadt
Tel. 0 61 51 / 2 11 09

Immobilien-Gesellschaft sucht
für den Verkauf von vermieteten
Eigentumswohnungen.
Angeb. u. Z. 6632 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro im Raum Hamburg
Wir vertreten Ihre Interessen:
Repräsentatives Büro im Land-
haus bietet:
- Bürodressen - Postservice
- Telefon-, Telexservice
- Tag und Nacht
- Schreibservice
Zuschriften unter P 6535
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Italienische Handelsagentur
gut eingeführt in Möbelbereich, mit
Sitz in Mantova, Provinz Udine (Stal-
druck) sucht deutsche Möbelhändler
oder Importfirmen, die in Italien
tätig sind, zwecks Einkaufsreisen, Lie-
ferungen und Qualitätskontrollen.
Anfragen an:
R.H.G. 602
Via S. Eusebio 5
33040 Mantova (Gardasee)
Tel. 0433 / 75 46 62
Telex 4 58 946 EDC I

Ihr Büro im Raum Stuttgart
(Nähe Flughafen)
Einkaufsreisen mit Service
Post, Telefon, Telex, Telefax,
Schreib- u. Geschäftsdrucker
B.M.S. Büro- u. Meeting-Service
W. Weiz, 0717/7435

Gesucht
tätige Beteiligung od. Übernahme
kleiner Maschinenfabrik.
Neues zukunftsrichtiges Pro-
gramm wird eingebracht. Bevor-
zugt Erfahrungen in Oberflä-
chentechnik und/oder Belüf-
tungsanlagen.
Zuschriften unter Z 6830 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Spezialist
f. schwierige Kurieraufträge u.
andere Problemaufgaben im In-
u. Ausland, nur anspruchsv. Ein-
sätze erwünscht, die entspr. pro-
fessionelles Vorgehen erfordern.
Zuschriften unter X 6611 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

5000,- mit 500,- Einsatz
- und das nicht nur einmal -
Ausführliche Informationen gegen
DM 10,- per EC-Scheck unter
B 8634 an WELT-Verlag, Post-
fach 10 08 64, 4300 Essen.

Vollobstunternehmer
36 Jahre, Ausbildung: Maschi-
nenbau-Studium, jedoch in der
Praxis, kaufm. orientiert tätig,
sucht nach Ausscheiden aus dem
Familienbetrieb neue tätige Be-
teiligung in
Metallverarbeitungsbereich
Bereich Handel oder Industrie,
wie z. B. Maschinenbau oder In-
dustriebedarf etc. Bevorzugt
Raum Düsseldorf, Köln, Ruhrge-
biet oder angrenzende Gebiete.
Kontaktaufnahmen unter C 6835
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Weiterbildung/Training
Wir suchen aktive und engagierte
Vertriebspartner
aus der Trainings- und Beratungspraxis, mit guten Kontakten zu Personal-
und Fortbildungsteilnehmern von Betrieben, Behörden und Verbänden, die
uns beim Verkauf unserer erfolgreichen
Video-Trainingsprogramme
als selbständige Gebietsrepräsentanten unterstützen.
Die Gewinnmöglichkeiten sind überdurchschnittlich. Ca. DM 20.000,- Eigen-
kapital würden den Start erleichtern, sind aber nicht Bedingung.
Wir geben wirksame Starthilfe und umfassende Unterstützung der Verkaufs-
aktivitäten.
Bitte nehmen Sie schriftlich Kontakt auf mit
Unternehmensberatung Dr. W. Simon 2 Partner
Luisenstraße 3, 6350 Bad Nauheim
Sperrvermerke werden berücksichtigt.

Ich verkaufe für Sie und suche zur Ergänzung meines bisherigen
Sortiments
**Kunstgewerbe- u. Geschenkartikel, Handarbeiten, Mode-
schmuck u. a. auf Franchisebasis od. Kommission.**
Angebote an: Kunstgewerbeboutique, Verena, Kirschstraße 50,
5430 Montabaur, Tel. 0 26 02 / 51 65 + 38 88

Wir bieten 280 m² Lagerhalle, 60 m² Werkstatt
60 m² Büro, Gabelstapler, 7,5-t-LKW
Wir suchen Partner für versch. Nutzung, auch Anmietung.
Standort 493 Detmold.
Anfragen unter 0 52 31 - 2 02 44

STELLENGESUCHE

Geschäftsführer Generationsüberbrückung

Als Treuhänder auf Zeit stehe ich zum 1. 4. 1985 - evtl. früher - als
verantwortlicher Manager/Gesamt-Geschäftsführer oder als Resor-
tschef einem vertriebsorientierten Unternehmen zur Verfügung.

Zur Person: Dipl.-Ing. 50, breite nat./intern. Erfahrungen in General
Management, Marketing/Vertrieb, Budgetwesen/Controlling mit
nachweislichen Umsatz- und Gewinnerfolgen sowohl in Familien-
als auch in Konzerngesellschaften.

Angebote erbeten unter X 6630 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

LEKTORIN / REDAKTEURIN / AUTORIN
im Sachbuch-, Schul- und Jugendbuch-, Bildband und Zeitschriften-
bereich mit mehrjähriger Verlags- und Redaktions- und in selbstän-
diger Tätigkeit Aufträge von Verlagen (Konzeption, Autorenaquisi-
tion, Redaktion, Bildredaktion, Korrektur, Umbruch), Hochschul-
abschluss. Zuschriften unter T 6626 an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter (ppa), Ind./Handel/Bau
37 J. verh., dynam., erfolgsorient., Rechnungswesen, Finan-
zen, Personal, Org., Verw., Konzernverw., engl. Sprache, sucht
aus ungek. Pos. interess. neuen Wirkungskreis. Norddeutschl.
Angebote unter N 6622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Baufachmann in interdisziplinärem Team
Dipl.-Ing. 45 J., 7 J. im internat. Hoch- u. Industriebau, verantw. f. d. Rohbau bzw. Bauwerk v. Großprojekten, davor 14 J.
Statiker i. Hoch- u. Ind.-Bau, Spanisch perfekt, Engl. a. gut, Franz.-
Grundk. Angebote erb. u. PB 48004 an WELT-Verlag, Postfach, 3000
Hamburg 38.

Logistiker
Lager - Versand
30 J., Praktiker HBV, Ausbil-
dung: Spedition/kaufmann, lang-
jährige Erfahrung im Bereich der
nationalen Law-Spedition und als
Lager- und Versandleiter mit
9stelligen Umsatzzahlen in einem
Handelsunternehmen. EDV-Er-
fahrung vorhanden, sucht neue
verantwortungsvolle Wirkungs-
stätte im Raum Hamburg.
Angebote erbeten unter Z 6610
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.
Maschinenbau, 37 J., langj. Erfah-
rung i. Werkzeug- u. Formbau,
umfangr. Kenntnisse i. Qualitäts-
wesen, sucht neue Position, be-
vorzugt in Norddeutschl. Angeb.
erb. unter Y 6609 an WELT-Ver-
lag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Vertriebs-
Werkzeughändler**
38 Jahre, langjährige Erfahrung in
in- und ausländischen Banken u.
Aktien, sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschriften unter B 6626 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

Dipl.-Ing. Architekt
40 J., led., möchte Kreativität,
Schaffens- u. Kenntnisse in ur-
konv. Hamburger Arch.-Büro
einbringen. Wer gibt eine
Chance?
Angebote unter B 6612 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

Kaufm. Leiter
47 Jahre, langj. Erfahrung als
Prokurist u. Geschäftsführer.
Schwerpunkte: Finanz-, Rech-
nungs- u. Personalwesen, Be-
triebsabrechnung, EDV, sucht im
Ruhrgebiet entsprechende Posi-
tion.
Angeb. unter Y 6616 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

**Wir fehlt der
Nachfolger**
Wirtschaftspr. 35 Jahre, grad. in
Holztechnik und BWL, Praxis im Holz-
handel und Sägewerk, Import und Ex-
port von Halbwaren, sucht seine
anspruchsvolle Lebensstellung in der
ersten Reihe. Gerne Raum NRW.
Zuschriften unter B 6622 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht:
Gebotene: Tätigkeit ZBV
Abschl. Einsatzbe-
reitheit, u. Loyalität
auch bei außer-
gewöhnl. Aufga-
benstellung.
Gewünscht: Kurzfristige Kon-
taktaufnahme.
Diskretion zugesichert.
Zuschriften unter B 6632 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Volllistist (Rechtsanwalt)
34 J., verh., Prädikatsanwalt, bis-
her als Justiziar tätig, m. speziellen
Erfahrungen im Bau- und gewerb-
l. Mietrecht, Gesellschafts- u. Grund-
stücksrecht, sucht in Industrie od.
einer entspr. spezialisierten An-
waltskanzlei eine neue verantwor-
tungsvolle Aufgabe, die gute beruf-
liche Perspektiven aufweist.
Ang. u. Z 6615 an WELT-Verl., Postf.
10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (FH)
Druckertechnik
45 J. verh., techn. GF einer Ver-
lagsdruckerei mit Tageszeitung,
sucht neue verantwortungsvolle
Aufgabe. Sehr gute Referenzen!
Angebote erbeten unter C 6819
an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufm.
38 J. engl./franz. Fremdsprachen-
kompetenz, Dipl.-Ing. (FH) Düssel-
dorf, z. z. selbständ. flexibel be-
schäftigt, sucht neue Aufgabe i. Export-
bereich, Raum Norddeutschl. bevor-
zugt, jedoch nicht Bedingung.
Zuschriften unter D 6634 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinen und Anlagen
(Raum Düsseldorf), Dipl.-Be-
triebswirt (FH), 40 J., langjähr.
Erfahrung i. Exp. u. Einkauf v.
Masch. u. schiffsfertigen Indus-
trieanl., sucht verantwortungsv.
Aufg. m. Perspekt. i. Material-
wirtschaft/Einkauf.
Zuschr. gern auch v. Beratern
erb. u. A 6831 an WELT-Verl.,
Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachwissen für Maschinenbau
und Betriebswirtschaft sucht
Anstellung.
Angeb. u. U 6627 an WELT-Verlag, Post-
fach 10 08 64, 4300 Essen.

Hauswirtschaftlerin
Langjähr. Erfahrung, zuver-
lässig, gute Allgemeinbildung,
sucht verantwortungsvolle Auf-
gabe.
Zuschriften unter C 6833 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Top-EDV-Spezialist
18jährige Praxis in Analyse, Or-
ganisation und Programmierung.
Alle IBM-/Siemens-Systeme und
Mikro/minis. (Evtl. auch Fest-
preis). Ab sofort frei.
Angeb. u. A 6611 an WELT-Verlag,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
38, langj. Prokur. Handelsfach-
wirt, in ungek. Stellung, sucht
entspr. Position im nord. Raum,
Sitz mögl. Großraum Bremen.
Angeb. erb. u. PS 48 017 an
WELT-Verlag, Postfach, 2000
Hamburg 38.

Techn. Kaufmann
39 Jahre, verh., Exp. und Verkauf, Aus-
endienst, sucht per 1. 7. 84 aus-
bau verantwortungsvolle Stellung im
techn. Bereich, Innen- und Außen-
dienst, Raum HH.
Angebote erbeten unter D 6614 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

**VERONA/italien
Betriebswirt (HWL)**
43 J., gelernter Groß- u. Außen-
handelskfm., langjährig leitend
18stg. Dienstleistung Produktion u.
Handel. Schwerpunkt u. a.: Vertriebs-, Einkauf, Personalwe-
sen, Organisation, Finanz- u.
Rechnungswesen, sucht ausbau-
fähige, verantwortliche km. tgl. Position im Großraum Verona
(Wohnungsvermittlung) zum 1. 10. 84
oder früher.
Angebote erb. u. W 6629 an
WELT-Verlag, Postfach 10 08 64,
4300 Essen.

Wir sollten uns schnellstens kennenlernen!
Sie suchen einen Geschäftsführer, Manager, Personalleiter, Ausbilder, Controller.
Ich suche eine neue Aufgabe. Be-
triebswirt, 37 J., verl. 1 Kind, nicht
ortsgel. Erfahrung in Geschäftsfüh-
rung, Produktion, Vertrieb u.
Geschäftsführung, Intern. Auf-
sichtsrat, Dienstleistungen, DIY-Automobile. Auch Ausland
angenehm.
Kennwort: Peter B.
Ist Ihr Interesse geweckt? Dann stehen wir Ihnen zu einem persönli-
chen Gespräch kurzfristig zur Verfügung.
Zuschr. untl. U 6847 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

**Dipl.-Versorgungsingenieur
Betriebswirt (staatl. gepr.)**
29 Jahre, Gaskonzessionsinhaber, Sprinkler-Fachmann (VdS), in
ungekündigter Stellung, sucht neuen Wirkungskreis im technisch-
kaufmännischen Bereich.
Angebote unter V 6628 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300
Essen.

Juristin
31, Uni Regensburg, OLG München,
Hochschule f. Verwaltungswissen-
schaften Speyer, Auslandsaufent.
(Vertretungs-Aufgabe, Angeb. u. S
halte, ohne 2. Staatsz., dennoch
interessiert an Rechtsproblemen
und deren Lösung, sucht Tätigkeit.
Ange. unter D 6638 an WELT-Ver-
lag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DAME
Akadem. Mitte 40, perf. Engl./
Franz., erf. i. Haush., Erzieh., Orga-
nisation, übern. kurzfr. entspr.
(Vertretungs-Aufgabe, Angeb. u. S
6625 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64,
4300 Essen).

Immobilienverkäufer
Anfang 40, Persönlichkeit, 14 Jahre
Leiter eines mittelständigen Immo-
bilienunternehmens (Häuser, Grund-
stücke, Eigentumswohnungen, ge-
werbl. Objekte, Ländereien, Auslands-
vermittlung) sucht gleichartige Posi-
tion (Finanz-, Provision, Pkw und dgl.).
Kenntnisse in Finanzierung, Verke-
hrung, Werbung, Org., Außendienstauf-
bau, Fertigungsbranche u. a. m. Bevor-
zugt Gebiete: Rheingebiet, Süd-
deutschland, Bodenseeraum, evtl.
Schweiz u. Österreich. Bitte ausführliche
Angebote/Kontaktaufnahme,
wenn gewünschte Voraussetzungen
vorhanden, unter P 6623 an WELT-
Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein gemischtwirtschaftliches Energieversorgungsunternehmen im westlichen
Ruhrgebiet.
Für die Mitarbeit bei der Lösung vielfältiger und interessanter Zukunftsaufgaben im
Bereich unserer Betriebswirtschaft suchen wir einen jüngeren

Dipl.-Wirtschaftsingenieur (FH)

mit der Funktion eines Gruppenleiters.
Das Aufgabengebiet umfasst den Bereich Controlling mit den Schwerpunkten
- Umsatz-/Absatzanalysen
- Unternehmensplanung
- Kostenanalysen/Bereichsergebnisrechnungen
- technisch/wirtschaftliche Sonderaufgaben
Von unserem neuen Mitarbeiter erwarten wir umfassende betriebswirtschaftliche
Kenntnisse, Eigeninitiative und Teamgeist. Anwenderbezogene EDV-Kenntnisse soll-
ten bereits vorhanden sein bzw. müssen während der Einarbeitungsphase angeeignet
werden.
Wir bieten einen zukunftssicheren Arbeitsplatz in einem angenehmen Betriebsklima.
Die Bezahlung erfolgt nach dem Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (BAT). Daneben
werden eine zusätzliche beitragsfreie Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie
weitere freiwillige Sozialleistungen gewährt.
Wenn Sie interessiert sind, richten Sie bitte Ihre Bewerbung mit den üblichen
Unterlagen an die Anzeigenservice Dr. Horst Bernhards GmbH, Postfach 21 01 05,
4100 Duisburg, Telefon (02 03) 2 34 94.

AS

Anzeigenservice Dr. Horst Bernhards GmbH.

Seit über 50 Jahren sind wir mit unseren Arzneimitteln
auf nationalen und internationalen Märkten erfolgreich.

Unsere Aktivitäten vollziehen sich
innerhalb eines weltweit operierenden Konzerns. Eigene Forschungs-
kapazitäten und eigene Produktionsstätten belassen uns als Pharma-Unternehmen
mittlerer Größenordnung dennoch ein hohes Maß an Eigenständigkeit und Überschaubarkeit.

Für unsere medizinisch-wissenschaftliche Abteilung suchen wir einen promovierten

Mediziner Pharmazeuten oder Biologen

der (die) als Fachreferent(in) Med. Wiss. eine quali-
fizierte Aufgabenstellung, die wir als Nahtstelle zwi-
schen Forschung und Marketing ansehen, übernimmt.
Ihre Tätigkeit zeichnet sich durch folgende Aufgaben-
schwerpunkte aus:

- Wissenschaftliche Betreuung von Präparaten und die
Beratung unseres Produktmanagements in allen
relevanten medizinischen Fragen.
- Selbständige Konzeption, Einleitung, Überwachung
und Auswertung von klinischen Prüfungen der
Phase IV.
- Systematische Zusammenarbeit und Kontaktpflege
mit Ärzten in Klinik und Praxis.
- Mitarbeit bei der Aus- und Fortbildung des Pharma-
Außendienstes.

Berufserfahrung ist vorteilhaft. Verhandlungsge-
schick, Kontaktfreudigkeit und Kooperationsfähigkeit
sind, neben Englischkenntnissen in Wort und Schrift,
erforderlich.

Sie finden in unserem Unternehmen nicht nur eine
interessante Tätigkeit, sondern auch die entsprechen-
de Dotierung sowie einen respektablen Katalog zusätz-
licher Leistungen.

Die Stadt Waltrop, dort haben wir erst vor kurzem
unser neues Forschungs- und Verwaltungsgebäude
bezogen, liegt nahe den Ruhrgebietsgrößtstädten und
dem Münsterland.

Wir erwarten gerne Ihre schriftliche Bewerbung. Für
eine telefonische Vorabinformation stehen Ihnen der
Leiter der Abteilung Med.-Wiss., Herr Dr. Dr. med.
Rychlik, Tel. (0 23 09) 64 - 2 21, oder der Leiter unserer
Hauptabteilung Personal und Recht, Herr Fast,
Tel. (0 23 09) 64 - 223 zur Verfügung.

Thiemann - ein Unternehmen
der WzL-Gruppe

Thiemann Arzneimittel GmbH
Postfach 440, 4355 Waltrop, Tel. (0 23 09) 64-0

Bei der Stadt Gronau in Westfalen, 41 000 Einwohner - Entwicklungs-
schwerpunkt und Mittelzentrum für einen Versorgungsbereich bis zu
100 000 Einwohnern im deutsch-niederländischen Grenzgebiet der
BUREGIO - ist die Stelle des

ERSTEN BEIGEORDNETEN

zu besetzen.
Gesucht wird eine qualifizierte, dynamische und verantwortungsbe-
wusste Persönlichkeit, die über umfassende Kenntnisse und vielseitige
Erfahrungen in der Kommunalverwaltung verfügt. Bewerber müs-
sen die Voraussetzungen des § 49 GO NW erfüllen, die Befähigung
für den höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt ist
erwünscht.
Die Wahlzeit beträgt 8 Jahre. Neben der Besoldung nach Besol-
dungsgruppe B 2 BesG wird eine Aufwandsentschädigung nach
der Eingruppierungsverordnung NW gezahlt.
Zum Dienstort des ersten Beigeordneten gehören z. Zt. die Kämm-
erei, die Stadtkasse, das Amt für öffentliche Ordnung, das Standes-
amt, das Sozialamt und das Jugendamt. Änderungen bleiben vorbe-
halten.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 15. 6.
1984 erbeten an den

Stadtdirektor der Stadt Gronau
Konrad-Adenauer-Straße 1, 4432 Gronau

Stellen- gesuche in der WELT

Tips für den Anzeigen-
text, technische Informa-
tionen und die Grund-
regeln für Ihre Bewerbun-
gen finden Sie in unserer
kostenlosen Stellenge-
suchsbroschüre.

Schreiben Sie an:
DIE WELT
LEBENSZEITUNG FÜR BERUFSSUCHENDE
Anzeigenabteilung
Stellen-Service,
Postfach 30 58 30
2000 Hamburg 36
Tel./ (040) 347-44 18, -1

CPA, Postfach 11 04 41, 6000 Frankfurt 11

Als weltweit operierender Konzern vertreiben wir auch in der
Bundesrepublik Deutschland Lösungen für moderne und wirt-
schaftliche Informations- und Kommunikationssysteme.

Wenn Sie von den Möglichkeiten dieses Marktes über-
zeugt sind, den richtigen beruflichen Background haben,
Karriere machen und ein besseres Einkommen haben
wollen, dann sollten Sie Kontakt mit uns aufnehmen.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähigen Bewer-
bungunterlagen unter 9584 an die von uns beauf-
tragte Arbeitsgemeinschaft für Information. Am Wasser-
turm 14, 5090 Leverkusen 3, die Sperrvermerke selbst-
verständlich strikt beachten wird.

Die rasante Entwicklung
der Informationstechnologie

bietet EDV-Spezialisten
erstklassige Chancen
für die Zukunft.

Sie können bei uns nach Eig-
nung und Neigung mit unterschied-
lichen Schwerpunkten als **Analytiker,**
Berater oder Vertriebspezialist tätig werden.

Politiker für Mitwirkung in Schulpolitik

DW, Düsseldorf

Die Bildungspolitik in der SPD-Regierungsfraction von Nordrhein-Westfalen streben mehr Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Schulpolitik an. Was der sozialdemokratische Kultusminister Hans Schwier jetzt noch per Rechtsverordnung festlegen kann, wollen die Sozialdemokraten nach der Landtagswahl im Mai 1985 per Gesetz geregelt wissen. Damit wäre eine stärkere Einbindung des Parlaments in die Politik gesichert. Erst kürzlich hatten Informationen aus der SPD-Landtagsfraktion Aufsehen erregt, wonach sozialdemokratische Bildungspolitik verengt über Schwier seien. Ihm wurde angelastet, ohne Rücksprache mit der Fraktion wichtige schulpolitische Kursänderungen vorzunehmen.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Schule und Weiterbildung in der SPD-Landtagsfraktion, Dammeyer, legte gestern einen Antrag vor, der außer der schulpolitischen „Offensive“ einen verstärkten Politikunterricht an der Schule fordert und sich dagegen wendet, diese Thematik nur militärpolitisch zu behandeln.

Diplomaten abgeschoben

DW, Moskau

Die sowjetische Regierung hat den Sicherheitschef der britischen Botschaft in Moskau, John Burnett, des Landes verwiesen. Gleichzeitig hat die britische Regierung bekanntgegeben, sie habe bereits am 14. Mai die Ausweisung des sowjetischen Geschäftsträgers in London, Arkadi Guk, aus Großbritannien verfügt. In London hieß es, Burnetts Ausweisung sei offenbar die Antwort der Sowjets auf die Aufweisung von Guk. Guk's Name war in einem Spionageprozess gegen einen britischen Geheimdienstbeamten genannt worden.

EFTA-Länder für Zusammenarbeit

AFP, Brüssel

Die sieben Länder der Europäischen Freihandelszone (EFTA) wollen stärker mit den zehn EG-Staaten zusammenarbeiten. Sie beschlossen auf ihrer Konferenz in der schwedischen Stadt Visby, die Kontakte zur EG zu erweitern. Zusammenarbeit ist gesucht vor allem auf den Gebieten des Abbaus nicht-tarifärer Handelschranken, der Vereinfachung von Zollformalitäten, der Hilfe für die Entwicklungsländer und beispielsweise der Kontakte zum Ostblock über Jugoslawien. Die EFTA-Konferenz will ihre Arbeiten am heutigen Mittwoch abschließen.

Freundlichkeiten und Polemiken in Moskau

Von BERNT CONRAD

Die Szene im Gästehaus des sowjetischen Außenministeriums in der Ulica Alekseja Tolstowo ähnelt grotesken Einfällen von Samuel Beckett. Harmonisch wie bei einem Familientreffen versammelten sich das Ehepaar Gromyko und das Ehepaar Genscher mit Mitarbeitern und Politikern zum Mittagessen. Wodka als Apéritif lockerte die Stimmung. Gastgeber Gromyko raunte seinem Bonner Amtskollegen schmunzelnd zu: „Jetzt folgen wir dem revolutionären Protokoll und absolvieren unsere Tischreden vor dem Essen. Das hat erhebliche Vorteile.“

UdSSR: Die USA sind auf Konfrontationskurs

Flugs erhob sich der 75jährige dienstälteste Außenminister der Welt, ließ seine bis dahin joviale Miene erstarren und legte in eisigem Ton los: „Die Administration der USA hat eindeutig auf Konfrontation und Willkür in den internationalen Beziehungen gesetzt“, schrieb er Ronald Reagan ins Stammbuch. „Heuchelei“, „Verschleiern militäristischer Vorbereitungen“, „gefährliches Abenteuer“, „aggressive Handlungen, Verbrechen gegenüber Nicaragua“ – eine Breitseite nach der anderen donnerte gen Washington.

Weshalb eigentlich Washington? Saß hier nicht der Bonner Außenmi-

nister, um etwas über die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu hören? Gromyko aber hatte nur den amerikanischen Gegner im Visier; dessen rhetorischer „Vernichtung“ galten rund sechs Seiten seines sieben Schreibmaschinenseiten umfassenden Rede-manuskripts.

Als Genscher im Voraus über Gromykos Absicht informiert worden war, hatte er sich eine effektvolle Reaktion ausgedacht. Beide Ansprachen wurden nicht mündlich übersetzt, weil den Gästen schriftliche Texte in deutsch und russisch vorlag. Nach der Genscher-Rede jedoch stand ein Dolmetscher auf und verkündete: „Ich möchte einen Satz übersetzen, der nicht im schriftlichen Text steht. Der Bundesaußenminister hat gesagt: 'Wir empfinden die Vorwürfe an die Adresse unserer amerikanischen Freunde als ungerecht und unverdient.'“

Ein Teilnehmer registrierte: „Das hatte Wirkung. Denn es war die einzige Formel, die überhaupt mündlich übersetzt wurde. Niemand konnte das überhören.“

Mit Gromyko aber war derweil eine verbüllende Rückverwandlung vor sich gegangen. Mit knorrigen Lächeln rief er Genscher zu: „Jetzt haben wir das Geschäft hinter uns. Nun können wir mehr privat reden.“ Von den eben noch verdammten amerikanischen „Bösewichten“ war keine Rede mehr. Statt dessen rühmte der Sowjetveteran, von Genscher lebhaft

akklimatisiert, den hohen Wert persönlicher Beziehungen in der Politik.

Tatsächlich ist der unkonventionell-offene Umgangstil zwischen den beiden Ministern, die sich seit zehn Jahren immer besser kennengelernt haben, auch in politischen Eiszeiten unbeschädigt geblieben. „Man kann nur staunen, wie unverblümt Genscher mit Gromyko redet, ohne daß der jemals einschnappt“, berichtete ein Insider. So lief es auch diesmal bei den internen Gesprächen im Kream.

Feindbild USA bleibt bestehen

Aber wo bleibt die sachlich-politische Wirkung? Wie ist es angesichts eines solchen persönlichen Verhältnisses möglich, daß die sowjetischen Massenmedien – gewiß mit Zustimmung Gromykos – wochenlang die Bundesregierung in übelster Weise attackierten? Diese Diskrepanz empfand offensichtlich auch Frau Gromyko, als sich bei Tisch das Gespräch den deutschen „Revanchisten“ zuwandte.

Den Anstoß gab Genscher mit dem Hinweis: „Sehen Sie sich meine Frau an. Sie ist eine Vertriebene und geht noch zu Vertriebenenentwürfen. Aber ist sie eine Revanchistin?“ Barbara Genscher lächelte etwas verlegen, als sich alle Blicke ihr zuwandten. „Sie mußten einmal zusammen mit meiner

Frau an einem solchen Treffen teilnehmen“, fuhr der FDP-Chef, zu Gromyko gewandt, fort. Dann würden Sie sehen, wie diese Vertriebenen sind. Ist es nicht in Wahrheit eine große Sache, daß sich Millionen von Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, zur Demokratie und zu einer friedlichen Politik bekennen?“

Mit altväterlicher Höflichkeit verbeugte sich der sowjetische Außenminister: „Frau Genscher ist natürlich von der Kritik ausgenommen“, stellte er heiter fest, ohne sich allerdings im Grundsätzlichen beeindruckt zu zeigen. Dies ärgerte seine sonst zurückhaltende mütterlich-freundliche Ehefrau: „Du solltest auf das hören, was Herr Genscher gesagt hat. Denn was Herr Genscher sagt, ist immer ernst zu nehmen“, ermahnte sie den verbüßten dreinschauenden Gromyko. Genscher haakte sofort nach: „Bei uns sagt man: Hören Sie auf Ihre Frau“, verkündete er lachend.

Wenig später erhielt Barbara Genscher eine Einladung von Frau Gromyko zum Tee im Kream – eine Geste, die sie bislang in den deutsch-sowjetischen Beziehungen noch nie gegeben hatte.

Doch leider bestimmen nicht die Ehefrauen den Kurs des Moskauer Politbüros. Und was Genscher von den Männern – allen voran Gromyko und gestern zum Abschluß auch Generalsekretär Konstantin Tschernenko – in der Sache zu hören bekam, das

zeugte von keinerlei Bewegung, weder in der Frage der abgebrochenen INF- und START-Verhandlungen noch bei den von Washington angebotenen, aber bisher von den Sowjets nicht akzeptierten Regierungsgesprächen über Weltraumabwehrtraktaten. Am amerikanischen Feindbild des Kreml ist nicht zu rütteln – zumindest nicht bis zu den Präsidentschaftswahlen. Das spürte Genscher überdeutlich.

Genscher blieb trotzdem optimistisch

Trotzdem blieb er optimistisch. Ob er nicht merkte, daß Gromyko auch ihn meinte, als er in allgemeiner Form jene Entsetzten kritisierte, die angesichts der Nachrüstung meinten, die Welt sei nicht untergegangen und eine „neue Eiszeit“ sei nicht eingetreten? „Dies ist ein vorgetuschelter, ein gekünstelter Optimismus“, konstatierte der Sowjetpolitiker, dessen interner Einfluß heute größer ist als je zuvor.

Doch Genscher konnte diese Hinweise nicht anfechten. Nach dem Flak des Bonner Amnestiegesetzes und anfänglichen Rücktrittserwartungen hat sich seine Grundstimmung innen und außenpolitisch wieder auf „zuversichtlich“ eingependelt. Er will FDP-Vorsitzender bleiben und erwartet auf dem Parteitag persönliche Rückenstärkung.

Abgewiesener Asylbewerber muß ausreisen

dpa, Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat das „beachtliche öffentliche Interesse“ an der baldigen Ausreise von Asylbewerbern unterstrichen, deren Begehren sich nach umfassender Prüfung durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als eindeutig aussichtslos herausgestellt hat, und gestern die Verfassungsmäßigkeit dieser Ausreisepflicht im Asylverfahrensgesetz (§ 11) bejaht.

Nach Auffassung des Gerichts muß es denartige Asylbewerber – 1982/83 etwa 15 Prozent aller Asylsuchenden – nicht ermöglicht werden, auch den Ausgang ihres Klageverfahrens auf Anerkennung als Asylberechtigter noch im Inland abzuwarten. Allerdings ergäben sich aus den Grundrechten, auf Asyl und wirkungsvollen Rechtsschutz bestimmte Anforderungen an das vorausgehende Gerichtsverfahren, in dem die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht zu überprüfen ist. Diese Anforderungen sind im Asylverfahrensgesetz (AZ: 2 BvR 1413/83).

Ausbildung vor allem für Mädchen

Das Sonderprogramm der Bundesregierung hat bisher 6000 Jugendlichen, die im Herbst 1983 keinen Ausbildungsplatz erhielten, eine Berufsausbildung ermöglicht. Der parlamentarische Staatssekretär des Bildungsministeriums, Anton Pfeifer (CDU), sagte gestern, mit dem Förderprogramm in Höhe von 180 Millionen Mark seien vor allem für Mädchen zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen worden; sie betragen 67,5 Prozent der geförderten Stellen. Die Maßnahme, zu der sich die Regierung angesichts fast 40 000 unversorgter Lehrlingsstellen entschlossen hatte, soll in diesem Jahr nicht wiederholt werden.

„Verzicht auf Feier eine Ausnahme“

dpa, Bonn

Der Verzicht auf eine Bundestagsitzung am 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit muß nach Auffassung der Union eine Ausnahme bleiben. Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Lintner, hielt der SPD gestern in Bonn vor, sie habe sich wegen der an diesem Tage stattfindenden Europawahl gegen jede Form einer Gedenkveranstaltung im Parlament gestellt. Gleichzeitig betonte Lintner, Gedenktage wie der 17. Juni müßten von einem möglichst breiten Einvernehmen getragen werden.

Scharfe Kritik an Moskau wegen Drucks auf Rumänien

IOC überlegt, die Spiele 1988 nicht in Seoul abzuhalten

sid, Los Angeles/Düsseldorf

Der Präsident des Olympischen Organisationskomitees der Stadt Los Angeles, Peter Ueberroth, hat gestern scharfe Angriffe gegen die Sowjetunion gerichtet, die angeblich mit immer stärkerem Druck weitere sozialistische Staaten zum Olympia-Boykott dränge. Vor allem Rumänien sei das Ziel der sowjetischen Attacken. „Der Welt wird hier deutlich gemacht, wie stark der Einfluß der Sowjets auf die übrigen Staaten ist“, sagte Ueberroth, „Rumänien wird der Prüfstein sein.“

Der rumänische IOC-Vizepräsident Alexandru Sipero und Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hätten ihm übereinstimmend erklärt, Rumänien werde eine Mannschaft zu den Spielen entsenden. Eine Entscheidung wird in Los Angeles von der Konferenz der Sportminister der sozialistischen Staaten erwartet, die morgen in Prag stattfinden soll. An dieser Sitzung wird, auf Einladung, auch IOC-Präsident Samaranch teil-

nehmen und einen letzten Versuch unternehmen, die UdSSR zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen.

Währenddessen verstärken sich in der IOC-Führung offensichtlich Überlegungen, die Olympischen Spiele 1988 von Seoul in eine politisch weniger brisante Stadt zu verlegen. Mitglieder des sowjetischen NOK hatten erklärt, eine Teilnahme ihrer Mannschaft in Seoul sei „noch ungewiß“. Zudem war der Versuch, eine gesamtkeoreanische Mannschaft für Los Angeles zu bilden, an der unversöhnlichen Haltung Süd- und Nordkoreas gescheitert.

Die Verhandlungen über die Vergabe der Fernsehrechte zwischen Seoul, IOC und den US-Fernsehanstalten wurden vorsorglich verschoben. Ein Zugeständnis, wie es das IOC wünscht, wäre wohl nur zu erreichen, wenn sich das IOC als Gegenleistung verpflichtet, die Spiele spätestens 1992 in Seoul stattfinden zu lassen. Seite 2: Eigentümer

Richter ordnet Josef Mengeles Auslieferung an

rtt, Asuncion

Ein paraguayischer Richter hat nach amtlichen Angaben aus Asuncion im Zusammenhang mit einem offiziellen Auslieferungsgesuchen der Bundesrepublik Deutschland die Verhaftung des flüchtigen ehemaligen Lagerarztes von Auschwitz, Josef Mengele, angeordnet. Aus Behördenkreisen verlautete, der Richter habe die Polizei des Landes angewiesen, Mengele festzunehmen, falls man seiner in Paraguay habhaft werden könne. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt seit mehr als 20 Jahren gegen den aus Günzburg bei Ulm stammenden Mengele, dem durch Todesurteile für die Ermordung von Hunderttausenden nach Auschwitz deportierter Juden und Zigeuner angeklagt wird. Das Auswärtige Amt in Bonn hat nach Angaben aus Asuncion bereits zum drittenmal in zwölf Jahren die Auslieferung Mengeles beantragt.

Priorität hat Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Sozialistische Parteien setzen Ziele für Europawahl fest

v. K., Paris

Die 14 in der „Union der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ (UPSE) zusammengeschlossenen Links-Formationen, drei davon Regierungsparteien, haben die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa zum herausragenden Thema ihres Europawahlkampfes für die Europawahlen gemacht. Das verkündete der außenpolitische Sprecher der Sozialistischen Partei Frankreichs, Huntzinger, in Paris. Als weitere Wahlkampfthemen nannte Huntzinger einen gemeinsamen Ausweg aus der Krise, eine „erneuerte“ Agrarpolitik, die Suche nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt, die Verteidigung der Menschenrechte und eine Verbesserung der europäischen Institutionen im Sinne von mehr Demokratie und Wirksamkeit.

Die Forderungen der UPSE sind in einem „Manifest“ niedergelegt, das zum ersten Mal in der Geschichte des Verbandes auf einer Sitzung in Lu-

zemburg am 9. März verabschiedet wurde. „Wenn es auch noch kein sozialistisches Europa gibt, so existiert immerhin ein europäischer Sozialismus“, meinte Huntzinger. Besonders begrüßte Huntzinger, daß die britische Labour Party unter dem Einfluß ihres neuen Vorsitzenden Neil Kinnock eine „deutliche Hinwendung zu Europa“ vollzogen habe. In der Sicherheitspolitik bestehe keine einheitliche Auffassung über die Rolle des Atoms bei der Abschreckung (die griechische Pasok-Partei gebürt hauptsächlich aus diesem Grunde der UPSE nicht an). Dennoch bleibe das atlantische Bündnis Voraussetzung für die Sicherheit Europas. Eine größere Mitsprache Europas sei wünschenswert. Langfristig sei eine „Herauslösung Europas aus den Militärbündnissen“ anzustreben. Die Sozialisten könnten sich, so Huntzinger, niemals mit der Unabänderlichkeit der Spaltung Europas abfinden.

COMMERZBANK

25 Jahre Privatkunden-Kredite.

Wir geben Ihnen einen größeren finanziellen Spielraum.

In 25 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit mit unseren Privatkunden im Kreditgeschäft haben wir unsere Leistungen wesentlich verbessert:

	1959	1984
Höchstsumme	2000 DM	50 000 DM
Laufzeit	bis 24 Monate	bis 72 Monate
Kreditzusage	nach mehreren Tagen	sofort möglich
Verwendung	zweckgebunden	nach Ihrer Wahl
Rückzahlung	nur in Monatsraten	individuell nach Vereinbarung oder in Raten
Risikovorsorge	keine	Sicherheit bei Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Tod

Kommen Sie zur Commerzbank und sprechen Sie mit einem unserer Kundenberater über die Vorteile eines größeren finanziellen Spielraumes.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Abgewiesene
Asylbewerber
muß ausreisen

30-bildung von
Bildern für Mäde

30-bildung von
Bildern für Mäde

raum

merzbank
an Ihrer S

Dunkler Fotomarkt

ML - Es sieht beinahe so aus, als würde sich die Fotobranche selbst Mut machen. Jedenfalls glaubt sie, im bisherigen Verlauf dieses Jahres Lichtblicke für den in letzter Zeit ziemlich kräftig gebeutelten Amateurfotografen zu erkennen. Fest steht zunächst, daß sich die Schere im Gesamtmarkt immer mehr öffnet. Während sich der Fachfotograf, also Röntgen, Reprografie, das Fotohandwerk, Kino- und Mikrofilm oder auch die Biotekologie, als erstaunlich stabil und konjunkturanfällig präsentiert, zeigt sich der Amateurmarkt von einer völlig anderen Seite. Er schrumpft seit geraumer Zeit in einem beängstigenden Tempo. Allein 1983 sank das Marktvolumen in diesem Bereich um sieben Prozent. Die Branche sieht als Grund für diese Entwicklung eine Fülle von Faktoren, beispielsweise hohe Marktsättigung, allgemeine Zurückhaltung der Konsumenten beim Geldausgeben oder auch den Rückgang möglicher Fotografier-Anlässe.

Die Statistik ist gespickt mit dicken Minuszeichen, wobei der Schmalzfilmsektor, der in erster Linie mit der nach vorn marschierenden Videografie zu kämpfen hat, am stärksten abgerutscht ist. Man hofft jetzt, das verbliebene Marktsegment in der Zukunft hinüberretzen zu können. Einen Trost über das trostlose Geräte-Geschäft hinaus gibt es in-

dessen für die Branche, nämlich den, daß die Zahl der geknipsten und angefertigten Bilder einigermaßen gleichgeblieben ist. Noch sind bei aller Euphorie in Sachen Elektronik die Vorteile und technologischen Reserven der Fotochemie nicht einfach wegzuwischen. Dies sollte gerade im Photokina-Jahr 1984 nicht übersehen werden.

Schwarzer Peter

Stw. Wenn Politiker, Bankiers und Unternehmer sich treffen, ist die weltweite Schuldenkrise ein Dauerthema. Das Internationale Management Symposium in St. Gallen macht da keine Ausnahme. Überraschend ist in diesem Jahr allerdings die Übereinstimmung in Grundsatzfragen wie sie der ehemalige Finanzminister Bräse, Mario Henrique Simonsen und US-Handelsbeauftragte William Brock zeigten. Schon beim bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel sollten die Industrieländer sich verpflichten, gegenüber nichtsubventionierten Exporten der Entwicklungsländer keine Schranken zu errichten, forderte der Schweizer Notenbankchef Fritz Leutwiler. Doch sein leidenschaftlicher Appell wird, wie Leutwiler weiß, kein Echo finden. Die Diskussion zeigte auch warum. Der Schwarze Peter wurde schnell weitergereicht. Vorangehen bei der Öffnung der Märkte sollten die Japaner, hieß es. Fast überflüssig zu erwähnen, daß gerade sie nicht mit am Tisch saßen.

Schatten der Continental

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Die Krise, in der Amerikas größte Geschäftsbank steckt, wirkt auch international lange Schatten. In der vergangenen Woche rutschten plötzlich die kurzfristigen Zinsen und zogen den Dollar mit. An den Finanz- und Devisenmärkten noch es nach einer Wende. Zum Wochenschluß waren die alten Preisniveaus wiederhergestellt. Das Rätsel: Lösung: Die Spritzen zur Rettung der Continental Illinois National Bank und Trust Company in Chicago hatten eine Geldflut ausgelöst, die dann schnell verpöbte.

In die Irre führen kann auch ein Beschluß des zwölfköpfigen Offener-Markts-Komitees des Federal Reserve Systems, in den USA die Geldmenge zunächst nicht zu verknappen. Es hat seine fälligen Beratungen Montag mittig begonnen und gestern abgeschlossen. Wenn die Ängste recht behalten, verzichteten die sieben Gouverneure der Federal Reserve Board und die fünf Präsidenten der regionalen Notenbanken auf ein Anziehen der Kreditfesseln, um Continental nicht noch tiefer in den Abgrund zu stoßen. Bei einem Zudrehen des Geldhahns steht weniger Geld zur Verfügung, das mehr kostet.

Unter der Haut gefahren ist den Zentralbankern natürlich auch die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Mexiko, sie würden eine Gefährdung der Demokratie und der wirtschaftlichen Entwicklung, verursacht durch den zu rigiden Schuldendienst, nicht hinnehmen. Die dreimalige Anhebung der Prime Rate um insgesamt 1,5 Prozent seit Jahresbeginn erhöhte Lateinamerikas Außenverbindlichkeiten um 4,5 Milliarden Dollar. Es geht also wieder das Gespenst eines Boykottkardells um. Dennoch ist es der „Fed“ nur möglich, ihre Stabilitätsstrategie sehr kurzfristig zu umkreisen; damit verzichten kann sie nicht: Ohne Druck auf die Geldbremsen sind in Amerika eines Tages Teuerungsschübe so sicher wie das Amen in der Kirche.

Vor der letzten Sitzung hatte es so ausgesehen, als würde das Offener-Markts-Komitee die Eindämmung des, gemessen an den größeren Aggregaten, wieder üppigeren Geldflusses absagen, und zwar vor dem Hintergrund eines ungewöhnlich

starken Konjunkturtempo. Für 1984 im Visier hatte die „Fed“ immer eine Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts um real 4,5 bis 4,7 Prozent. Nach plus 8,8 Prozent im ersten Quartal ist eine solche Wachstumsrate trotz mancher Unkenrufe völlig unrealistisch; was sich schwer abschätzen läßt, ist die Antriebskraft der riesigen Haushaltsdefizite.

Im Klartext heißt dies, daß die „Fed“ den Märkten eine Atempause gewährt, die aber nicht lange dauert. Für das Anziehen der monetären Zügel bleibt ihr, abgesehen von der virtuellen Inflation, wenig Zeit. Die Notenbank möchte sich dem Bremsritual keineswegs in der größten Hitze des Wahlkampfes unterziehen, was auch der Tradition widersprechen würde. Mit einem Wort: In den USA, die ohnehin von Kreditexplosionen erschüttert werden, bleibt der Zins-trend eher nach oben gerichtet.

Dieses Szenario ist auch der Grund dafür, warum die Bankenaufsichtsbehörden in Washington, einschließlich „Fed“, auf eine rasche grundsätzliche Lösung des Continental-Problems drängen. Durch die Zusage unbegrenzter Notenbankhilfe und die Aufhebung des Versicherungslimits für Einlagen haben sie die Suche nach einem potentiellen Käufer erleichtert. Vermutlich wird die Federal Deposit Insurance Corp. auch noch die Last der faulen Kredite reduzieren, wenn auch auf Kosten der Aktionäre. Was sich anbietet, wäre eine Fusion mit der First Chicago Corp. - die Nummer zwei in Chicago und im Mittleren Westen. Erste Gespräche sollen schon stattgefunden haben.

Durch den Zusammenschluß von Continental mit First Chicago würde Amerikas viertgrößte Geschäftsbank entstehen. Die Bilanzsumme addiert sich auf 77,3 (41,4 und 35,9) Milliarden Dollar, während die Rückstellungen mit 621 (401 und 220) Millionen Dollar zu Buch schlagen. Bei einem Nettoeinkommen von 79,2 (29,4 und 49,8) Millionen Dollar im ersten Quartal würde das neue Gebilde faule Kredite, die keine Erträge mehr bringen, in Höhe von 3,2 (2,3 und 0,9) Milliarden Dollar mit sich herum schleppen. Für den Zugriff der First Chicago spricht, daß sie einem neuen Erzrivalen den Zugang zum wichtigen Regionalmarkt versperren muß.

STEUERREFORM / Belastungen durch EG-Beschlüsse werden rapide wachsen

Widerstand gegen Steuererhöhungen zum Ausgleich für Ausfälle wächst

HEINZ HECK, Bonn
Wachsender Widerstand gegen Steuererhöhungen zur Kompensation von Einnahmeausfällen dürfte auch das heutige Koalitionsgespräch zur Steuerreform bestimmen, das am Nachmittag in Bonn beginnt. Angesichts der zunehmenden Haushaltsrisiken aus Streikfolgen und EG-Belastungen scheint das Finanzministerium nun doch die „kleine Lösung“ einer Steuerreform mit nur zehn bis zwölf Milliarden Mark Einnahmeausfällen zu favorisieren.

Allerdings hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) vor dem Hintergrund der jüngsten Haushaltsentwicklung Schwierigkeiten, die dramatische Entwicklung im Koalitionskreis überzeugend darzustellen. Nach den großen Stabilisierungserfolgen 1983 blieben die Ausgaben des Bundes im ersten Jahresdrittel mit 88,2 Milliarden um 1,4 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die Steuereinnahmen stiegen dagegen um 3,9 Prozent. Wenn dennoch die Gesamteinnahmen mit 88,2 Milliarden um 4,7 Prozent hinter 1983 zurückblieben, so nur wegen der im Vergleich zum Vorjahr verzögerten Abführung des Bundesbankgewinns.

Aber der an Schärfe zunehmende Arbeitskampf könnte alle Hochrechnungen über mehr Wirtschaftswachstum mit der daraus resultierenden Verbesserung der öffentlichen Finanzlage rasch zunichte machen. Hinzu kommen die rapide wachsenden Belastungen durch die EG-Beschlüsse. In einer Kabinettsvorlage hat das Finanzministerium die „maximal mögliche Mehrbelastung des Bundes“ für die sechs Jahre von 1984 bis 1989 auf rund 34,4 Milliarden Mark

beziffert. Zusammen mit den Mehrbelastungen der Länder von 3,9 ergibt sich für die öffentlichen Haushalte insgesamt ein Betrag von 38,3 Milliarden Mark. „Die tatsächliche Mehrbelastung kann erst zuverlässig geschätzt werden, wenn die noch ausstehenden Entscheidungen, insbesondere zur Haushaltsdisziplin, getroffen sind“, heißt es in der Vorlage. Nach geltendem Recht beträgt der deutsche Anteil der an die EG abzuführenden Einnahmen von 1984 bis 1989 rund 107 Milliarden Mark. Legt man ab 1986 die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von eins auf 1,4 Prozent und ab 1988 auf 1,6 Prozent zugrunde, so kommen die erwähnten 34,4 Milliarden für den Bund hinzu.

In diesen Zahlen ist noch nicht einmal die zweimalige Korrektur der höheren Vorsteuerpauschale für Landwirte berücksichtigt. Die Unionsfraktion will die Vorsteuerpauschale nicht von acht auf elf (Regierungsantrag), sondern auf 13 Prozent erhöhen. Der Bundesrat hatte sich mit seiner Unionsmehrheit bereits am Freitag für ein Vorziehen der Erhöhung vom 1. September auf den 1.

Julii ausgesprochen, obwohl der Grenzübergang erst am 1. Januar 1985 um fünf Prozentpunkte vermindert wird. Statt der für 1984 angesetzten Mehrbelastung des Bundes und der Länder von rund einer Milliarde (Bund 640 Millionen) dürften allein auf den Bund Mehrbelastungen von mindestens 1,5 Milliarden Mark zukommen. In der Rechnung enthalten ist dagegen für 1984 ein Betrag von 1,5 Milliarden aus der voraussichtlichen Finanzierungslücke des EG-Haushalts.

Ungewiß ist derzeit noch, in welchem Ausmaß der auf 1,4 und 1,6 Prozent zu erhöhende Mehrwertsteuersatz tatsächlich ausgenutzt wird. Dies hängt „von den haushaltsrelevanten Entscheidungen des Rates und des Europäischen Parlaments ab“, heißt es. Die Steuererhöhungen sollen nach den Beschlussvorlagen für den Rat im mehrjährigen Durchschnit unterhalb des Wachstums der Basis der Eigenmittel bleiben. Ließe sich die Steuererhöhung des EG-Haushalts im Zeitraum 1988 bis 1989 bei „nur zehn Prozent“ halten, bliebe der Ausnutzungssatz in dieser Zeitspanne unterhalb von 1,4 Prozent. In diesem Falle betrüge die Mehrbelastung für den Bund von 1984 bis 1989 rund 18,9 und die Länder 3,9 Milliarden Mark. Auch im Hinblick auf den geplanten Beitritt Spaniens und Portugals erscheint die Prämisse allerdings zu optimistisch“, heißt es.

AUF EIN WORT



Die künftige Sozialpolitik wird sich darum bemühen müssen, die Lohnnebenkosten nicht nur nicht mehr weiter anwachsen zu lassen, sondern sie zu senken. Schwindende Wettbewerbsfähigkeit, sinkende Arbeitsmoral und zunehmende Schwarzarbeit wären sonst die Folge.

Manfred Baden, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. FOTO: PIR

Firmen beklagen hohe Personalkosten

dpa/VWD, Bonn

Der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Manfred Lennings, hat Politiker und Gewerkschafter aufgefordert, die hohen Kosten, insbesondere für die Arbeitnehmer, wieder kalkulierbarer zu machen. Der gegenwärtige Konflikt um die 35-Stunden-Woche sei ein Beispiel dafür, daß die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig sein und zugleich den sozialen Frieden wahren solle. Schwarze Zahlen seien die Voraussetzung für soziale Sicherung. Es müsse Abschied genommen werden von öffentlichen Reglementierungen, übersteigertem Rationalisierungsschutz, zementierenden Besitzstandssicherung und der Diskriminierung von Risiko-Kapital.

GLASFASERFERTIGUNG

Ministererlaubnis soll das Gemeinschaftsprojekt retten

DANKWARD SEITZ, München

Um das Projekt einer gemeinschaftlichen Produktion von Glasfasern doch noch verwirklichen zu können, wird die Siemens AG, Berlin/München, auch stellvertretend für die anderen vier deutschen Kabelhersteller AEG, Philips, Kabelmetal und SEL in den nächsten Tagen einen Antrag auf Ministererlaubnis stellen.

Dies kündigte Siemens-Vorstandsmitglied Hans Baur jetzt in München an, nachdem den fünf Firmen am vergangenen Freitag die Abmahnung des Bundeskartellamtes zugestellt worden ist. Gemeinsam wollen sie in Berlin ein Werk mit einer Produktionskapazität von 100 000 km Glasfaserkabel pro Jahr errichten.

Die Untersagung durch das Bundeskartellamt bezeichnete Baur als formal Rechts. Wie Siemens seien

aber auch die anderen Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen unversehrt an einer Gemeinschaftsproduktion interessiert. Und allein aus wirtschaftspolitischen Gründen sollte der deutsche Markt nicht zersplittert werden.

Dabei geht es den Firmen offensichtlich wohl weniger um den in den nächsten Jahren noch relativ bescheidenen Inlandsmarkt, sondern darum, möglichst bald verstärkt auf dem Weltmarkt Fuß fassen zu können. So schätzt Siemens allein 1984 das Weltmarktvolumen auf etwa 1,0 Millionen Faser-Kilometer davon 650 000 km in den USA, 100 000 km in Großbritannien, 65 000 km in Japan und nur 13 000 km in der Bundesrepublik. Welche Alternativen bestehen, sollte dem Gemeinschaftsprojekt die Ministererlaubnis versagt werden, dazu wollte sich Baur derzeit nicht äußern.

PROTEKTIONISMUS

Schlecht gegen Subventionen für Hochtechnologie-Güter

HEINZ HECK, Bonn

Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht hat vor „Patentrezepten zur Überwindung tatsächlicher oder vermeintlicher technologischer Schwächen“ gewarnt. Vor der „Dortmunder Runde - Wirtschaft und Politik“ erklärte er, es verstehe sich von selbst, daß für die Bundesrepublik „schon im Eigeninteresse“ jeder Art von Exportsubventionen für oder handelspolitische Protektion gegen sogenannte Hochtechnologiegüter nicht in Betracht komme.

Solche Defensiv-Strategien, die zu Kettenreaktionen anderer Länder führten, müßten allein schon wegen der hohen internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft auscheiden. „Unser Export ist auf freie Märkte angewiesen“, betonte Schlecht. Auch würde ein Schutz der heimischen Industrie zur strukturel-

len Verhärtung, zur unwirtschaftlichen Verwendung vorhandener Ressourcen und damit zu einer Minderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen.

Entscheidend für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien produktive Investitionen. Die strukturellen Anpassungs- und Beschäftigungsprobleme der deutschen Wirtschaft ließen sich schneller beseitigen, wenn es gelinge, hier wieder mehr und dauerhaft Dynamik zu gewinnen. Mehr Investitionen bedeuteten zugleich mehr Arbeitsplätze und mehr Einkommen. Darüber herrsche zwar weitgehend Einigkeit, jedoch nicht über den einzuschlagenden Weg. So huldige die SPD auf ihrem jüngsten Parteitag wieder mehr dem „verstärkten planerischen Vorgehen“ und einer „gezielten vorausschauenden Industriepolitik“.

FORSCHUNGSFÖRDERUNG

AIF fordert höhere Mittel für gemeinsame Vorhaben

KAREN SÖHLER, Bonn

Von einem technologischen Rückstand kann nicht die Rede sein. Das belegen auch die Außenhandelszahlen, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), auf der 30. Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF). Rückstände bei der Mikroelektronik und der Gen-Technologie seien kein Indiz für eine gesamtwirtschaftliche Leistungsschwäche; höchstens Ausdruck einer internationalen Arbeitsteilung.

Den Optimismus teilen zwar auch die Vertreter der 91 Forschungsvereinigungen aus allen Wirtschaftsbereichen, die in der AIF zusammengeschlossen sind. Jedoch legen sie, die etwa 25 000 kleine und mittlere Unternehmen repräsentieren, Wert darauf, auf diese Form der Arbeitsteilung weniger angewiesen zu sein. Mit anderen Worten: Die AIF erwartet vom Bundeswirtschaftsministerium, daß es mehr Geld für die Gemeinschaftsforschung bereitstellt. Im Augenblick stehen der Organisation 85 Mill. DM zur Verfügung - genau so viel wie im vergangenen Jahr. Doch schon 1983 mußte der Dachverband rund 100 Anträge zurückstellen, obwohl sie - ebenso wie die anderen 350 Forschungsprojekte - den kritischen Blicken der sieben Gutachtergremien aus Wissenschaft und Wirtschaft standgehalten hatten. Etwa 20 bis 30 Mill. DM fehlten für die Verwirkli-

chung, erläuterte der Präsident der Arbeitsgemeinschaft, Erwin Müller.

Da es sich um relativ geringe Beträge handelt, bei jedem Forschungsvorhaben mindestens eine Eigenbeteiligung der Industrie von 50 Prozent verlangt wird und die repräsentierten kleinen und mittelständischen Firmen ohne diese Gemeinschaftseinrichtung im allgemeinen gar keine Chance hätten, Forschung und Entwicklung zu betreiben, läßt Müller das Argument Sparsamkeit als Begründung für den niedrigen Haushaltsansatz nicht gelten.

Schließlich mobilisierte jede Forschungsmark ein Mehrfaches an Wirtschaftswachstum. Daher kritisiert Müller ebenfalls, daß dem seit 1979 laufenden Programm für Personal-kostenzuschüsse, welches die AIF für das Bundeswirtschaftsministerium durchführt, die Mittel von 390 Mill. DM 1982 auf 320 Mill. DM in diesem Jahr gekürzt wurden. Daß immer mehr kleine Firmen Anträge stellen (1984 schon 2000) läßt Müller befürchten, daß Ende 1984 etwa 220 bis 240 Mill. DM auch für diese Forschungsförderung fehlen. Denn der Zuschuß wird für Angestellten gewährt, die mindestens 40 Stunden pro Jahr für F&E aufwenden. Als Hoffnungsschimmer betrachtet die AIF die Zusage des Bundeswirtschaftsministers, er werde bemüht sein, die Finanzierungslücken dauerhaft in Ordnung zu bringen. Doch zählte eine Zusage des Finanzministers in diesem Zusammenhang sicher mehr.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Stahlbau: Aufschwung fehlt bislang noch

Bonn (VWD) - Sehr negativ beurteilt der Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes, Köln, Hans-Jürgen Dankert, die Situation seiner Branche: Der Beschäftigtenabbau gehe weiter. Und wegen mangelnder Aufträge schrumpfte die Reichweite der Auftragsbestände auf den bisher niedrigsten Stand seit Jahren, auf 2,4 (März 1983: 3,2) Monate. Die Kapazitätsauslastung im Stahlbau verharre zur Zeit bei nur 62 Prozent. Positive Indikatoren dagegen seien der Anstieg der inländischen Auftragsgänge um 5,2 Prozent und der „deutlich höhere“ Auftragsgang aus dem Ausland (im Vergleich zu den letzten drei Quartalen 1983). Eine verstärkte Nachfrage erwartet der Stahlbau vor allem im Wirtschaftshochbau, im Kraftwerksbau, beim Umweltschutz und im Brückenbau.

punkten der Diskussionen machen. Eine feste Tagesordnung gebe es jedoch nicht.

Arbeitslosigkeit gesunken

Brüssel (AP) - Die Zahl der Arbeitslosen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (ohne Griechenland) ist im April saisonbereinigt gegenüber März um 227 000 auf 12,5 Mill. zurückgegangen. Dies teilte das Statistische Amt der EG mit. Die Arbeitslosenquote sank gegenüber März von 11,3 auf 11,1 Prozent.

Mehr Autos zugelassen

Flensburg (dpa/VWD) - Von Januar bis Ende April 1984 sind in der Bundesrepublik fast 1,1 Mill. fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen worden. Das waren 1,5 Prozent mehr als im ersten Drittel 1983 und nur 15000 Autos weniger als im gleichen Zeitraum des Autorekordjahres 1978.

Gewinntransfer verboten

Buenos Aires (AP) - Die argentinische Regierung hat am Montag den im Lande tätigen ausländischen Unternehmen untersagt, Gewinne oder Investitionskapital ins Ausland zu transferieren. Sie begründete ihr Dekret mit der Notwendigkeit, die Devisenreserven des Landes wegen der hohen Auslandsverschuldung von 43,6 Milliarden Dollar zu schonen.

Vatikanbank zahlt

Rom (AP) - Die Vatikanbank, Institut für Religiöse Werke hat nach einem Bericht der italienischen Nachrichtenagentur Ansa ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet, mit dem sie sich zur Zahlung von 250 Mill. Dollar an die Liquidatoren und Gläubigerbanken des italienischen Geldinstituts Banco Ambrosiano verpflichtet.

Lloyds dementiert

London (VWD) - Lloyds of London hat dementiert, daß sie wegen der Gefahren für die internationale Schifffahrt im Persischen Golf keine Schiffe in diesem Bereich mehr versichere. Ein Sprecher erklärte, für entsprechende US-Presseberichte vom Wochenende gebe es keinerlei Grundlage.

Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft Bad Harzburg

Auskünfte und Seminaranmeldungen: AFW · Amsbergstraße 22 · 3388 Bad Harzburg 1 · Tel. Anmeldung möglich · Tel. (05322) 730 · Telex 957623 dvg

Der leitende Angestellte

Rechtlicher Status und persönliche Haftung

(11 1/2 Tage, DM 890,-) Dozent: Dr. Klaus Hartmann

Der erfolgreiche Verkaufsleiter - Möglichkeiten zur Steigerung der Effizienz (3 Tage, DM 1250,-)

Dozent: Walter H. Braun

Rhetorik - Kinesik - Dialektik

Intensiv-Wochen-Training (4 1/2 Tage, DM 2400,-)

Dozent: Dipl.-Kfm. Rolf H. Ruhleder

Die beste Kraft ans Telefon

(11 1/2 Tage, DM 550,-)

Dozentinnen: Ruth Brauer, Elke Hein

Bad Harzburg 10. 7. - 11. 7. 84

Bad Harzburg 23. 11. - 24. 11. 84

Timmendorf 6. 8. - 8. 8. 84

Bad Harzburg 8. 10. - 10. 10. 84

Bad Harzburg 27. 8. - 31. 8. 84

Bad Harzburg 8. 10. - 12. 10. 84

Bad Harzburg 14. 9. - 15. 9. 84

Frankfurt 12. 10. - 13. 10. 84

Was Manager von Mikrocomputern wissen müssen

(2 1/2 Tage, DM 1300,-) Dozent: Hilmar Kruse

Transaktionsanalyse für Manager - Kommunikations-

training auf der Grundlage der Transaktionsanalyse

(2 1/2 Tage, DM 1250,-) Dozent: Karl Heinz Hahne

Verkaufstraining für den Innendienst - Telefontraining,

Gesprächstraining, Korrespondenztraining

(2 1/2 Tage, DM 790,-) Dozent: Siegfried W. Kartmann

Die Sekretärin im Management - Der Aufgabenbereich

der Sekretärin im modernen Unternehmen

(2 1/2 Tage, DM 720,-) Dozentinnen: G. Böhme,

F. A. Krings, U. Siebert, I. Voelmy

Timmendorf 6. 8. - 8. 8. 84

Bad Harzburg 18. 10. - 20. 10. 84

Timmendorf 18. 8. - 18. 8. 84

Bad Harzburg 29. 11. - 1. 12. 84

Bad Harzburg 17. 9. - 19. 9. 84

Bad Harzburg 29. 10. - 31. 10. 84

Bad Harzburg 17. 9. - 19. 9. 84

Heilbronn 15. 10. - 17. 10. 84

Harzburg-Kolleg der deutschen Wirtschaft - Zehn-Wochen-Lehrgang für Unternehmensführung mit Vorbereitung auf die IHK-Prüfung als Management-Assistent - Nächste Termine: 17. 9. - 24. 11. 84 / 21. 1. - 30. 3. 85 / 9. 4. - 15. 6. 85 / 16. 9. - 23. 11. 85

US-STAHLINDUSTRIE / Japaner zeigen Interesse

Konsolidierung gelingt

H.A. SIEBERT, Washington
Die Konsolidierung der US-Stahlindustrie, die während der Rezession sechs Mrd. Dollar verlor, macht weitere Fortschritte. Nahezu perfekt ist die Ehe zwischen Jones & Laughlin, die zur LTV Corp. in Dallas gehört, und der Republik Steel Corp. in Cleveland, nachdem 65 und 82 Prozent der Aktionäre der Fusion zugestimmt haben. Das Plakat des zuständigen Bundesgerichtes gilt als sicher: von Ende Juni an firmieren die beiden Gesellschaften unter dem Namen LTV Steel Corp. Vorstandsvorsitzender und „Chief Executive Officer“ wird E. Bradley Jones, bisher Chef von Republic Steel. Durch den Zusammenschluß entsteht Amerikas zweitgrößter Stahlkonzern mit 46 000 Beschäftigten.

Erfüllt werden die Washingtoner Wettbewerbsauflagen, wonach LTV Steel etwa ein Fünftel der Produktionskapazitäten stilllegen muß. Geschlossen wurde schon das Republik-Werk in Buffalo, New York; außerdem soll die Kohlenstoffstahl-Anlage in Gadsden, Alabama, sowie Republics Spezialstahlfabrik in Massillon, Ohio, verkauft werden. Nach der Fusion wird das Großunternehmen vier Bereiche bedienen: Flach-, Stab-, Rohr- und Edelstahl. Durch Lagerabbau und das Ende der Doppelgleisigkeit verspricht sich das Management einmalige Einsparungen in Höhe von 400 Mill. Dollar.

In der US-Stahlbranche kursieren Gerüchte, daß die Japaner Interesse am Kauf der Werke in Buffalo, Gadsden und Massillon bekundet haben. Überraschen sollte das nicht; denn die Erzeugung einer wachsenden Zahl japanischer Autos in Amerika rechtfertigt eine eigene Stahlbasis: Toyota baut mit General Motors von 1985 an in Kalifornien jährlich 250 000 Autos, Nissan läßt in Tennessee Kleinlasten vom Band laufen und Honda verdoppelt die Ausstoßkapazität in Ohio. Vor der Tür stehen zudem Toyo Kogyo (Mazda) und Mitsubishi.

ITALIEN / Gas-Abkommen mit Moskau unterzeichnet

Bezug aus Sibirien ab 1985

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Heute unterzeichnen die Vertreter der sowjetischen Gaseportgesellschaft Sojuzgazexport und des staatlichen italienischen Energiekonzerns Eni in Moskau das neue Abkommen zum Bezug von Sibirien. Damit verpflichtet sich die Eni-Erdgasvertriebsgesellschaft Snam ab 1992 jährlich mindestens 4,4 bzw. höchstens 5,5 Milliarden Kubikmeter Gas und vom Jahr 2008 an 4,8 bzw. 6,0 Milliarden Kubikmeter abzunehmen.

Das erste Gas wird Ende dieses Jahres in die Leitung einströmen. Für 1985 ist eine Abnahmemenge von nicht ganz einer Milliarde Kubikmeter vorgesehen, die sich in den darauffolgenden sieben Jahren stufenweise mehr als vervierfachen wird. Mit dem Sibirien-Gas wird Italien am Ende dieses Jahrzehnts über zwei Drittel seines Bedarfs mit Importen decken, gegenüber derzeit rund 55 Prozent.

Im laufenden Jahr wird mit einem Inlandskonsum von 30 bis 31 Milliarden Kubikmeter gerechnet, gegenüber 22,5 Milliarden im Jahre 1983. Diese Verbrauchsmenge soll bis 1990 auf 38 bis 40 Milliarden Kubikmeter zunehmen. Ursprünglich hatte der in-

zwischen revidierte staatliche Energieplan ab Mitte der 80er Jahre eine eigene italienische Erdgasförderung von nur sieben bis acht Milliarden Kubikmeter statt den bisherigen 11 bis 12 Milliarden jährlich vorgesehen.

Dank der Entdeckung neuer Lagerstätten, die die Reserven inzwischen kräftig erhöht haben, brauche die Förderung aber nicht zurückgenommen zu werden. Den Rest deckt das Gas aus Algerien (11 Milliarden Kubikmeter), Holland (4,5), Libyen (0,7) und aus der Sowjetunion, die schon jetzt 6,6 Milliarden Kubikmeter jährlich liefert. Im Jahre 2000 werden die Industrie und die Petrochemie in Italien 17 Prozent ihres Energie- und Rohstoffbedarfs mit Erdgas decken. Die Haushalte zu 45 Prozent. Die Sowjetunion hat sich verpflichtet, die der italienischen Energiebilanz entstehenden zusätzlichen Kosten durch Bau- und Lieferaufträge für die italienische Industrie abzubauen. Insgesamt sollen Aufträge im Wert von über 2000 Milliarden Lire vergeben werden, die von sowjetischer Seite in Erwartung der Unterschrift unter das Gasabkommen bisher zum Teil zurückgehalten wurden.

BAUINDUSTRIE / Herion: Schon 1986 kommt der nächste Abschwung

Warnung vor Ausbau der Kapazitäten

HANNA GIESKES, Bonn
„Wie soll es eigentlich in unserer Branche weitergehen?“ Günther Herion, Präsident im Hauptverband der Deutschen Bauindustrie, ist „beunruhigt“. Nach den vorliegenden Daten werde die leichte Erholung am Bau schon 1986 von einer neuen Rezession abgelöst. Bis 1990 müßten die Belegschaften voraussichtlich um 100 000 bis 170 000 Beschäftigte verringert werden, sagte Herion gestern vor der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Bonn.

Er warnte die Mitglieder seiner Organisation davor, auf Ausweitung der Umsätze und Aufstockung der Kapazitäten zu setzen. Jetzt komme es auf „Abbau, Anpassung und betrieblichen Strukturwandel“ an. Überdies müsse der Bauunternehmer „über den Tellerrand einer Ein- oder Zweijahresplanung hinaussehen“.

Tatsächlich lassen die Zahlen großen Optimismus kaum zu: Zwar ist die Bauproduktion im ersten Quartal 1984 real um 6,4 Prozent gegenüber

dem ersten Quartal 1983 gestiegen, aber der Auftragsbestand sank im selben Zeitraum um 3,4 Prozent. Die Steigerung der Bauproduktion sei lediglich durch den zügigen Abbau der Bestände bedingt, meint Herion, der nicht mehr damit rechnet, daß die Bauaufträge in diesem Jahr noch „wesentlich“ ansteigen werden.

Gewisse Chancen vermag der Bauindustriepresident im Wirtschaftsbau zu erkennen, „wenngleich auch hier die privatwirtschaftlichen Investitionen zurückgehen werden“. Der Wohnungsbau werde an Bedeutung verlieren, die Zahl der Neubauräumlichkeiten unter 300 000 im Jahr fallen. Besondere Aufmerksamkeit richtet die Branche auf den öffentlichen Bau, der 60 Prozent zu ihren Umsatzerlösen beisteuert, „und hier haben wir große Sorgen“.

Obwohl weiterhin ein hoher Bedarf bestehe, „nicht zuletzt in den Bereichen Modernisierung, Instandhaltung und Ersatz“, werden laut mittelfristiger Finanzplanung die Bau-

ausgaben der Gebietskörperschaften zwischen 1980 und 1987 real um 50 Prozent gesunken sein. Zur Finanzierung der Bauaufgaben seien darum neue Wege einzuschlagen, meint Herion: „Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, daß immer alles vom Staat bezahlt werden soll.“ So könne beispielsweise der Bau von Brücken von Privaten übernommen und durch Benutzungsgebühren finanziert werden.

Schließlich müsse auch eine Investitionsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik durchgesetzt werden, fordert Herion, der immer noch hofft, daß der Auslauftermin für die Mehrwertsteueroption im Bauherrenmodell verschoben wird. Insbesondere die Gemeinden müßten Gelegenheit erhalten, wieder mehr zu investieren. Doch Herion hat auch da Bedenken, „denn trotz eines Abbaus ihrer Neverschuldung müssen sich die Gemeinden zur Zeit mehr und mehr auf den Sozialbereich konzentrieren“.

DGZ / Ertragsscharten konnten ausgewetzt werden

Innerlich Speck angesetzt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Im letzten Jahr gelang es der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank (DGZ), Frankfurt, die Ertragsscharten von 1980/81 auszuweitzen, und innerlich Speck anzusetzen. Mit einem auf 144 Mill. DM fast verdoppelten Teilbetriebsüberschuss aus dem laufenden Geschäft (Zins- und Provisionsüberschuss) abzüglich Verwaltungsaufwand und AfA) sowie dem Gewinn aus dem Eigenhandel verfügte die Bank über eine so hohe „Verteilungsmasse“, wie nie zuvor, aus der sie nach Abführung von 63,6 (34,7) Mill. DM an den Fiskus und Ausweis eines Jahresüberschusses von 23,5 (20,5) Mill. DM rund 90 Mill. DM übrig behielt, die sie zu Effektivabschreibungen, zu einer Zehn-Millionen-Abschreibung auf eine Forderung an die SMH-Bank und zum größten Teil zu Wertberichtigungen auf ihr internationales Kreditengagement nutzte.

Einschließlich ihrer luxemburger Eurofischer hat die DGZ nach Angaben ihres Vorstandsvorsitzenden Ernst-Otto Sandvoß rund 300 Mill. DM an Problemkrediten ausgegeben, wovon weniger als die Hälfte durch Einzelwertberichtigungen abgedeckt ist. Gabe es noch zwei weitere so ertragsstarke Jahre und keine Zunahme der Problemkredite, könnte

die DGZ das Thema „Länderrisiken“ praktisch „vergessen“.

Aus ihrem Jahresüberschuss zahlt die Bank 18,5 Mill. DM (8 Prozent) an die Eigner, und mit wieder 5 Mill. DM werden die Rücklagen dotiert. Nach der Kapitalerhöhung von 310 auf 360 Mill. DM zu Beginn dieses Jahres erreicht das Eigenkapital 560 Mill. DM, was 1,8 Prozent der Bilanzsumme entspricht, die 1983 um 5,1 Prozent auf 29,3 Mrd. DM gestiegen ist.

Das Bilanzwachstum wurde bei Flaute im Kreditgeschäft mit industriellen Großkunden und dem Staat vornehmlich vom Geldhandel und vom Wertpapiergeschäft getragen. Sparten, in denen sich der Liquiditätsungleichgewicht der Sparkassenorganisation, zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten bieten, zum Beispiel durch Beteiligung an Wertpapierpensionsgeschäften mit der Bundesbank.

In Auslandsgeschäften konzentrierte sich die DGZ auf exportorientiertes Kreditgeschäft, möglichst mit Hemmesdeckung, und das reine Finanzkreditgeschäft bemühte sie sich, wie Sandvoß sagte, in den Grenzen zu halten, die sich mit der Fähigkeit zur Risikoprüfung vereinbaren lassen. Vom gesamten Kreditvolumen (20 Mrd. DM) entfallen etwa 60 Prozent auf inländische öffentliche Kreditnehmer; der Rest verteilt sich etwa zu gleichen Teilen auf inländische Banken, Industrie und Ausland.

EFTA / Seit sieben Jahren wieder gemeinsame Sitzung

Lange Empfehlungs-Liste

R. GATERMANN, Stockholm
Zum erstenmal seit sieben Jahren haben sich die Regierungschefs der sieben Efta-Länder – nur der Norweger fehlte wegen Krankheit – wieder zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt, und zwar auf der schwedischen Ostsee-Insel Gotland. Man wolle beweisen, daß die Efta lebt und bei guter Gesundheit ist, erklärte der gastgebende schwedische Ministerpräsident Olof Palme. Die Kommission hat eine lange Liste mit Vorschlägen zu einem erweiterten Freihandel innerhalb der Organisation und mit der Umwelt vorbereitet. Sie fordert jedoch auch, daß die Efta häufiger als bisher u. a. in der OECD und im Gatt mit einem einheitlichen Konzept auftritt.

Das beste, was der Efta geschehen könnte – so Olof Palme – sei, daß andere Länder und Organisationen ihre Ideen aufnehmen. Der EG schreibt er in diesem Zusammenhang nur einen Fortschritt zu: Die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik. Etwas, wovon zumindest Schweden nicht immer begeistert ist. Im übrigen sieht Palme eine wachsende Kluft zwischen den beiden Or-

ganisationen. Mit Nachdruck verwies Schwedens Regierungschef darauf, daß die Arbeitslosigkeit – mit einer Ausnahme – bei den Efta-Mitgliedern niedriger ist als in der EG, was er zum großen Teil mit dem innerhalb der Efta geübten Freihandel begründet.

Die beratende Kommission der Efta legte den ebenfalls auf Gotland versammelten Handelsministern eine lange Liste mit Empfehlungen vor. Auf deren Erfolgsaussichten angesprochen, erklärte Generalsekretär Fer Kleppe (Norwegen), die Kommission erziele mit ihren Vorschlägen bei den Mitgliedsländern unterschiedliche Wirkungen. Diesmal fordert man insbesondere einen schnelleren Abbau der tarifären Handelsbarrieren innerhalb der Efta so wie eine Erleichterung des Imports aus Entwicklungsländern. Darüber hinaus schlägt man den Aufbau einer europäischen technischen Datenbank vor, eine Vereinfachung der Grenzformalitäten, die Beseitigung von Exportkreditsubventionen, einen Abbau der Importquoten für Waren aus den ärmsten Entwicklungsländern und die vom Gatt beschlossene Aufhebung der letzten Zollschränken.

NAMEN

Gerhardt Knappe, Geschäftsführer der IBK, Darmstadt, verläßt auf eigenen Wunsch zum Jahresende das Unternehmen, um sich einer selbstständigen Tätigkeit zu widmen. Seine Aufgabe wird ab 1. Juli Wolfgang Lehmann übernehmen.

Hans Pöggeler (63), Direktor der Niederlassung Köln der Hochtief AG, ist als Nachfolger von Klaus Hübner (54), zum Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung „Bauindustrie e. V. Nordrhein-Westfalen“ gewählt worden. Vizepräsident wurde Heino A. Schuster, (49).

Hans Peter Hennecke (46) hat das Geschäftsführungs-Ressort „Produktion, Technik, Personal“ der Rhein-Haarkampfenwerke und Dolomit Werke, Wülfrath, übernommen als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Karl-Heinz Zepfer.

Lambdoff: Kritik an Handelspartnern

dpa/VWD, Bonn
Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambdoff hat vor der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels kritisiert, daß die nach außen proklamierten ökonomischen Einsichten nur begrenzten Niederschlag in der alltäglichen Handelspolitik finden. Er bedauerte vor allem, daß es gerade die großen Handelspartner seien, die am leichtesten in den „Instrumentenkasten“ des Protektionismus griffen. Als gefährliche Form des Protektionismus bezeichnete er die staatlichen Subventionen. Sie hätten im Stahlbereich das Funktionieren des gemeinsamen Marktes immer mehr in Frage gestellt. Falls Paris Stahlhilfen gewährt, die mit dem EG-Subventionskriterium für Stahl nicht vereinbar sind, würde dies die Regierung mit großer Sorge erfüllen, sagte Lambdoff.

M E N S C H I C H
E R W E I T E R E
D E I N G E -
D Ä C H T N I S



DEINE SUPERTYPE

Hatten Sie mit dem 16.000-Zeichen-Gedächtnis der „Supertype 2“ schon einen Speicher vor sich, der zu den schlauesten im Lande zählt, kommt es jetzt noch besser: Mit Mikrofilm, einem Diaketenlaufwerk, das das Hirn der „Supertype 2“ zu einem wahren Superhirn von unbegrenzter Kapazität erweitert. Das ist was für Leute mit vielen Anschriften, Tabellen, Formulare und so weiter. In der „Supertype 2“ stecken alle Erfahrungen mit Schreibsystemen, die wir in den letzten 80 Jahren gemacht haben. Und alle Anschlüsse, die Sie in den nächsten Jahren brauchen können. Da fehlt nur noch eins: Ihr Besuch beim Fachhändler. Nähere Informationen schicken Ihnen aber auch gern die Olympia-Vertriebsgesellschaft mbH, Halmstraße 41, 6 Frankfurt/M. 71.

OLYMPIA

KSB / „Hausgemachter“ Ertragsprung

Bald normale Dividende

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB), Frankfurt, möchte schon in diesem Jahr wieder einen Gewinn in der „gesunden und normalen“ Höhe der Jahre 1975 bis 1977 erreichen, kündigt Vorstandschef Wolfgang Kühnborst an. Damit soll auch wieder eine „normale“ Dividende möglich werden: „Wir denken an 6 bis 7 Mark je Aktie.“

Schon 1983 ist der Pumpen- und Armaturen-Spezialist auf dem Weg dahin ein gutes Stück vorangekommen. Obwohl der Umsatz um 3,3 Prozent auf 871 (891) Mill. DM und der Auftragsbestand um 2,6 Prozent auf 827 (854) Mill. DM sanken, wurde der Ertrag kräftig verbessert. Das Ergebnis vor Steuern stieg um 86 Prozent auf 26 (14) Mill. DM, das Betriebsergebnis verdoppelte sich auf 30 (15) Mill. DM und das DVFA-Ergebnis je Aktie erreichte 10 (4,20) DM.

Darüber hinaus sieht auch die Aktionäre freuen: In der Hauptversammlung am 27. Juni werden sie über eine Dividende von 4 (0) DM je 50-DM-Aktie für die Stammaktionäre (gut die Hälfte von knapp 70 Mill. DM Grundkapital) und von 5 (2) DM für die Vorzugsaktionäre beschließen können. Damit scheint das Tief der Jahre 1979 bis 1982 endgültig überwunden.

Auch das neue Jahr hat sich mit einem Umsatz von 170 (169) Mill. DM im ersten Quartal recht gut angelassen.

ADCA / Nur noch acht Stützpunkte

Konzentration beendet

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Die seit dem Jahreswechsel mehrheitlich zur niederländischen Rabobank gehörende Adca-Bank, Frankfurt, blickt „mit Zuversicht und Selbstvertrauen“ in die Zukunft, nachdem 1983 die bereits vor vier Jahren eingeleitete Konzentration auf nachhaltige Geschäftsaktivitäten „mit einem entscheidenden Schritt“ fortgeführt und abgeschlossen wurde. Das Bremer Filialgeschäft mit 700 Mill. DM Geschäftsvolumen – darunter 550 Mill. DM Kreditvolumen und 142 Mill. DM Spareinlagen – sowie 60 000 Kundenkonten und 250 Mitarbeiter wurde an vier andere Banken übertragen. Jetzt hat die Bank nur noch acht Stützpunkte (Berlin, Bonn, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart), an denen sie ihr Geschäft auf mittelständische gewerbliche und vermögens Privatkunden konzentriert.

Mit dieser Umstrukturierung war eine weitere Schrumpfung der Bilanzsumme um 23,2 Prozent auf knapp 1,9 Mrd. DM und des Kreditvolumens um 26 Prozent auf 1,6 Mrd. DM sowie der Kundeneinlagen um 558 Mill. auf 480 Mill. DM verbunden. Außerdem veräußerte die Adca ihre mit dem Bremer Geschäft zusammenhängenden Beteiligungen an der Norddeutschen Steingutfabrik der Bremer Hotelgesellschaft und der Vereinigten Bausparkasse AG i. L. Bremen, wodurch sich das Beteiligungsporeteille von 9,3 auf zwei Mill. DM erniedrigte.

In der Ertragsrechnung machte sich die Umstrukturierung auch bemerkbar. So sank der Zinsüberschuss um 2,4 Prozent auf 69 Mill. DM weniger stark als das durchschnittliche Geschäftsvolumen. Der Jahresüberschuss erhöhte sich von 0,9 auf 8,9 Mill. DM, wovon 3,4 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt und 3,5 Mill. DM vorgetragen werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

19 Prozent bei Ruhrgas

Essen (VWD) – Die Verwaltung der Ruhrgas AG, Essen, schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni vor, aus dem Bilanzgewinn 1983 von 171 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 9,50 DM je 50-DM-Aktie auf das Grundkapital von 900 Mill. DM auszuschütten. Außerdem soll die Hauptversammlung der Übertragung von einigen Anteilsrechten an der Ruhrgas zustimmen.

Heidelzement erhöht

Heidelberg (dpa/VWD) – Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, einer der beiden führenden Zementhersteller der Bundesrepublik, schlägt auf 1983 eine auf 7 (Vorjahr 6,50) DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie auf das aus Gesellschaftsmitteln um 10 Mill. DM zu erhöhende Grundkapital von 130 Mill. DM vor. Die Hauptversammlung findet am 12. Juli statt. Großaktionäre sind die Dresdner Bank AG sowie die B. Metzler & Sohn & Co., Frankfurt.

Prag zahlt 15 Prozent

Hannover (dos) – Die zum Veba-Konzern gehörende Preußische Elektrizitäts AG (Prag), Hannover, wird für 1983 eine um 1 Prozent auf 15 Prozent erhöhte Dividende ausschütten. Nach Angaben des Vorstands

wird der Bilanzgewinn mit 117 (109) Mill. DM ausgewiesen. Das Grundkapital beträgt unverändert 780 Mill. DM. Der Aufsichtsrat hat ferner Ulrich Segatz, bisher Sprecher des Vorstands, zum Vorstandsvorsitzenden und Hermann Krämer unter Beibehaltung seiner Funktion als Vorstandssprecher der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG zum Vorstandsmitglied der Prag bestellt.

Unveränderte Dividende

Oelde (hdt) – Die in der Landtechnik tätige Westfalia Separator AG, Oelde, schlägt für das Geschäftsjahr 1983 eine unveränderte Dividende von 6 Prozent aus dem 5,8 (10,7) Mill. DM Bilanzgewinn vor. Der Umsatz des Unternehmens war im Vorjahr um 3 Prozent auf 416 Mill. DM gestiegen.

Pracht Air verkauft

Hamburg (DW) – Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg, hat die in der Pracht Air Service GmbH, Stuttgart, zusammengefaßten Luft- und Seefrachtaktivitäten der Pracht-Organisation an die Jardine Matheson und Co. Ltd. veräußert. Die nationalen und europäischen Luftverkehrs sowie die inländische Lagerung und Distribution verbleiben bei der Pracht GmbH und Co. KG, Haiger, als Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd AG.

HAFTPFLICHTVERBAND DER INDUSTRIE / Bestandssanierung läuft aus

Ergebnis hat sich verschlechtert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie a. G. (HDI), Hannover, hat 1983 das „überraschend gute Ergebnis des Vorjahres“ nicht ganz erreicht. Vorstandschef Hans Faber, der am Jahresende in den Ruhestand tritt, zu seinem Nachfolger wurde der stellvertretende Vorstandsvorsitzende, Adolf Morsbach, ernannt – nennt als Ursache vor allem die auf 96,4 (92,1) Prozent gestiegene Schadenquote. Die 1983 wirksam gewordene Schadenbelastung nahm auf 79,6 (76,6) Prozent der verdienten Beiträge zu.

Innerhalb ermöglicht es das Rohergebnis von 82,3 (91,5) Mill. DM, den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung wieder 46,5 (47,8) Mill. DM zuzuführen. Ausschüttet werden in der Kfz-Haftpflicht bis zu 20 Prozent und in der Fahrzeughaftpflicht 5 Prozent der anspruchsberechtigten Beiträge. Selbst in der Industrie-Feuerversicherung gewährt der HDI

als einziger Versicherer Beitragsrückerstattungen von 5 Prozent.

Die Schwankungsrückstellungen wurden um 20,8 (24) Mill. DM auf 137,6 Mill. DM aufgestockt. Der verbleibende Überschuss von 15 (20) Mill. DM wird zur Stärkung des Eigenkapitals, das 175 Mill. DM erreicht, genutzt. Die Garantiermittlung werden mit 1,196 (1,115) Mrd. DM ausgewiesen, mit 176 (167,5) Prozent der Beitragsentnahmen liegt der HDI deutlich über dem Branchendurchschnitt.

Die Beitragseinnahmen erhöht sich im Berichtsjahr um 2,6 Prozent auf 1,18 (1,15) Mrd. DM. Faber weist darauf hin, daß im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen erneut „schlecht verlaufende Bestände“ gekündigt wurden. Diese Sanierung habe zwar seit 1982 Beitragsverluste von rund 50 Mill. DM gebracht, dem Ergebnis aber gut getan. Die Aktionäre sehen sich jetzt ihrem Ende.

Vom Gesamtbeitrag entfallen 62,9 (63,4) Prozent auf die Kraftfahrversicherung, unverändert 13,8 Prozent

HUSSEL / Günstige Ertragsentwicklung im Konzern der Fachhandelsketten – Marktposition ausgebaut

Permanente Strukturverbesserung ist vorrangig

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Glänzend hat die Hagener Husssel Holding AG 1983 abgeschlossen; nicht weniger günstig wird nach der Prognose des Vorstandsvorsitzenden Jörn Kreke 1984 mit einer Steigerung des „vergleichbaren“ Umsatzes um 6 bis 7 Prozent enden. Den 2500 Eigentümern von 7,5 (72,5) Mill. DM Aktienkapital (Großaktionäre sind die Familien Kreke und Ecklöh) wird eine Dividendenaufstockung auf 8 (7) DM vorgeschlagen (Hauptversammlung am 28. Juni).

Der Jahresüberschuss von 24,5 (14,8) Mill. DM mit 4,5 (-) Mill. DM steuerlichem Buchgewinn aus Beteiligungsgewinnen verschob sich auch noch zur Rücklagenverpflichtung um 12 (4,5) Mill. auf 60,8 Mill. DM. Das DVFA-Nettoergebnis je Aktie besser sich auf 15,75 (14) DM, der von Sondereinflüssen bereinigte Brutto-Cash-Flow auf 88 (70,6) Mill. DM oder 8,3 (7,4) Prozent des Nettoumsatzes.

Erreicht wurde das alles mit einem im Konzern bei 5804 (5777) Beschäft-

tigten und 784 (731) Filialen um 5,2 (18,9) Prozent auf 1,11 Mrd. DM gesteigerten Bruttoumsatz (mit MWST). Rechnet man die 1983 auf 50 Prozent reduzierte und nicht mehr konsolidierte Beteiligung an dem holsteinischen Lebensmittel-Filialunternehmen Waidmeyer GmbH auch für 1982 nicht mit, desgleichen nicht sonstige Veränderungen mit Konsolidierungskreis, so hat sich der vergleichbare Umsatz 1983 um 8,9 Prozent und auf unveränderten Verkaufsflächen um 6 Prozent erhöht. Zu Recht wertete Kreke das als ein weit über den deutschen Einzelhandelsdurchschnitt hinausragendes Ergebnis.

Entscheidend für diesen Erfolg waren unter dem Fünf-Fachhandelsketten der Holding wiederum die beiden größten, bei denen man die eigene Marktposition „weiter gefestigt“, will sagen, ausgebaut habe: Parfumerien (Douglas) mit 387 (317) Mill. und Drogerien (Pusch) und die nun vereinte Berliner Gruppe Korvet/Droschel mit 341 (218) Mill. DM Umsatz. Nicht nur

in diesen beiden Sparten war die Ertragsentwicklung zumindest „zufriedenstellend“.

Auch die lange Zeit kränkelnde Sparte Bücherei/Zeitschriften (Montanus und die Berlin-Hamburg Süke-Gruppe) trugen aus 202 (195) Mill. DM Umsatz per Saldo erstmals positiv zum Konzernergebnis bei „Hervorragend“ im Ertrag schloßen die Husssel-Süßwaren-Filialen ab, die neben dem 1984 aufgegebenen Süßgroßhandel 151 (140) Mill. DM Umsatz erzielte. Nur die Sparte Schmuck/Uhren mit 51,5 (46,9) Mill. DM Umsatz befriedigt noch nicht, da hier die Umstellung der 30 (17) Filialen vom Billigangebot zum Leistungstarken Fachgeschäft frühestens 1984 Erfolge verspricht.

Permanente Strukturverbesserung hält Kreke ohnehin für das Wichtigste der Holding-Strategie, um nicht eines Tages mit einem auch bei Mitbestimmung schwierig zu lösenden „Bereinigungsstau“ konfrontiert zu werden. So wird 1984 aus der

Stilke-Gruppe das Berliner Kioskgeschäft (50 Geschäfte mit etwa 25 Mill. DM Umsatz) an Berliner Großhändler verkauft. Dadurch und durch Verzicht auf den Süßgroßhandel dürfte der „vergleichbare“ Konzernumsatz 1984 etwa auf Vorjahreshöhe bleiben – aber mit weiter verbesserter Ertragsqualität.

Um diese brauchte sich die Holding hinsichtlich der Innenfinanzierungskraft auch 1983, wie gewohnt, nicht zu sorgen. Die Konzern-Sachinvestitionen von 54,9 (53,7) Mill. DM, diesmal mit 25,1 (-) Mill. DM aus Immobilien-Investitionen zwecks Frisierhaltung bei der steuerneutralen Wiederaufnahme von 60-Büchlagen, konnten mit 44,7 (30,4) Mill. DM aus Abschreibungen und auch mit dem Rest aus der Innenfinanzierung bestritten werden. Der Zinsaufwandsaldo sank auf 2 (3,7) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote erreichte mit 44 Prozent des Konzern-Bilanzvolumens einen nicht nur für den Einzelhandel stolzen Wert.

HERBERTS

Mit Farben besser verdient

dpa/VWD, Wuppertal
Der Wuppertaler Farben- und Lackhersteller Herberts GmbH – 100prozentige Tochter der Hoechst AG – erwirtschaftete nach eigenen Angaben in der Inlandsgruppe nach mehreren Verlustjahren 1983 wieder ein positives Ergebnis. Der Gewinn von 6,9 Mill. DM wurde an die Muttergesellschaft abgeführt. Auch das 1. Quartal 1984 sei bei einem Umsatz von 263 Mill. DM befriedigend verlaufen und habe der guten Beschäftigung in der Autoindustrie entsprochen. Angedient wurden Preiserhöhungen, da sich allein die Rohstoffe um sieben Prozent verteuerten.

1983 hat Herberts unrentable Geschäftsbereiche abgebaut, dabei aber den Umsatz in der Inlandsgruppe mit 740,9 Mill. DM (Exportquote: 29 Prozent) auf Vorjahresniveau gehalten. Einschließlich Auslandsgeschäften stellte sich der Umsatz auf fast eine Mrd. DM, was einem Mengenersatz von rund 125 000 Tonnen entsprach.

Die Investitionen der Gruppe sollen 1984 auf Vorjahresniveau (27 Mill. DM) bleiben und in den nächsten zwei Jahren wieder ansteigen. Die Beschäftigtenzahl der Herberts-Gruppe sank zum Jahresende 1983 um 4,7 Prozent auf 3962.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bensenbrück: Bernhard Heidemann, Baugenieur; Braunschweig: Nachl. d. Helmut Heinrich Friedrich August Schrader; Düsseldorf: Floortex Teppichboden-Textilrohstoffe GmbH; Hannover: Stahltranschem Otto Stude-mann GmbH & Co. KG; Maltes: Jörg Norbert Werner; Götting: Mainz-Bretzenheim: Rudolf Lucas GmbH; Neu-Ulm: Dream Discothekeineinrichtung- u. Betriebs-Ges. mbH, Neu-Ulm/Reuttl: Nachl. d. Karl Frey, Günzburg; Osterholz-Scharmbeck: Nachl. d. Erich Thiele, Hambergen; Stuttgart: Bad Camstadt: Nachl. d. Erich Heinz Kehrwald.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bremen-Blumenthal: HELO Vertriebs-ges. mbH u. Co. KG, Bremen; Hannover: Werner Bauges. mbH & Co. KG.

READYMIX / Ausschüttung fast verdoppelt – Baukonjunktur wird schwächer

Ein Spitzenjahr für den Transportsektor

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Jedes Auf und Ab der Baukonjunktur trifft naturgemäß zuerst den Rohbau und seine Zulieferanten. Die positive Seite dieser Erfahrungsgesellschaft die Ratinger Readymix AG für Beteiligungen, größter Produzent im deutschen Transportbetonmarkt, 1983 mit einem Gewinnaufschwung, der dank Rationalisierung und Strukturverbesserung im eigenen Haus noch ganz erheblich über das bei mäßigen Preissteigerungen erzielte Wachstum des Konzern-Fremdumsatzes auf 1,17 (1,04) Mrd. DM hinausging. Der Gewinn vor Steuern brach auf 79,8 (41,8) Mill. DM, der Brutto-Cash-Flow auf 149 (110) Mill. DM, der Jahresüberschuss im Konzern auf 44,4 (23,7) Mill. und bei der Holding fungierenden AG auf 34,5 (18,7) Mill. DM.

Gleichfalls fast verdoppelt wurde aus diesem Ertragssegen die Ausschüttung auf 18 (15) Prozent Dividende und 10 (-) Prozent Bonus für

die Eigentümer von 100 Mill. DM Holding-Aktienkapital: Londoner RMC-Group (83,6 Prozent, Klöckner & Co. und Raab Karcher AG mit je 12,72 Prozent, Rheinische Kalksteinerwerke GmbH mit 10,96 Prozent). Daneben reichte es noch zur Aufstockung der Rücklagen um 6,5 (2) Mill. auf 73,7 Mill. DM.

Schwächer wird es auch im Ertrag mit der wohl im zweiten Halbjahr 1984 herausstehenden Abschätzung der Baukonjunktur. Für den Vorstandsvorsitzenden Hermann Warmke ein Anlaß, nach dem bislang besten Readymix-Jahr auch die für die Eigentümer 1983 stolze Eigenkapitalrendite von 16 Prozent zu relativieren: Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (davon drei dividendenlos) sei die Eigenkapitalrendite mit knapp 7 Prozent etwas unter dem Kapitalmarktzins geblieben.

In ihren drei Hauptsparten hat die Readymix-Gruppe 1983 rund 8,5 (7,9)

Mill. cbm Transportbeton produziert, 9,8 (6,5) Mill. t Kies/Sand/Spill und 1,3 (1,2) Mill. t Zement nebst Nebenprodukten. Zum Transportgeschäft (74 Prozent Umsatzanteil) verweist Warmke darauf, daß die gesamte, etwa 2000 Betriebe starke Branche auch mit ihrem 1983er Produktionsanstieg um 5,9 Prozent auf 48,7 Mill. cbm um 15 Prozent hinter dem bei den erreichbaren Niveau der besten 10 Jahre zurückblieb. Die Kapazität der Betriebe reiche hingegen immer noch für das Doppelte des 1983er Ausstoßes – und in ethischen Regionen des deutschen Marktes herrsche unverändert verlustreicher Verdrängungswettbewerb.

Die 2896 (2681) Mitarbeiter starke Readymix-Gruppe antwortete darauf mit Produktivitätsverbesserung. So wurde die 1983er Produktionssteigerung nur noch 242 (250) Transportbetonbetrieben und verkleinertem Fuhrpark erzielt.



Bayerische Landesbank

Girozentrale

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 1983

(In gekürzter Form mit Vergleichszahlen 1982)

	Mill. DM 31.12.83	Mill. DM 31.12.82		Mill. DM 31.12.83	Mill. DM 31.12.82
AKTIVSEITE			PASSIVSEITE		
Kassenbestand	45	38	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	5.115	5.790
Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	582	619	Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten	21.606	20.670
Postcheckguthaben	13	21	Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern	8.405	7.792
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zinsen und Dividendscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere	13	12	Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	37	45
Wechsel	291	259	Begebene Schuldverschreibungen und Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	40.828	38.186
Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	5.492	5.090	Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	1.939	1.901
Forderungen an andere Kreditinstitute	21.773	20.679	Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	10.629	10.094
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	164	47	Rückstellungen	357	405
Anleihen und Schuldverschreibungen	3.484	3.250	Sonstige Verbindlichkeiten	89	48
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind	97	72	Verbindlichkeiten der Bausparkasse	8.051	7.855
Forderungen an Kunden	46.187	44.571	Rechnungsabgrenzungsposten	798	874
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	5	6	Sonderposten mit Rücklageanteil	7	8
Eigene Schuldverschreibungen	484	428	Grundkapital	800	750
Zinsen für Forderungen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	1.180	1.113	Offene Rücklagen	1.546	1.466
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)	10.828	10.094	Bilanzgewinn	56	52
Beteiligungen	469	468			
Grundstücke und Gebäude	541	539			
Betriebs- und Geschäftsausstattung	66	70			
Sonstige Vermögensgegenstände	216	234			
Vermögenswerte der Bausparkasse	8.350	8.138			
Rechnungsabgrenzungsposten	182	188			
Summe der Aktiven	100.463	95.936	Summe der Passiven	100.463	95.936
			Eigene Ziehungen im Umlauf	9	12
			Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	902	703
			Verbindlichkeiten aus Börsengeschäften, Wechsel- und Scheckbörsengeschäften, sowie aus Gewährleistungsgeschäften	4.572	4.785
			Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind	—	78

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 1983

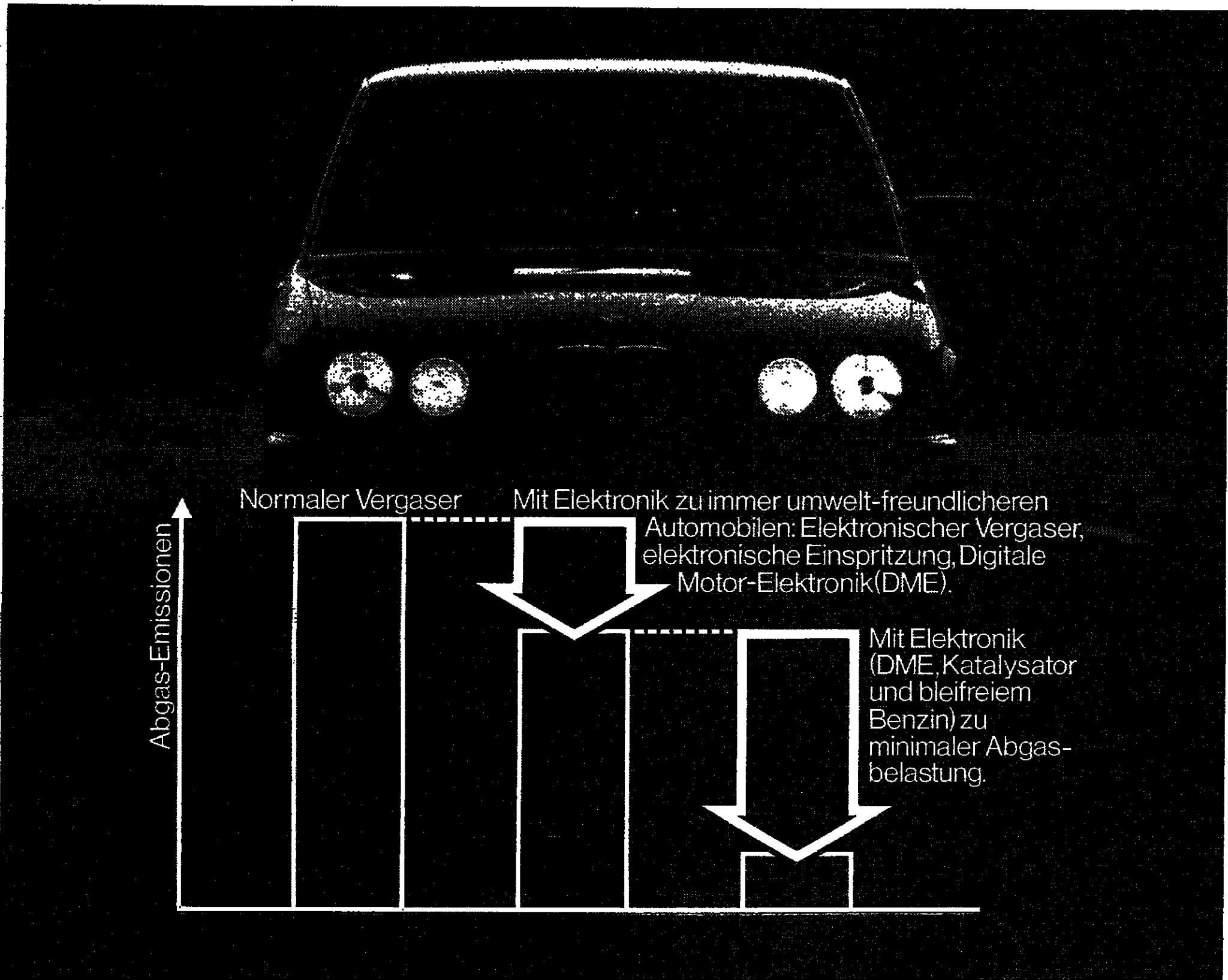
	Mill. DM 31.12.83	Mill. DM 31.12.82		Mill. DM 31.12.83	Mill. DM 31.12.82
AUFWENDUNGEN			ERTRÄGE		
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	5.502,0	6.026,0	Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeldgeschäften	5.750,0	6.192,8
Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte	27,4	19,8	Laufende Erträge	341,1	318,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	233,5	157,9	Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften	126,7	110,8
Gehälter und Löhne	143,6	136,0	Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	106,0	94,8
Soziale Abgaben	14,6	13,5	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter „Andere Erträge“ auszuweisen sind	2,4	8,6
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterhaltung	35,2	20,4	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,7	0,2
Sachaufwand für das Bankgeschäft	74,7	72,3	Erträge der Bausparkasse	549,2	523,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	29,3	29,3			
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen	18,9	0,5			
Steuern	88,0	79,9			
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	—	7,6			
Sonstige Aufwendungen	50,0	61,8			
Aufwendungen der Bausparkasse	523,9	492,1			
Jahresüberschuss	136,0	132,5			
Summe der Aufwendungen	6.877,1	7.249,6	Summe der Erträge	6.877,1	7.249,6
Jahresüberschuss	136,0	132,5			
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in offene Rücklagen	80,0	80,0			
Bilanzgewinn	56,0	52,5			

München, den 13. März 1984
BAYERISCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
DER VORSTAND
Dr. Dr. h. c. Huber, Dr. Grassmair, Prof. Dr. Tremer, Karkmann, Dr. Königbauer, Hoersch, Dr. Schmidt, Dr. Weiss, Dr. Lins.

München, den 14. März 1984
DER VERWALTUNGSRAT
Der ungekürzte Jahresabschluss 1983 enthält den uneingeschränkten Bestätigungsmerk des Abschlussprüfers und wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Günstigste Schadstoff-Konzentrationen beim Abgas erfordern intelligente Triebwerks-Elektronik.

Und intelligente Elektronik beim Triebwerk heißt heute BMW.



Auf dem Weg zu geringeren Abgas-Emissionen sind immer anspruchsvollere Gemischauflaufungs-Systeme und elektronische Triebwerkssteuerungen notwendig: elektronische Vergaser, elektronische Einspritzung, Digitale Motor-Elektronik.

Die Grafik oben zeigt die erreichbaren Fortschritte.

Die gegenwärtig umweltfreundlichste technische Lösung ist die Digitale Motor-Elektronik – kombiniert mit Katalysator und Lambda-Regelung und bleifreiem Benzin.

Eine Lösung, wie sie BMW z.B. mit dem 525e in Katalysator-Ausführung seit Januar '84 auch in der Bundesrepublik anbietet.

Da diese Automobile aber zwingend bleifreies Benzin voraussetzen, weil verbleites Benzin die Lambda-Sonde unbrauchbar macht und den Katalysator zerstört, ist ihr Einsatz zum jetzigen Zeitpunkt nur für eine kleine Nutzergruppe sinnvoll.

Z.B. für Behörden, bei denen die Automobile in einem begrenzten Umkreis um den Heimatstandort betrieben werden und damit immer an einem bestimmten Ort vorschriftsmäßig betankt werden können. Eine größere Verbreitung solcher Lösungen erfordert die europaweite Einführung von unverbleitem Benzin.

Gerade dies aber scheint gegenwärtig nur sehr schwer und vor allen Dingen nicht besonders schnell erreichbar. Die Entlastung der Umwelt sollte jedoch nicht solange auf sich warten lassen, bis Schritt für Schritt ausreichend Tankstellen unverbleites Benzin anbieten. Denn wesentliche Verbesserungen lassen sich schon jetzt realisieren.

Hätten alle Automobile so intelligente elektronische Triebwerkssteuerungen wie BMW, wären wichtige Umweltschutzziele bereits heute erreicht.

Ein Beispiel für die Vorteile der Elektronik ist ihre unbeeinträchtigte Präzision. Elektronische Triebwerkssteuerungen – wie sie BMW konsequent einsetzt – haben im Gegensatz zu mechanischer Technik nicht die unangenehme Eigenschaft, sich zum Schlechten hin zu verändern. Die selbsttätig eintretenden Veränderungen herkömmlicher Zünd- und Vergasersysteme durch Verschleiß, Verschmutzungen und fehlende oder fehlerhafte Wartung können erfahrungsgemäß zu bis zu 40 % mehr Verbrauch und zu erheblich schlechteren Abgaszusammensetzungen führen.

BMW hat so frühzeitig und so konsequent wie kein anderer modernste elektronische Triebwerkssteuerungen entwickelt und eingesetzt.

BMW besitzt damit einen Vorsprung und eine breite Basis von Know-how – was es uns möglich macht, neue Aufgaben erfolgreich zu lösen. Und das heißt für uns z.B., die Umwelt zu schonen, ohne durch Kompromisse beim Automobil – z.B. mangelnde aktive Sicherheit oder zuwenig konditionserhaltenden Komfort – neue Risiken zu schaffen.

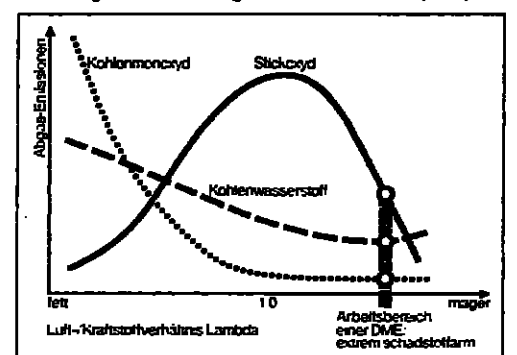
Schon 35 % des gesamten BMW Modell-Programms werden mit der Digitalen Motor-Elektronik ausgerüstet. In der gehobenen Mittelklasse z.B. der BMW 525e.

90 % der Modelle haben die elektronische Einspritzanlage. Und selbst die Einstiegsmodelle – die BMW 316 und 518 – besitzen als neueste technische Entwicklung elektronisch gesteuerte Vergaser. BMW ist der Meinung, daß alle gemeinsam die Herausforderung des Umweltgedankens annehmen müssen.

In die Jahre gekommene Sparautos allerdings leisten wegen ihrer beschränkten technischen Fähigkeiten bei der Umweltentlastung keineswegs den Beitrag, den manche erhoffen oder verkünden. Die konsequente Nutzung der technischen Möglichkeiten ist die beste Lösung, dem wachsenden Bedürfnis nach Erhaltung und Verbesserung der Umwelt Rechnung zu tragen.

Sicher ein guter Grund mehr, sich beim nächsten Autokauf für fortschrittlichste Technik und für BMW zu entscheiden.


Wieviel Stickoxyde, Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxyd Ihr Automobil ausstößt, hängt ganz entscheidend davon ab, wie intelligent seine Triebwerkssteuerung ist. Die intelligenteste ist die Digitale Motor-Elektronik (DME).



Zwischen Abgasemission und Luft-/Kraftstoffverhältnis beim Verbrennungsvorgang besteht ein direkter Zusammenhang: Sehr mageres Gemisch, also relativ viel Luft und wenig Kraftstoff, führt zu günstigen Werten bei den Stickoxyden und insbesondere bei den Kohlenwasserstoffen sowie beim Kohlenmonoxyd. Ein sicherer Betrieb des Motors exakt in diesem kleinen Bereich kurz unterhalb der Zündunwilligkeit des Kraftstoff-Luft-Gemischs bei unterschiedlichsten Betriebsbedingungen ist mit einfacher, herkömmlicher Technik nicht zu erreichen. Dazu ist die Intelligenz der kompletten Computersteuerung des Triebwerks, der Digitalen Motor-Elektronik, erforderlich. Ein äußerst aktueller Beleg dafür, wie wichtig hochwertige neue Technik beim Automobil ist.



21.5	3 Minute	8965-8965	8980-8980
281.55	Quarterly		
	S/R	300-315	300-315
112.25	Wellman-Ez		
	(S/T-Est.)	85-90	85-90



MANNESMANN

Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 5. Juli 1984, 10.00 Uhr, im Messe-Kongreß-Center, Düsseldorf, Stockumer Kirchstraße, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts – mit Konzernabschlüssen Inland und Welt und Konzerngeschäftsbericht – sowie des Aufsichtsberichts für das Geschäftsjahr 1983; Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
4. Neuwahl des Aufsichtsrats
5. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstands, das Grundkapital um bis zu DM 250 Millionen zu erhöhen (genehmigtes Kapital)
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 27. Juni 1984 bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Der vollständige Wortlaut der Einladung mit Vorschlägen zur Beschlußfassung sowie Hinweisen zur Teilnahmeberechtigung und zur Stimmrechtsbeschränkung gemäß § 16 Abs. 2) der Satzung ist im Bundesanzeiger Nr. 67 vom 23. Mai 1984 und in einem

Düsseldorf, im Mai 1984

Der Vorstand



HARPENER AKTIENGESellschaft

Dortmund

Wir erlauben uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zu der

am Montag, dem 2. Juli 1984, 11.00 Uhr
im großen Saal des Restaurants „Krone“
Dortmund, Markt 10,
stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

einzuladen.

Tagesordnung

1. a) Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. 12. 1983 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
b) Vorlage des Teilkontrahatschlusses und des Teilkontrahats

FERNSCHREIBER, neu u. geb., mech. u. elektr., An- u. Verkauf
EUROSIGNAL, neu u. geb., An- u. Verkauf. Wir nehmen Ihre alten Geräte in Zahlung. Fa. Dahlem, Pl. 12 53, 6670 St. Ingbert, Tel. 0 68 94 / 51 97, Tx. 4 229 438.

Benutzt-Computer

- An- und Verkauf
- Beratung kostenlos
- Angebote unverbindlich
- Preisliste sehr preisgünstig
- Alt-/Schrott-Computer zur Bruttogewinnung laufend gesucht.

LABIE GMBH, Tel.: 0 51 41 / 80 10
Post: 12 40, 4990 Löhbeck 1

Handwerkliche Möbel aus massiver Eiche nach historischen Vorbildern



3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983

4. Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983

5. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1984

Die vollständige Einladung mit den Vorschlägen zur Beschlussfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 96 vom 22. Mai 1984 veröffentlicht worden. Außerdem weisen wir auf die unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Dienstag, dem 26. Juni 1984, bei der Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der in der vollständigen Einladung aufgeführten Hinterlegungsstellen in den üblichen Geschäftsstunden hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer Bank bis zum Ende der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder einer Wertpapiersammelbank ist die von diesen hierfür auszustellende Bescheinigung spätestens am Mittwoch, dem 27. Juni 1984, bei der Gesellschaft einzureichen.

Den zur Teilnahme berechtigten Personen werden Eintritts- und Stimmkarten erteilt.

Dortmund, im Mai 1984

Der Vorstand

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!


Wir geben hiermit bekannt,

daß die Fa. Hygolet der Fa. HDS - Hygiene-Dienstleistungs-Service jegliche Handlung bezüglich der Rechte des Verkaufs von Hygolet-Produkten und Dienstleistungen mit sofortiger Wirkung untersagt hat, und daß keine Vertragsbeziehungen zwischen Hygolet und HDS bestehen.


Eine Namensnennung der Fa. Hygolet durch die Fa. HDS ist im geschäftlichen Bereich untersagt.


Fa. Hygolet GmbH

Von-Kahr-Str. 2, 8900 München 59, Tel.: 839 / 1.41 49 65 oder


Unsere Ausstellung auf außen und innen
Erschlossen ist auch sonntags von 14-18 Uhr
geöffnet. Keine Barzahlung, kein Versand!

Giechsmühl-Wäpfler
4400 Münster-Arnoldsbüren
Gewerbegebiet Mühlenfeld
Schadewitzstr., 02561/58088


**Deutsche Lebens-rettungs-
Gesellschaft e. V.**
— Präsidium —
Alfredstraße 73
4300 Essen 1


**Ihre Chance im
Mittleren Osten?**

Wollen Sie Ihr Können und Ihre englischen Sprachkenntnisse zwei Jahre auf einer großen Autobahn-Baustelle einsetzen? Als Labor-Ingenieur werden Sie auf den Gebieten Bodenmechanik und Asphaltstraßenbau gefordert. Als Labor-techniker können Sie selbständig im Asphaltstraßenbau tätig werden.

Diese und viele andere interessante Stellenangebote finden Sie am Samstag, 26. Mai, im großen Stellenanzeiger der VEW!

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kontaktieren Sie sich die WELT München

Versicherungsmakler

So einfach ist das: mit einem Gewerbeschein, bei jedem Ordnungsamt erhältlich, kann man sich als Versicherungsmakler „niederlassen“, eine bestimmte Ausbildung wird nicht verlangt, also auch keine fachliche Qualifikation. Der Titel allein ist nicht geschützt. Angesichts der ebenso verantwortungsvollen wie anspruchsvollen Tätigkeit des seriösen Maklers als eines von Versicherungsgesellschaft und Versicherungsnehmer gleichermaßen rechtlich wie wirtschaftlich unabhängigen Vermittlers kann leicht der Gedanke aufkommen, unter dem Mantel der Berufskollegen könne leicht auch der unseriöse Pseudomakler sein Geschäft machen. Angesichts des scharfen Wettbewerbs in Assekuranz und Maklertätigkeit wäre das auch kein Wunder.

Mit der Schaffung eigener Standes- und Berufsregeln, denen sich jeder der rund 140 Mitglieder des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM) freiwillig unterworfen hat und die nach den Erfordernissen von Markt und Wettbewerb gelegentlich aktualisiert, spricht ver-

scharft werden, hat der Berufsstand nach Jahren des Mißverständnisses, aber auch des Mißverhaltens einiger weniger eine wesentliche Profilierung erfahren. Der Zugang zum Verein ist an Qualifikation gebunden, aber auch an das Vorhandensein einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von 500 000 Mark.

Obwohl der Versicherungsmakler seine Arbeit auch nach den Interessen der Versicherer an einem gesunden, funktionsfähigen Markt orientiert, ist er in erster Linie Berater und Vertreter seiner Kunden. Das umfaßt nicht nur den Abschluß von Verträgen, sondern zuvor die Prüfung von Versicherungsbedürfnissen, verlangt Markt- und Konditionenübersicht auf oft unübersichtlichen Tarifgebieten.

Alle diese Leistungen werden, unbeschadet der Unabhängigkeit des Maklers, durch die von den Versicherern gezahlten Provisionen abgedeckt, denn Abschluß- und Verwaltungskosten sind Teil ihrer kalkulierten und in Rechnung gestellten Prämien.

HARALD POSNY

VERSICHERUNGS-SCHUTZVERBAND

Mehr mit Kunden sprechen

KARL-HEINZ STEPHAN, Bonn
Beifall für die Lebensversicherer kommt aus Bonn, vom Deutschen Versicherungs-Schutzverband (DVS), dem organisatorischen Zusammenschluß von 4500 Versicherungsnehmern, das sind Fachverbände und Unternehmen des Handels und der gewerblichen Wirtschaft, woran die Industrie mit 80 Prozent der Mitglieder beteiligt ist. Gelobt wird insbesondere die zeitnahe und effektiv höhere Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Überschüssen der Kapitallebensversicherung.

Von den Anfang 1984 mit den Versicherern aufgenommenen Verhandlungen über eine Anpassung des Produkt-Haftpflichtmodells erwartet der Verband ein Ergebnis, das dazu beiträgt, die Sparte verständlicher und für den Kunden attraktiver zu machen. Kritisch werden hingegen die Sanierungsbemühungen der Assekuranz beurteilt: „Durch bloße Erhöhung der Prämie“ - ohne vorher die Ursachen der Verluste ausreichend analysiert und durch sachgerechte Maßnahmen wie Selbstbehalte beseitigt zu haben - könne sie kein Verständnis erwarten.

Die Versicherer würden darauf verweisen, daß beispielsweise das industrielle Feuergefahr seit Jahren verlustreich sei und das hierdurch ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigt werde. Hiermit werde aber „nur die halbe Wahrheit“ gesagt: Denn die Verluste liegen lediglich im versicherungstechnischen Geschäft, sie werden jedoch durch das allgemeine Geschäft mehr als ausgeglichen.

Die neue Hausratsversicherung bringe Bedingungen, durch die dem Versicherer fast jedes Risiko abgenommen werde. Durch Summenanpassungs- und Prämiensatzanpassungsklauseln werde erreicht, daß mit der Versicherungssumme auch die Prämie jährlich automatisch steige. Die Möglichkeit zur Vertragskündigung wie auch einige Verbesserungen in Deckungsumfang bieten hierfür, aus der Sicht des Verbandes, kein ausreichendes Äquivalent.

Im Rahmen der Autoversicherung wendet sich der DVS gegen die von ihm befürchtete weitere Aufgliederung des K-Tarifes, was mit dem Grundgedanken der Versicherung als einer Gefahrengemeinschaft nicht vereinbar sei.

MASSPROGRAMME / Makler - unentbehrlicher Dienstleister für die Wirtschaft im Ausland

Als internationaler Partner gefragt

F. G. von GAERTNER, Hamburg

Durch die ungebrochene Bereitschaft deutscher Unternehmen, im Ausland zu investieren wächst zwangsläufig die Bedeutung international tätiger Dienstleistungsunternehmen, und hier insbesondere auch die der Versicherungsmakler. Während in den USA und England Unternehmen mit großer Selbstverständlichkeit einen von den Versicherungsgesellschaften unabhängigen Versicherungsmakler in der Konzeption und Betreuung ihrer Versicherungsprogramme einschalten, ist es bei uns noch weithin unbekannt, welche Vorteile dadurch entstehen.

Obgleich von der Aufgabenstellung hier durchaus vergleichbar, werden Versicherungsmakler nicht so selbstverständlich beschäftigt wie Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer. Selbst große Unternehmen entwickeln - vielleicht aus Tradition heraus - ihre Versicherungsphilosophie noch immer in eigener Regie. Um so verständlicher ist dies, wenn man bedenkt, daß der Versicherungsmakler keine zusätzlichen Kosten verursacht. Da er den Versicherungsgesellschaften eine Vielzahl von Arbeiten abnimmt, angefangen von der Risikoüberprüfung über die Gestaltung des Versicherungsprogramms bis hin zur Schadensabwicklung, erhält er nach internationalen Usancen einen Teil der in jeder Versicherungspolice eingerechneten Ver-

waltungs- und Vertriebskosten als Courtage.

Seine besondere Berechtigung hat der Versicherungsmakler im internationalen Bereich. Die fortschreitende Industrialisierung, der ungebremste Drang deutscher Unternehmen ins Ausland, das ständig wachsende Umweltbewußtsein und viele Faktoren mehr sind Gründe dafür, daß selbst multinational arbeitende Großkonzerne, auch bei Einschaltung ihrer Auslandsniederlassungen, ihre Versicherungsprobleme nicht mehr ohne fachkundige Unterstützung bewältigen können.

Bindeglied

Eine Vielfalt von Vorschriften, gesetzlichen Auflagen, die Unterschiede in den Versicherungsformen und viele Dinge mehr erschweren nicht nur die Beurteilung der notwendigen und bereits bestehenden Versicherungsverträge, sie hinterlassen auch oftmals ein Gefühl der Unsicherheit, ein Gefühl, das sich immer dann als zutreffend erwies, wenn zum Beispiel eine aus dem Ausland erwartete Schadenzahlung ausblieb.

Hier nun kann der international tätige Versicherungsmakler eine Lücke schließen. Als fachkundiger Interessenvertreter seines Kunden ist er Bindeglied zu den Versicherungsgesellschaften im In- und Ausland. In der Regel arbeitet er im Rahmen einer weltweit operierenden Kette von Kor-

respondenzmaklern, in einigen Fällen auch mit eigenen Auslandsrepräsentanten. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des Vereins Deutscher Versicherungsmakler (VDVM) ergab, daß schon rund 80 Prozent der 150 Mitgliedsfirmen im internationalen Bereich arbeiten, sicherlich auch ein Hinweis darauf, daß immer mehr Unternehmen die Notwendigkeit dieser Dienstleistung erkannt haben.

Zu Beginn seiner Tätigkeit analysiert der Versicherungsmakler die im In- und Ausland vorhandenen Risiken, gibt gezielte Empfehlungen über Schadenverhütungsmaßnahmen und führt dann eine Bestandsaufnahme aller Versicherungsverträge durch. Anhand der gesammelten Informationen entwickelt er zusammen mit den in den einzelnen Ländern ansässigen Korrespondenzmaklern bzw. seinen eigenen Repräsentanten ein weltweites Versicherungsprogramm.

Im Rahmen dieses Programms stellt er sicher, daß in einzelnen Ländern vorhandene Deckungslücken sinnvoll geschlossen werden und die gemeinsam mit der Muttergesellschaft erarbeitete weltweite Risiko-, Schadenverhütungs- und Versicherungsphilosophie konsequent realisiert wird. In diesem Punkte muß er von der Muttergesellschaft unterstützt werden. Nur so kann er in seiner Aufgabe als Koordinator erfolgreich sein. Die gebührende Kaufkraft der weltweit zu zahlenden Versiche-

rungsprämien setzt der Versicherungsmakler zum Vorteil des Kunden ein. Erreichen läßt sich dies durch zum Beispiel Konzentration bestimmter Versicherungen auf eine international arbeitende Kette von Versicherungsgesellschaften.

Der dadurch geschaffene Risikoaussgleich kann nicht nur zu Verbesserungen auf der Bedingungsseite führen, auch finanzielle Vorteile sind durchaus möglich.

Gezielte Unterrichtung

So führt die Zusammenfassung von in verschiedenen Ländern bestehenden Personenversicherungen in einem internationalen Vertrag bei günstigem Schadenverlauf des internationalen Vertrages zu einer zusätzlichen Gewinnbeteiligung für die Muttergesellschaft.

Durch gezielten Informationsaustausch der in der Korrespondenzkette tätigen Versicherungsmakler wird der Kunde stets über die für ihn relevanten Neuerungen auf den ausländischen Versicherungsmärkten unterrichtet. Die Tätigkeit im internationalen Bereich wirkt sich zwangsläufig auch innovativ aus. So wurden schon einige neue Versicherungsformen durch Versicherungsmakler initiiert oder wesentlich beeinflusst, auch für manches zunächst unversicherbar erscheinende Risiko dann letztlich doch noch ein Versicherungsmarkt gefunden.

KFZ-HAFTPFLICHT

13 Prozent zwischen billig und teuer

Py. Düsseldorf
In einem Preisvergleich hat der ADAC zwischen der preiswertesten Auto-Haftpflichtversicherung (WGV Schwäbische Allgemeine) und der teuersten Gesellschaft (Feuersoldat Berlin) eine Beitragsspanne von 13,4 Prozent festgestellt. Beide Gesellschaften sind jedoch mit regionalen Anbietern, die außerhalb ihrer Stammländer nicht versichern. Günstigster bundesweit anbietender Auto-Haftpflichtversicherer ist die Deutsche Allgemeine (Frankfurt), deren Tarif 6,9 Prozent unter dem Marktdurchschnitt liegt. Zu den preisgünstigsten Gesellschaften (fast vier Prozent und mehr als der Durchschnitt) gehören neben Gerling, Patra und DEVK.



Versicherungen nach Maß

Die Lösung von Fachproblemen ist unsere tägliche Aufgabe.

Feldist Assecuranz
Neuer Wall 75
2000 Hamburg 36
☎ 040/36 46 65/75

Allgemeine (alle Köln), Haftpflichtverband HDI und Vereinigte Haftpflicht (beide Hannover) sowie HUK Coburg, Allgemeine (Coburg) drei 1983 gegründete Gesellschaften: die Direktversicherer (ohne Außenstand) Europa (Köln), Dialog (Hamburg) und Auto Direkt (Oberursel). Versicherungen können sofort und kostenlos bei einem Wechsel des Autos, nach einem Schaden oder spätestens drei Monate vor der nächsten Beitrags-Hauptfälligkeit (Jahrestag des Abschlusses) gekündigt werden.

Betriebsrente über Gerling

Py. Düsseldorf

Nach dem „Gerling Institut für Schadenforschung und Schadenverhütung“ und dem „Gerling Institut für Risk Management und Risk Consulting“ hat der Kölner Versicherungskonzern mit der Gründung des „Gerling Instituts für Betriebliche Altersversorgung“ (GIBA) eine spezielle Dienstleistung für Wirtschaft und Industrie erweitert. Das neue Institut steht für alle Fragen der betrieblichen Altersversorgung zur Verfügung und arbeitet Lösungsvorschläge unter versicherungsmathematischen und betriebswirtschaftlichen, unter arbeits- und steuerrechtlichen Aspekten aus. GIBA geht es um die Analyse des Ist-Zustands sowie um Möglichkeiten einer Veränderung der Rechtsform, der Finanzierung oder auch des Leistungsumfanges.

Entschädigung abgewiesen

Der Bundesgerichtshof hat die Klage eines Autobesitzers abgewiesen, der von seiner Versicherung Entschädigung für sein gestohlenes, vollstarkoversichertes Fahrzeug verlangt hatte. Die Frage nach früheren Schäden an dem Fahrzeug hatte der Kläger verneint, obwohl er ein Jahr vorher einen Unfall gehabt hatte. Der BGH: Der Versicherer könne sich auf völlige Leistungsfreiheit berufen, wenn die vorsätzliche Verletzung der Aufklärungspflicht generell geeignet sei, die berechtigten Interessen des Versicherten ernsthaft zu gefährden, und dem Versicherungsnehmer ein erhebliches Verschulden zur Last falle. Dabei genüge es, daß der Verstoß generell geeignet war, die Interessen des Versicherers in erster Linie zu gefährden. (BGH-Urt. v. 7.12.1983 - IVa ZR 231/81.)

Gegen Einbuße bei Krankengeld

Py. Düsseldorf

Gesetzlich und privat Krankenversicherte müssen seit Beginn dieses Jahres von ihrem Krankengeld eigene Beiträge, vor allem für die Rentenversicherung, zahlen, wenn sie nicht ihre Rentenansprüche vermindern wollen. Aufgrund des Haushalts-Begleitgesetzes 1984 müssen gesetzlich Versicherte, so der Berliner Verein Krankenversicherung AG, monatlich bis zu 380 Mark nach Ende der sechswöchigen Lohnfortzahlung entrichten, für privat Krankenversicherte ergibt sich während einer Krankheit für längstens 18 Monate ein zusätzlicher Aufwand von maximal monatlich 673 Mark. Die Versicherungen raten daher zum Abschluß einer privaten Krankentagegeld-Versicherung in der Höhe, die jetzt als Beitrag zu zahlen ist.

Diebstahl muß bewiesen werden

KHS, Bonn

Auf die Sicherung leicht erreichbarer Fenster durch Gitter, Rollläden, Riegel und abschließbare Fenster macht die Kriminalpolizei immer wieder aufmerksam. Für die Zahlung aus der Hausratversicherung kommt es nach Einbruch-Diebstahl, so der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVVK), jedoch nicht darauf an, wie gut der Einstieg gesichert war, sondern nur darauf, daß der Dieb Gewalt anwenden mußte. Die Versicherung zahlt sogar dann, wenn sich der Dieb eingeschlichen hat oder als Fassadenkletterer eingestiegen ist.

Da Einbruchsspuren dagegen immer beweiskräftig für sich sprechen, empfiehlt der BVVK, es nicht bei „vertragsgemäßen“ Minimalsicherungen zu belassen.

555 Versicherungskaufleute
gesucht, die jetzt etwas für ihren beruflichen Erfolg tun wollen!

Mehr verkaufen im Inland als im Ausland!
So führt man jüngere Mitarbeiter!
Vertreter wirksamer informieren!
Nach dem Schaden ist man klüger!
Tariffreudigung in der Kfz-Versicherung!
Fluktuation vermeiden!

Heute lädt Sie der Gabler Verlag zum Gratis-Lese-Test ein.
Überzeugen Sie sich kostenlos 2 Monate lang, daß Sie mit dem „Versicherungskaufmann“ Ihr berufliches Fachwissen auf dem aktuellen Stand halten und auch Ihre berufliche Entwicklung selbst aktiv in die Hand nehmen.
Schicken Sie uns Ihren Test-Coupon - es lohnt sich für Sie!

TEST-COUPON
Ja, Ihre Einladung zum Gratis-Lese-Test nehme ich gerne an.
Senden Sie mir bitte kostenlos die nächsten zwei Ausgaben des „Versicherungskaufmann“ zum Kennenlernen.
Wenn ich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt der zweiten Ausgabe (Datum der Abendung) mitteile, daß ich keine weitere Zustellung wünsche, ist für mich alles erledigt, ich schulde Ihnen keinen Pfennig.
Wenn Sie nichts von mir hören, erhalte ich den „Versicherungskaufmann“ zum Jahresabonnementspreis von DM 72,- für 12 Ausgaben frei Haus.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum _____
Unterschrift _____
Ich weiß, daß ich diese Vereinbarung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum/Unterschrift _____

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH
Postfach 1546, 6200 Wiesbaden 1

ASSCOMP
Computer + Programme
für
Versicherungs-
vermittler

indata
Unternehmensberatung GmbH & Co. KG
Schauenburger Str. 55-57
2000 Hamburg 1
Telefon (0 40) 36 68 57

Ihr Berater in allen
Versicherungsfragen
ADOLPH JAHN & CO.
Münchener Str. 11
2000 Hamburg 1
Telefon 32 63 54
Mitglied im VDVM
Gegr. 1900

Informationen über
**Sonder-
veröffentlichungen
und
Dokumentationen**
erhalten Sie bei
**DIE WELT-
Anzeigenabteilung**
Kaiser-Wilhelm-Str. 1
2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 11

Wir arbeiten für Ihre Sicherheit

AGTE GEBRÜDER
ERNST H. MÜLLER
Assekuranzmakler

Jungfernstieg 1
2000 Hamburg 1
Tel. 0 40 / 30 20 70
Telex 2 163 292

Verein
Deutscher
Versicherungs-
Makler e.V.

Verbunden mit der weltweit operierenden
Lowndes Lambert-Hill Samuel Group, London

**STURZENBECHER
+ PARTNER**
**VERSICHERUNGSMAKLER
GMBH**

BLANKENESER LANDSTRASSE 9
2000 HAMBURG 55

TELEFON 040/86 78 51

INTERASSEKURANZ SCHWEIZ GmbH
Stuttgart
München

ASSEKURANZ-MAKLER

UNABHÄNGIG und mit WISSEN arbeiten wir, VERTRAUEN Sie uns bei Ihren Versicherungen

Bundesstraße 66 - 7012 Föllschlag/Saarland - Telefon 07 11 / 57 29 29
Schwanenstraße 31/2, St. 8 München 2 - Telefon 0 89 55 00 05

Ihr Partner in den Heilberufen
Eckard Berlin
Versicherungsmakler
Krusenrotter Weg 44/46
2300 Kiel 1, Tel. 04 31 / 68 01 51

CARL JASPERS SOHN
Internationaler Industrieversicherungsmakler
Hamburg Hannover Bielefeld
Düsseldorf Frankfurt Stuttgart München
verbunden mit
SEDGWICK GROUP plc
Insurance/Reinsurance Brokers
Hauptsitz in London
Niederlassungen in über 50 Ländern

DR. NIERHAUS & PARTNER GMBH
VERSICHERUNGSMAKLER INTERNATIONAL

Leopoldstraße 81
D-8000 München 44
Postfach 440123
Telefon 089/347047
Telex 5213467

Für Ihr Unternehmen
heißt unsere Aufgabenstellung:
Risiken analysieren
Versicherungsschutz maximieren
Schadenabwicklungen realisieren
Kosten begrenzen
Vielen Industriekunden haben wir
unsere Leistungsfähigkeit bewiesen

Mitglied im
Verein
Deutscher
Versicherungs-
Makler e.V.

NEUE TARIFE

Doppelverdiener-Preise

Mit einer Risikoversicherung für zwei Personen bietet die E & L Lebensversicherung (Equity & Law), Wiesbaden, hohe Absicherung zu einem günstigen Beitrag. Der Todesfallschutz wird gleichzeitig zwei Versicherten garantiert. Allerdings wird die vereinbarte Versicherungssumme ausschließlich im Todesfall des zuerst Sterbenden fällig. Wesentlicher Vorteil dieser Lösung ist der Preisvorteil. Der Beitrag ist geringer als beim Abschluß von zwei Risikoversicherungen, mit denen jeder Partner den anderen begünstigt. Mit dem beitragsenkenden Sofortüberschuß kostet eine Versicherungssumme von 200 000 Mark für einen 35-jährigen und eine 32-jährige bei 20 Jahren Vertragslaufzeit monatlich 190,20 Mark.

Sofortbonus im Todesfall

Im Todesfall des Versicherten zahlt die Albingia Lebensversicherung AG, Hamburg, schon im 1. Jahr bei Risikoversicherungen 50 Prozent und bei Kapital-Lebensversicherungen 10 Prozent mehr als die abgeschlossene Versicherungssumme.

Selbstbeteiligung

Die Neckura-Versicherung AG, Oberursel/Tausen, hat für ihre Privatpflicht-Versicherung eine Selbstbeteiligung eingeführt. Ist der Kunde bereit, im Schadensfall 100 Mark bei einem Sachschaden selbst zu tragen, verringert sich der normale Jahresbeitrag um 16 Prozent, für Einzelpersonen um 14 Prozent.

Für Beamten-Anwärter

Für Beamten-Anwärter hat die Vereinigte Krankenversicherung, München, ein Spezialangebot entwickelt. Der Tarif stellt eine notwendige Ergänzung der Beihilfe bei ambulanter, stationärer und zahnärztlicher Behandlung dar. Ein 19-jähriger alleinstehender Beamten-Anwärter zahlt zum Beispiel als Privatversicherter nur 24 Mark im Monat.

Begleitung für das Kind

Die Colonia Krankenversicherung übernimmt bei Kindern bis zum vollendeten fünften Lebensjahr die Kosten für die Unterbringung einer Begleitperson für maximal fünf Tage. Voraussetzung: Die Begleitung ist krankenhauskostenversichert.

RISK MANAGEMENT - RISK CONSULTING / Werte und Gefahren steigen stetig

Die Sicherheit programmieren

HERWIG GÜCKELBORN, Köln
Nach Beispielen für berechnete Nervosität im Risikobereich der Unternehmen muß man nicht lange suchen. Ansprüche etwa, die aus einer immer weiter gezogenen Produzentenhaftung erhoben werden, gelten als kaum überschaubar. Neue Produkte, höhere Werte, eine international die Schadenhöhe stets vergrößende Rechtsprechung schaffen Unsicherheit.

In anderen Fällen zeigt die Erfahrung, daß Betriebsunterbrechungen als Folge von Feuerschäden unmittelbar an die Existenz gehen, weil sie neben der Rentabilität sofort die Liquidität gefährden. Komplizierte, umfangreiche Risiken wiegen immer schwerer. Doch ein Risiko ist noch kein Schaden. Aus der eher bange Frage: „Kann man ein Risiko programmieren?“ ergibt sich das wichtigste unternehmerische Ziel: soweit irgendmöglich die Risikobeherrschung zu programmieren.

Risk Management und Risk Consulting gehören heute, wenn sie richtig gesehen werden, zur strategischen Planung eines Unternehmens auf oberster Führungsebene. Die traditionell geübte partielle oder systematische Analyse sämtlicher möglicher Risiken läßt geeignete Maßnahmen zur Verminderung oder Bewältigung

ihrer denkbaren Auswirkungen treffen. Aus einem einheitlichen Konzept heraus können dann alle Sicherheitsmaßnahmen aufeinander abgestimmt werden.

Das - sehr vereinfachte - Schema der unternehmerischen Risikopolitik könnte wie folgt aussehen:

- Feststellung der Sicherheitsfaktoren und der Störungspotentiale: Menschen, Anlagen, Produkte, Materialien, Zulieferungs- und Absatzwege, Geldwerte und Erträge;
- Identifizierung und Quantifizierung der Verlustmöglichkeiten: Schadenerfahrungen auch überbetrieblicher Art, Überlegungen zur Höhe und mutmaßlichen Wahrscheinlichkeit von Schäden;
- Maßnahmen zur Risikominimierung: Material-Substitution, Überprüfung der Arbeitsabläufe, Förderung der Risikobewusstheit bei Mitarbeitern, zur finanziellen Sicherung vertraglicher und versicherungsmäßige Überlegungen;
- Entscheidungen zur Risikopolitik im Rahmen der Unternehmensstrategie: Vertragsgestaltung, gezielte Selbsttragen von Risiken durch das Unternehmen, Koordination von anderen Maßnahmen, Versicherung.

Eine nach diesen Richtlinien individuell abgeklöpfte Existenzsicherung erleichtert die eigentlichen unternehmerischen Entscheidungen ganz wesentlich, auch wenn es keine Risikominimierung „auf Null“ gibt. Die Notwendigkeit heißt: Alle Risiken müssen erkannt, schwere Risiken müssen beeinflusst werden, von der Schadenverhütung bis zur finanziellen Vorsorge. Auch scheinbar absehbare Gefahren, z. B. Industriespionage, gehören in das Gesamtkonzept der Überlegungen. Es ist nicht überbewertet, wenn man feststellt, daß neben den traditionellen Aufgaben Beschaffung, Produktion, Absatz und Finanzierung gleichrangig das programmierte Risikomanagement tritt. Es verlangt ebensoviel Sorgfalt, Fachwissen und Entscheidungskraft, und es kann angesichts der Gefahrenbalancen ebenso existenzentscheidend sein.

Auch für die Versicherungswirtschaft, die ihrem Wesen nach seit langem Risikospezialist ist, bedeutet Risk Management eine gewisse Umstellung. Die Philosophie der spartenweisen Absicherung tritt zurück. Mehr noch bei konsequenter Anwendung der geschilderten Methodik wird der Versicherungsvertrag bewußt in ein Bündel risikopolitischer Maßnahmen eingegliedert, unter Verzicht auf Anspruch der Ausschließlichkeit des Versicherungsschutzes.

Nützlicher Ratgeber

Adolf Bauer, Winfried Brosch und Günther Schneidewind: „Richtig versichert - besser versichert“, Praktischer Ratgeber für alle Versicherten. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehn, München, 1984, 316 S., Paperback, 28 Mark.

Erstaunlich, wie wenige Versicherungsnehmer darüber informiert sind, welche Ansprüche ihnen zustehen. Hierüber informiert der jetzt erschienene Ratgeber. Ein Fragenkatalog am Anfang des Buches enthält mehr als 200 nach Sparten geordnete Sach- und Suchhinweise, die ein schnelles Auffinden der Antworten gewährleisten. So beschäftigt sich der Ratgeber unter anderem in einer mehrseitigen Darstellung mit der längst veränderten Rechtssituation bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten in der Gesetzlichen Rentenversicherung, die von Millionen von freiwillig versicherten Bundesbürgern bis Ende Juni 1984 weitreichende Entscheidungen verlangt. In einem 40 Seiten starken Tabellenanhang wurden die Beiträge und Leistungen der verschiedenen Sparten der privaten Versicherung übersichtlich zusammengefaßt. Gegenüber anderen mehr theoretisierenden und anderen eher verunsichernden Schriften ist dies eine für den Kunden hilfreiche Neuerscheinung. KHS

NACHRICHTEN

„Zu klein Gedrucktes“

Düsseldorf (Py.) - Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), die infolge der drucktechnischen Gestaltung nur mit der Lupe und selbst dann nicht ohne Mühe zu lesen sind, werden nicht Bestandteil des Vertrags. Das entschied der Bundesgerichtshof (30. 5. 83, VersR 1983 S. 1077 ff.). Das Unternehmen hatte die AGB in zwei knappen 9,5 Zentimeter breiten Spalten einer DIN-A4-Seite mit jeweils über 150 Zeilen bei einer Zeilenhöhe von einem Millimeter und noch kleinerem Zeilenabstand abgedruckt.

aus Unfall-, Haftpflicht-, Reisegepäck-, Kranken-, Rechtsschutz- und Transportversicherungen, abgeschlossen.

Neuer „Christophorus“

Düsseldorf (Py.) - Statt unter dem durch einstweilige Verfügung untersagten Namen „Christophorus“ Versicherung AG wird die Transatlantische Versicherung AG, Hamburg, ihren neugegründeten Kfz-Direktversicherer vorerst unter dem Namen

Makler-Weltkongress

Hamburg (Py.) - Vom 28. Mai bis zum 1. Juni 1984 findet in Madrid der 2. Weltkongress der Versicherungsvermittler statt. Makler und Agenten aus mehr als 30 Ländern werden an dieser von den beiden Weltverbänden BIPAR und Copaprope gemeinsam ausgerichteten Veranstaltung teilnehmen. Für den Kongress sind als Leitthemen die Funktion des Versicherungsvermittlers in der Gesellschaft und die Erarbeitung einheitlicher, international gültiger Wettbewerbsregeln vorgesehen.

Verbraucher-Kritik

Bonn (VWD) - Als „höchst ungerecht“ hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV) die voraussichtlich im Sommer in Kraft tretenden Änderungen im Versicherungsschutz für Fahrräder kritisiert. Nach den neuen Bedingungen für die Hausratversicherung ist der einfache Diebstahl nicht mehr gedeckt. Wer sein Fahrrad dennoch versichern will, muß eine Zusatzversicherung abschließen, deren Prämie jedoch an die Versicherungssumme der Hausratversicherung gebunden ist. Bei einer Versicherungssumme von 100 000 Mark wird die Fahrradprämie bei etwa 50 Mark liegen.

Olympia-Versicherer

Düsseldorf (Py.) - Die Colonia Versicherungsgruppe in Köln ist 1984 offizieller Förderer und Versicherer der Olympia-Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland während der Sommerspiele in Los Angeles (wie zuvor auch während der Winterspiele in Sarajevo). Für das Olympia-Team wurde zum Beispiel ein umfangreiches Versicherungspaket, bestehend

„telcon“ arbeiten lassen. Telcon will sich mit besonders verbraucherfreundlichem Service und niedrigen Prämien am Markt profilieren. Gleichwohl sollen alle Rechtsmittel zur Durchsetzung des geplanten Namens ausgeschöpft werden. Der HUK-Verband hatte ein Verbot unter Hinweis auf Namensgleichheit mit einer von ihm initiierten Stiftung zur Förderung der Verkehrserziehung erwirkt.

AACHENER SPRACHSCHATZSUCHE / „So nötig wie das Feld den Dung braucht der Mensch Versicherung“

Mit klugen Sprüchen den Alltag meistern

URSULA BELDE, Aachen

Die Bundesbürger lieben nicht nur kluge Sprüche, sie erfinden auch gern eigene. Diese Erfahrung machte kürzlich die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe: Sie erntete teilweise Zuschriften, nachdem sie die Öffentlichkeit zwischen Lübeck und München auf „Sprachschatzsuche“ geschickt hatte. 40 000 Einsenderfabulierten zu den Themen „Versorgen und Versichern“, gruben Verschollenes aus und setzten bekannte Weisheiten fort wie „Heiliger Sankt Florian, schütz unser Haus, zünd andre an“. Fortsetzung: „So hat er's aber nicht gemacht, er hat zuerst an meins gedacht.“

Nach dem Motto „Reim dich oder ich freß dich“ wurden die Silben zu rechtgeketet. So reimten sich „Versi-

cherungen“ vorwiegend auf „Engelsungen“, „kichert“ auf „versichert“ und „lynchen“ auf „wünschen“. Einer der prämierten Sprüche, der wegen seiner Prägnanz sogar den Juror der Sprache verschlagen haben soll, ist dieser: „Versichert ist die Habe, ruhig schläft der Schwabe“.

Sprach- und Sozialforscher waren mit von der Partie, als es ans Auswerten ging. Die Vorarbeit leistete eine Jury aus arbeitslosen Deutschen. Über die engere Auswahl der 24 Preisträger entschieden Jürgen von Manger („Tegtmeyer“), Robert Lemke, Professor Erwin Scheuch und Otto Nüssler von der Gesellschaft für deutsche Sprache.

Wer den Schaden hat, dem helfen keine klugen Sprüche. Da aber die meisten Versicherungsnehmer in er-

ster Linie pünktliche Beitragszahler sind, bleibt ihnen genügend Phantasie, sich sprachschöpferisch zu betätigen. Zum Beispiel so: „So nötig wie das Feld den Dung, braucht der Mensch Versicherung“ oder dieser ernstgemeinte Rat: „Sich're Dich auf allen Wegen, Unheil kommt stets ungelegen“. Erfahrung verrät offenbar diese Weisheit: „Mit Dukaten nach dem Brande kommt die Villa neu zustande“. Ein Schadensfall, mit Humor betrachtet, sieht so aus: „Sein Besitz scheint manchem sicher, aber ach als Qualm entwich er“. Einen der ersten Preise bekam dieser zwar logisch zwingende und versicherungsfreundliche, wenn auch sprachlich schlimme Reim: „Wer nicht pennt, der rennt, bevor es brennt, zum Versicherungsagent.“

Nun soll der originelle und inzwischen gedruckt vorliegende Beitrag zur Image-Pflege nicht vom Kleingedruckten ablenken. Vielmehr sei eine Branche, die Zufälle mit Absicherung in Einklang bringen möchte, darauf angewiesen, eine einfache und allgemein verständliche Sprache zu sprechen. Der Aachener und Münchener waren geflügelte Worte zudem in die Wiege gelegt: Der Gründer David Hansmann ist als preußischer Finanzminister durch ein Zitat vor den Vereinigten Preussischen Landtagen bekannt geworden: „Bei Geldfragen hört die Gemütlichkeit auf.“ Versicherungsspezifisch sind auch jene heute gern verwendeten Alltagssprüche „Ein Unglück kommt selten allein“, „Zeit ist Geld“ und „Aus Schaden wird man klug“.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehr als 150 Versicherungsgesellschaften, die Ihre betrieblichen Risiken versichern können

Welche dieser Gesellschaften ist für Sie oder Ihr Unternehmen die richtige?

Wo sind Prämien und Bedingungen auf Dauer für Sie am günstigsten?

Wie stellen Sie sicher, daß Sie nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig versichern?

Fragen, deren Beantwortung Vergleiche voraussetzt, Objektivität in der Beurteilung der Versicherungsgesellschaften.

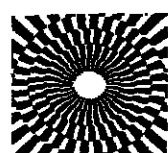
Sicherheit mit Sachverstand

Wer kann Sie hier besser betreuen als ein VDVM-Versicherungsmakler? Er kennt die Versicherungsmärkte, ist jedoch an keine Versicherungsgesellschaft gebunden, also unabhängig.

Deshalb kann er Sie individuell und in jeder Versicherungsfrage beraten und Ihre berechtigten Interessen uneingeschränkt vertreten. Das gilt sowohl beim Abschluß von Versicherungen als auch bei der Schadenregulierung.

Ihr VDVM-Versicherungsmakler bietet Ihnen einen Service, der weit über die Placierung der Versicherungen hinausgeht. Er informiert Sie ständig über die Veränderungen am Versicherungsmarkt und entlastet Sie weitgehend von Abwicklungsarbeiten. Dies alles kostet Sie keinen Pfennig mehr.

Sprechen Sie mit einem VDVM-Versicherungsmakler, er steht Ihnen als qualifizierter Partner zur Seite. Lassen Sie sich Informationen schicken vom



VDVM
Verein Deutscher Versicherungsmakler e.V.
Katharinenstraße 4, 2000 Hamburg 11,
Telefon 040/3605-255

JAUCH & HÜBENER
Deutschlands großer Versicherungsmakler
Berlin, Frankfurt, Hamburg, Mülheim/Ruhr, München, Wien, Zürich



Versicherungsvermittlung setzt Unabhängigkeit, Wissen und Vertrauen voraus.

Sie können Ihrem Versicherungsmakler vertrauen, wenn er seine Unabhängigkeit und sein Wissen unter Beweis gestellt hat.

**INSEL HALLE
LINDAU**

**IHR HAUS
FÜR
ALLE FÄLLE**

Unser neues Schmuckstück, direkt am See
in Stuhlreihen 1100 oder an Tischen 800 Sitzplätze
Halbe In-3-Säle teilbar, mit Bühne, Foyer, Nebenräumen,
Restaurant-Café, Seeterrasse. (Pächter: Hubert Häbler)
Tiefgarage, großer Omnibus-Parkplatz

LINDAU – Ferieninsel und internationale Tagungsstadt:
3400 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen,
Ferienwohnungen und Privatzimmern

Ankunft:
Verkehrsverein, 8890 Lindau (B), Tel. 08382/4035.

LINDAU
BADENWEILER

Der Klügere gibt nach

Bei den Berliner Philharmonikern hängt der Hassgesang noch immer schief. Da hatte man gedacht, durch den freiwilligen Auszug der Klarinetistin Sabine Meyer sei wieder Frieden eingekehrt, die Vorfreude auf den endlich begonnenen Kammermusiksaal füllte ein fröhliches, philharmonisches Optimismus zu haben, doch schon geht der Streit von neuem los (vergl. WELT v. 21. Juni).

Die Fronten sind klar: Chefdirigent Herbert von Karajan will für den Rest seiner Jahre partout weiter mit dem derzeitigen Intendanten Peter Gith zusammenarbeiten, dessen Vertrag bis 1985 befristet ist. Man sollte das verstehen: Karajan wird dann 77 Jahre alt sein, und ihm ohne Not noch einmal einen neuen Geschäftspartner an die Seite zu stellen wäre kaum zumutbar. Aber die Not ist da, und sie ist groß.

Die Musiker des sich selbst verwaltenden Orchesters sind mit ihrem Intendanten längst zerstritten. Ein Mosaik aus kleinen und großen Verärgernissen ist über die Jahre entstanden. Schon der frühere Kunstsenator Kewenig entsprach deshalb dem Votum des Orchesters und teilte Gith fristgemäß mit, daß sein Vertrag nicht über 1985 hinaus verlängert werden würde.

Das Bündel für Kewenigs Nachfolger Volker Hassemer war damit geschnürt, doch der hat es bis heute nicht lösen können. Versöhnung konnte er nicht stiften, und einen Nachfolger für Gith, auf den auch Karajan einlenken würde, fand er bis heute nicht. Konnte ihn wohl auch nicht finden, denn Karajan lenkt nicht ein.

Das Orchester liebt Karajan, will ihn unter keinen Umständen verlieren. Wie sollte es auch, wissen die Musiker doch nur zu gut, daß sie Ruhm und Ruf zu einem ganz großen Teil diesem Chef verdanken. Karajan liebt das Orchester, das sein Gespür ist, wie ein Vater seine Kinder: streng, aber mit Herz. Um Berlin wie um der Musik willen darf dieser gördliche Knoten, der sich da geschürzt hat, nicht mit dem Schwert durchgehauen werden. Wer immer aber letztlich nachgeben wird, das Orchester oder Karajan - er darf sich das Sprichwort zu eigen machen und sich den Klügeren nennen.

Cannes: Sacharow-Film

Eine große Leistung von Jack Gold

Zu einer eindeutigen politischen Demonstration reicht es nicht: Der amerikanisch-britische Film „Sacharow“, der mit Hilfe und unter Mitwirkung von Sacharows Kindern und Enkelkindern kürzlich in England abgedreht wurde (vergl. WELT vom 21. April), kann nicht ins offizielle Rahmenprogramm der Filmfestspiele von Cannes. Immerhin läuft er jetzt in einem kleinen Kino neben dem Festivalprogramm, und eine rege Mund-zu-Mund-Propaganda sorgt dafür, daß sich Zuschauer aus aller Herren Ländern finden.

Es handelt sich um einen regelrechten Spielfilm mit Glenda Jackson und Jason Robards in den Rollen des Ehepaares Sacharow. Aber jedes Detail, das gezeigt wird, entspricht genau der historischen Wahrheit. Und die emotionale Wirkung ist ganz außerordentlich. In der Vorstellung, die wir sahen, blieben die Zuschauer, nachdem das Licht wieder angegangen war, noch minutenlang stumm sitzen.

Regisseur Jack Gold hat eine bemerkenswerte Leistung zustande gebracht. Penibel und sorgfältig werden die einzelnen Entwicklungsetappen Sacharows vom Vater der sowjetischen Wasserstoffbombe zum Menschenrechtskämpfer und Friedensnobelpreisträger nachgestellt, ohne daß je der mindeste Eindruck von Künstlichkeit und Krampf aufkommt. Jede Szene wirkt beklemmend, bis hin zu den Szenen von der Verbannung Sacharows nach Gorki, mit denen der Film schließt.

„Mein Film ist eine politische Geschichte“, sagt Jack Gold. „Er ist aber auch die Geschichte vom einsamen Kampf eines einzelnen Mannes, der, von unerschütterlichem Mut besessen, nicht aufgibt.“ Inzwischen haben Yves Montand, Simone Signoret und 3500 weitere französische Künstler und Intellektuelle die Aufnahme des Sacharow-Films ins Programm des französischen Fernsehens gefordert. Doch Frankreichs Fernsehverantwortliche verstecken sich bisher hinter angeblichen technischen Schwierigkeiten. Der Film sei noch nicht synchronisiert. Dafür erklärte Georges Marchais, Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, im Fernsehen: „Sacharow werde in einem Krankenhaus „gut gepflegt“. Das bedeutet nichts anderes als Zwangsbehandlung. Die Sorgen um das Schicksal Sacharows wachsen - auch unter vielen Besuchern der Festspiele an der Croisette.

CONSTANCE KNITTER

Im Blickfeld: Deutsche Wissenschaft in Italien

Nur Leistung zählt im Palazzo Zuccari

Es sind Oasen des Forscherlebens, keine Elfenbeintürme, aber immerhin wohlbefestigte Palazzi mit gloriose Historie und einem Ambiente, das gediegener wissenschaftlicher Arbeit höchst zuträglich ist. Die deutschen geisteswissenschaftlichen Institute in Italien, die jetzt vom Bonner Wissenschaftsministerium in einer eigens dafür organisierten Kampagne der interessierten Öffentlichkeit nahegebracht werden sollen, haben ihre eigene Tradition. Am Anfang stand der romantische Drang nach Süden, der Traum von der Wiedergewinnung der Antike. Italienreisen glichen damals, im 18. und 19. Jahrhundert, Erkundungsreisen zu den Quellen europäischer Kultur. Kein Wissenschaftler oder Künstler kam ohne sie aus.

Aber warum sollte jeder einzelne jeweils von neuem anfangen? Sollte es nicht möglich sein, das Wissen vor Ort weiterzugeben? Aus solchen Überlegungen entstand 1829 in Rom als erstes der großen deutschen Institute auf dem geschichtsträchtigen Boden des Kapitols das „Istituto di corrispondenza archeologica“, aus dem sich später das berühmte Deutsche Archäologische Institut entwickelte. Auch wenn es inzwischen seine Zentrale in Berlin und weitere Abteilungen in Athen, Istanbul, Kairo, Bagdad, Teheran und Madrid hat, bildet Rom doch noch immer den Kern der Einrichtung, gewissermaßen seine Seele.

Das Haus in der Via Sardegna verfügt über die größte archäologische Spezialbibliothek in Deutschland mit 120 000 Bänden und 771 laufenden Zeitschriften. Das wissen die Italiener, denen die Archäologie keineswegs als Beschäftigung mit ungenutzten Resten der Vergangenheit gilt, zu schätzen. Da die Büchersammlung nur Promovierten und ausgewiesenen Wissenschaftlern offensteht, herrscht hier, trotz regster Benutzung, die gediegene Arbeitsatmosphäre einer feinen Privatbibliothek.

Das Deutsche Archäologische Institut „ressortiert“ übrigens beim Auswärtigen Amt in Bonn, während die anderen Institute auf italienischem Boden, das Kunsthistorische Institut in Florenz und das Deutsche Historische Institut, beide 1888 gegründet, sowie die 1913 gestiftete Bibliotheca Hertziana vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziert werden. Gemessen am Gesamtetat des Ministeriums, aus dem mehr als sieben Milliarden Mark der Forschung, der Großforschung vor allem (Energieforschung mit Reaktorentwicklung, Weltraumforschung, physikalisch-chemische Grundlagenforschung), zugute kommen, nehmen sich die 3,26 Millionen für das Kunsthistorische Institut und die 3,42 Millionen für das Historische Institut (die Hertziana erhält ihre Mittel von der Max-Planck-Gesellschaft und damit nur zur Hälfte vom Wissenschaftsministerium) recht bescheiden aus. Ihre Arbeit wird dadurch ausreichend gesichert. Neuerdings sind sie sogar ein Lieblingskind der Bonner Regierung.

Erst kürzlich nutzte Minister Riesenhuber eine Reise nach Rom zu seinem italienischen Amtskollegen, um im Historischen Institut über die Förderung der Geisteswissenschaften als einem Schwerpunkt der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu re-

ferieren. Dabei klang allerdings auch die Befürchtung an, daß in der Bundesrepublik nicht recht gewürdigt werde, was diese Institute wirklich leisten. Sie produzieren eben selten „Sensationen“. Ihre Bedeutung liegt nicht zuletzt darin, Forschern aus den verschiedensten Disziplinen einen vorzüglichen Apparat wissenschaftlicher Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Das Florentiner Institut und die Hertziana besitzen beispielsweise Fachbibliotheken mit jeweils mehr als 150 000 Bänden und Phototheken mit etwa 400 000 wissenschaftlichen Aufnahmen von italienischen Kunstwerken seit der Antike. Sie wurden damit auch international zu hochgeschätzten Zentren der Forschung über die Kunst Italiens.

Aber natürlich begnügen sich die Institute nicht mit solchen „Hilfsdiensten“. Sie arbeiten selbst an Projekten, die ihnen in Italien schon heute Anerkennung einbringen. So erschließt das Kunsthistorische Institut u. a. mit seinem „Siena-Projekt“ seit 1977 die Bau- und Kulturgeschichte der Kirchen in Siena. Das Historische Institut ediert mit dem Repertorium Germanicum und den Numismata Germanica aus den Archiven des Vatikan wichtige Quellen zur deutschen italienischen Geschichte. Und die Bibliotheca Hertziana rückt erst unlängst ins öffentliche Bewußtsein, weil die bemerkenswerte Ausstellung „Raffaels Architekt“ (s. WELT v. 21. 3.) wesentlich auf den Forschungen eines der beiden Direktoren, Christoph Frommel, basiert.

Daneben laufen eine Fülle kleiner Vorhaben, über die italienische Kunst, über die politischen Beziehungen zwischen den deutschen Ländern und Italien und über das Römische Reich und seine Nachwirkungen. Die Voraussetzungen für derartige Arbeiten sind vorzüglich. Abseits vom politisierten, in Gremien zersplitterten Universitätsbetrieb in Deutschland können sich die Wissenschaftler im Florentiner Palazzo Capponi, in Roms traditionsreichem Palazzo Zuccari oder im Neubau des Historischen Instituts an der Via Aurelia Antica ganz auf ihre Forschungen konzentrieren.

Dem Besucher fällt immer wieder das ausgeprägte Traditionsbewußtsein dieser Institute auf. Man ist stolz, Schüler eines anerkannten Wissenschaftlers zu sein, sein Werk fortzusetzen, in einer Überlieferung zu stehen, die sich durch Schicksalsschläge und politische Opportunitäten nicht ablenken läßt. Hier ist, so scheint es, die wissenschaftliche Welt noch in Ordnung, weil allein die Leistung zählt. Die Ansprüche an die Historiker und Kunsthistoriker nicht immer leicht, Stipendien zu finden. Die klassischen Sprachen sind dem akademischen Nachwuchs nicht mehr unbedingt vertraut, und auch das Italienische ist ihm nicht allgemein geläufig.

Aber gerade wegen der hohen Ansprüche, die sie stellen: Die deutschen geisteswissenschaftlichen Einrichtungen in Italien erweisen sich auch heute noch - so exotisch und esoterisch sie auf den ersten Blick scheinen mögen - als ein solches Bauwerk, das zu bewahren der deutschen Forschungspolitik gut ansteht.

PETER DITTMAR

Das Philadelphia Orchestra auf Europa-Tournee

Bunte Postkartengrüße

Ein Orchester im Umbruch. Stephen Sell, Executive Director des Philadelphia Orchestra, gibt unumwunden zu, daß man nach 44 Jahren mit Eugene Ormandy als Chefdirigent nun mit Riccardo Muti auf der Suche nach einem neuen Orchesterstil sei. Mit Muti geht Philadelphia's Elite-Ensemble jetzt zum zweiten Mal innerhalb von zwei Jahren auf Europa-Tournee. Sie führt die amerikanischen Musiker in 17 Tagen von München nach Wien, London, Berlin (1. Juni), Paris und in sechs italienische Städte. Eine Tour de Force, die das Orchester, wie es Stephen Sell in München vorrechnet, 2,8 Millionen Mark kostet.

Kartenpreise von 40 bis 140 Mark führten denn auch dazu, daß die Münchener Abende des Philadelphia Orchestra nicht ausverkauft waren. Und das, obwohl für den ersten Sviatoslav Richter angekündigt war, der Ravels Klavierkonzert für die Inke Hand spielen sollte. Leider bekam Richter am Tage des Konzerts Herzbeschwerden und sagte ab. Statt dessen gab es de Fallas „Drei-Spitze“-Suite.

Sie wurde unter Riccardo Muti zu einer knallig bunten Folklore-Postkarte: Tempoverschiebungen, wo strikter Rhythmus erforderlich gewesen wäre, pauschale Brillanz, wo es klanglicher Abstufungen bedürft hätte. Auch in den „Zwei Bildern“ von Bartók wirkte Muti kaum überzeugend: Weder die impressionistischen Farben des ersten noch die tänzerische Wucht des zweiten Bildes wollten sich so recht einstellen.

Nun ist Riccardo Muti gewiß ein

temperamentvoller und virtuoser Orchester-Dompteur. Und so machten César Francks Symphonie in d-Moll und die Ausschnitte aus Prokofjews „Romeo und Julia“-Ballett ungleichen Eindruck. Wie die Philadelphia's etwa die Tybalt-Szenen in der „Romeo und Julia“-Musik spielen, mit welcher aggressiver Kraft der Blechbläser, mit welcher atemberaubenden Perfektion der Streicher - das macht ihnen sicherlich kein Orchester der Welt heute nach. Allerdings: César Franck klang hier mehr nach Wagner und Hollywood, als es den Noten gut getan hätte.

Bleibt als Ereignis der beiden Münchener Konzerte Mahlers 1. Sinfonie. Ein Stück, mit dem das Orchester unter Muti schon vor gut einem halben Jahr in Deutschland zu hören war und das auch von Mutis Vorgänger, Eugene Ormandy, gern auf Konzerten aufgeführt wurde. Wohl deshalb, weil hier die Ausnahmequalität des Orchesters besonders gut zur Geltung kommen, die grandiose Ausdruckskraft der Cello, das herrlich brillante Blech, die sensibel musizierenden Holzbläser.

Unlängst äußerte Münchens eigenwilliger Generalmusikdirektor Sergiu Celibidache, daß in den amerikanischen Orchestern zwar gute Techniker, aber keine guten Musiker säßen. Philadelphia-Manager Stephen Sell kann angesichts der Münchener Ovationen für seine Musiker dazu nur lachen: „Wir würden Celibidache ohnehin nicht einladen. Denn 17 Proben könnten wir ihm gar nicht bezahlen.“

VOLKER BOSER



Feines Gespür für absurde Bildmischungen: „Die Witwe“, Collage aus Illustrationsstichen des 19. Jahrhunderts von Franz Roh, aus der Nürnberger Ausstellung

FOTO: KATALOG

Zwischen Gruseln und Lachen: Nürnberg zeigt Collagen von Franz Roh

Bayerns Löwe vor dem Unterleib

Er war hochgeschätzt als Kunstkritiker und Kunsthistoriker. Er verfaßte vielbeachtete Werke über Dürer, Breughel und Rubens, schrieb große kunsthistorische Abhandlungen wie die „Geschichte der deutschen Kunst von 1900 bis zur Gegenwart“ und hatte ein besonderes Faible für Fotografie. Doch das war nicht der ganze Franz Roh (1890-1965). In seinem Inneren gab es einen versteckten Winkler, der ihn auf kreative Nebenwege lockte. Das führt jetzt, fast zwanzig Jahre nach seinem Tode, die Nürnberger Kunstgalerie mit seinen Collagen vor.

Rohs Gespür für absurde, groteske Bildmischungen, seine Vorliebe für das Irrationale mag mit seiner Kindheit zusammenhängen, die den Psychoanalytiker das rechte Futter zu liefern scheint: die Mutter, allem Künstlerischem zugetan, hochmusikalisch, hyperästhetisch und Vegetarierin; der Vater ein Textilfabrikant, ein Tannenhändler und ein großer Fleischesser. „Von Kindesbeinen an hatte ich eine zerstückte und doch zusammenhängende Welt erfahren“, schreibt Franz Roh. Und später heißt es: „Auf meinem Tisch lag ein großes Durcheinander.“

Zerstören und erhalten - U. Rückriems „Teilungen“ im Frankfurter Stadel

Wie ein Obelisk am Museumsufer

Ulrich Rückriem ist für Frankfurt keine neue Erfahrung. Und der bescheiden-epidiotische Titel „Ulrich Rückriem - Skulpturen“ für die Ausstellung im Stadel scheint mehr zu versprechen, als dann gehalten wird. Denn im ganzen sind nur sechs Arbeiten zu sehen. In enger Zusammenarbeit zwischen Künstler und Museumsleitung - für Klaus Gallwitz und Ulrich Rückriem ist es die fünfte gemeinsame Ausstellung - entstand jedoch eine sehr pointierte, für diesen Ort speziell zugeschnittene Werkchau, deren Gelingen sicher nur durch ein tiefes gegenseitiges Verständnis garantiert war. So wäre ohne die einflussreiche Übernahme von Rückriems Proportions- und Symmetrieverhältnissen und ohne den Einfluß seiner stark reduzierten, lapidaren künstlerischen Sprache auf das Ausstellungs-konzept selbst die Wirkung dieser regelrechten Inszenierung sehr viel geringer.

Die Arbeiten des mittlerweile weit bekannten Bildhauers, zumal die ins Monumentale und zu architektonischen Gebilden sich steigenden der letzten Zeit, brauchen Raum. Der ist ihnen in Frankfurt gegeben. So hat die große Stiele am Mainufer die gesamte Fassade des Gebäudes, der sie axial-symmetrisch zugeordnet ist, als großartige Kulisse zur Verfügung, und die zwei fast gleichen, sich gegenüberstehenden Granitblöcke im Garten enthalten ihre Kraft vor der ausgedehnten Rückfront. Die Bodenskulpturen im Innern wiederum

scheinen sich der beiden Parterrehallen regelrecht zu bemächtigen. Rückriems „Ausdehnung“ im Stadel reicht bis zu zwei frühen Porträtbüsten im 1. Obergeschoß, die zum ständigen Ausstellungsinventar gehören. Dieses verstreute, mit einem Blick nicht überschaubare Ausstellungs-konzept, das den Besucher sozusagen auf die Suche schickt, zu Rückriems Arbeiten gut. Denn sie brauchen sowohl die Isolierung als auch die gestaltete, „zivilisierte“ Umgebung, um ihre spezifische Dialektik entfalten zu können. Es sind ja keine spektakulären Überraschungseffekte, die diese konzentrierten Arbeiten auszeichnen, sondern ein leiser, intimer, geradezu ehrfurchtsvoller Dialog des Künstlers mit seinem Material.

Das Natürlich-Unbearbeitete und das Kultiviert-Geordnete sind dabei stets gleichgewichtig. Bereits von der gegenüberliegenden Main-Seite und von den Brücken aus markiert eine hoch aufragende Steinstele, die von weitem zunächst als unbearbeiteter Monolith erkennbar ist, das Gebäude am Museumsufer. Erst beim Herantreten werden die Eingriffe, die Arbeitsvorgänge des Künstlers sichtbar, die jene zehn Meter hohen Steinquadern zu einer Skulptur erheben. Ein Leitmotiv Rückriems seit vielen Jahren wird hier exemplarisch demonstriert: das der Teilungen. Seine Kunst besteht darin, die natürliche Einheit des Steines zu bewahren und zugleich aufzubrechen. Das geschieht nicht zufällig, sondern nach klaren,

klassisch anmutenden Proportionsverhältnissen - in diesem Fall sind es fünf gleiche Steinsegmente. Der unterste Steinquader wurde größtenteils in den Boden versenkt, wodurch das herausragende Viertel als eine Art bündige Sockelzone auszumachen ist.

Wirkte diese gewaltige Steinmasse von weitem als ein gegenstandsloses Monument, als eine Art Obelisk, so bietet die Nahsicht ein faszinierend lebendiges Wechselspiel: hier eine Vielzahl regelmäßiger kleiner Löcher - die Spuren des Bohrers und damit des Gestalters -, dort eine unregelmäßige Spaltader, die die Individualität des Steines vergegenwärtigt. Perfekt vereinen sich die positiven und negativen Steinsegmente erneut zu einem Ganzen. „Hellgrauer finnischer Granit“ lautet sein Name.

So zurückhaltend wie die Titelgebung ist auch Rückriems künstlerische Sprache: behutsam, reduziert, gleichwohl der sogenannten Minimal-art nur bedingt verwandt. Das „Steinvolle“ des Steins und die zentralen Themen seines Schaffens. Es ist das Bestehen auf der sinnlichen elementaren Qualität des Materials einerseits und andererseits die eindeutige Hinwendung zum klassischen Maß und zur denkmalhaften Statuiertheit zu gültigen Elementen großer Kunst also. Beides kommt in der Ausstellung hervorragend zur Geltung. (Bis 19. August, Katalog 20 Mark)

MARIANA HANSTEIN

Auf Harnoncourts Spuren: Frans Brüggen und seine originalen Klangbilder

Mit hell zirpendem Hammerklavier

Die Frage nach dem Sinn, Musik aus vergangenen Jahrhunderten mit authentischem und also nicht einem modernen Instrumentarium aufzuführen, ließe sich natürlich auch so stellen: Sollte man heute noch mit der Postkutsche über die Alpen fahren und die Butter vor Fenster statt in den Eisschrank stellen?

So sind denn auch die meisten Bemühungen um ein originales Klangbild mehr von musikhistorischem als von ästhetischem Reiz. Kluge Leute haben dafür stets plausible Argumente zur Hand. Etwa Nikolaus Harnoncourt, wenn er meint, daß jede Zeit genau jene Instrumente besaß, die der Musik der jeweiligen Epoche am besten gerecht wurden.

Einmal mehr kann jetzt vor Ort überprüft werden, inwieweit solche Behauptungen berechtigt sind. Der holländische Flötist Frans Brüggen ist derzeit mit seinem „Orchester des XVIII. Jahrhunderts“ auf Deutschland-Tournee. Das Ensemble, 1981

gegründet und in Amsterdam beheimatet, besteht aus gut drei Dutzend Musikern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Werke von Haydn, Mozart und Beethoven so zu interpretieren, wie es zu Lebzeiten der Komponisten üblich war. Wenn auch Brüggen's Dirigierbewegungen an Ungelenkigkeit kaum zu überbieten sind, so werden sie doch vom Orchester in ihrer Bedeutung genau verstanden.

Haydns Sinfonie Nr. 90 macht einen respektablen Eindruck. Zwar irritiert anfangs der etwas „seifige“ Streicherton, doch immerhin: Die holländischen Musiker sind mit bemerkenswerter Frische und Souveränität am Werk. Innen mündig, technisch weit weniger als andere Ensembles, die auf authentischen Instrumenten spielen. Den Holzbläsern und Hörnern kann man sogar bescheinigen, daß sie ausgesprochen virtuos agieren.

In Beethovens 1. Sinfonie, die zum

JOURNAL

Zentralmuseum oder viele Heimattuben?

DW, Mainz
Soll die Erinnerung an das kulturelle Erbe des deutschen Ostens in einem Zentralmuseum oder in einer Reihe von regionalen Erinnerungsstätten gepflegt werden? An dieser Frage schieden sich die Geister bei der Jahrestagung des Deutschen Museumsbundes, die bis Donnerstag in Mainz stattfindet. Der Vorsitzende des Museumsbundes, Christoph B. Rüger, wandte sich gegen das gegenwärtig „von Bund und Ländern praktizierte Gießkannenprinzip“ vieler über die Bundesrepublik verteilter, kleiner Museen, die nichts anderes als „überdimensionierte Heimattuben“ seien. Demgegenüber gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, zu bedenken, daß sich Bundes- und Landesbehörden sowie die Repräsentanten der Vertriebenen gegen eine zentrale Einrichtung ausgesprochen hätten, weil dann alle Vertriebungsgebiete nur kurz behandelt werden könnten.

Intendantenwechsel in Essen und Ost-Berlin

dpa, Essen/Berlin
Manfred Mützel (41), bisher Generalintendant in Aachen, wird neuer Gesamtintendant der Bühnen der Stadt Essen. Sein Aachener Vertrag erlaubt es Mützel, das neue Amt sofort anzutreten. Er löst damit David Esrig bzw. (seit 8. Mai) Ilka Boll als kommissarische Leiter ab. In Ost-Berlin wird der Intendant der Deutschen Staatsoper, Hans Fischer, nach über 20jähriger Amtszeit am Ende der laufenden Spielzeit aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden. Zum Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter, Günther Kinkus, berufen.

Rathenow-Stück erstmals in der „DDR“

AFP, Leipzig
Der „DDR“-Schriftsteller Lutz Rathenow, dessen erste Bücher nur in der Bundesrepublik erschienen konnten, wird am 3. Juni mit der Aufführung seines Stückes „Keine Tragödie“ im Leipziger Studententheater seine „Heimattubens“ erleben. Der 32jährige Autor sieht darin ein ermutigendes Zeichen, daß er erstmals einen für ihn wesentlichen Text in der „DDR“ vorstellen kann. Die Leipziger Fassung ist jedoch erheblich über den ursprünglichen Text hinaus erweitert worden. Das Stück will politische Manipulation an Menschen - im offiziellen Programmheft heißt es: durch den „Imperialismus“ - in grotesker Überhöhung zeigen. Nach Rathenow führe das Stück jene vor, die sich widerspruchsvoll einordnen lassen in das Geflecht gesellschaftlicher Normen.

Lyrik-Seminar mit Günter Kunert

DW, Greifensee
„Lyrik. Lyriker. Lyrikleser“ heißt das Thema des 2. Literatur-Seminars, das die Kultur-Werkstatt am Ammersee, Greifensee, vom 28. Mai bis 2. Juni veranstaltet. Die Leitung obliegt Günter Kunert. Das erste Literatur-Seminar mit dem Thema „Vom Handwerk des Schreibens und über die Kunst des Lesens“ (Herbst 1983) hatte eine so große Resonanz, daß es vom 20. bis 28. September wiederholt wird.

Zehn Jahre Corinth-Preis

DW, Esslingen
Seit zehn Jahren verleiht „Die Kunstergilde“ den Lovis-Corinth-Preis an Maler, Graphiker und Bildhauer, die durch ihr Leben und Wirken mit den deutschen Kulturlandschaften Mitteldeutschlands und des Ostens verbunden sind. Aus Anlaß dieses Jubiläums ist in der Villa Merkel in Esslingen bis zum 3. Juni eine Ausstellung der Preisträger zu sehen.

Hohepunkt des Münchener Tourneebeginns wurde, imponieren die Tempel, die straff sind bis an die Grenze der Spielbarkeit, vom Orchester aber ohne Mühen bewältigt werden. Daß das aufgetragene Klangbild sinfonischen Nebel verhindert, vernahm man dankend.

Wo solch historischem Musizieren Grenzen gesetzt sind, das zeigte indessen Mozarts Klavierkonzert KV 491. Abgesehen davon, daß der amerikanische Solist John Gibbons alles andere als ein begnadeter Mozartpianist zu sein scheint, ist der dünne, zirpende Klang des Hammerklaviers nun wirklich nicht dazu geeignet, einem Bösendorfer-Flügel das Wasser zu reichen. Auch wenn es Mozart nicht anders kannte: Wer tuckert heute schon noch mit einem Propellerflugzeug über den großen Teich?

HANS MARTIN

Weitere Konzerte: Heute in Köln, 24. 5. Bremen, 25. 5. Hamburg, 27. 5. Bonn.

Flucht der Gangster endete in Bremen

Geiselnahme gefaßt / Coup von langer Hand vorbereitet?

AP, Celle
Die beiden mutmaßlichen Geiselnahme, der 27-jährige Peter Strüding und der 32-jährige Norman Kowolnik, die am Montag morgen in der Justizvollzugsanstalt Celle 1 in den Justizbediensteten in die Gewalt genommen hatten und mit 300 000 Mark durch Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geflüchtet waren, sind gestern mittig in Bremen festgenommen worden.

In dem Geiseldrama hatten die beiden entlassenen Strafgefangenen gestern vormittag eine ihrer beiden Geiseln freigelassen. Wie die Polizei in Celle mitteilte, wurde der 37 Jahre alte Justizbeamte Martin T., mit dem sie aus der Haftanstalt Celle entkommen waren, in der Nähe von Diepholz (Niedersachsen) gefunden. In der Gewalt der beiden Häftlinge befand sich daraufhin weiterhin noch ein Mann, den die Gangster im Lauf der Nacht in Osnabrück als Geisel genommen hatten. Eine Großfahndung der Polizei im Raum Münster/Osnabrück war indes erfolglos geblieben. Die beiden Flüchtlinge hatten sich in halbschwarzem Fahrzeug den Verfolgern entziehen können.

Das Geiseldrama hatte am Montag morgen in der Zeller Vollzugsanstalt I begonnen. Ein 27-jähriger mehrfach vorbestrafter und zuletzt zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilter Gefangener hatte zusammen mit einem 32 Jahre alten Komplizen den Vollzugsbeamten mit Hilfe einer selbstgebasteten Schrotflinte in seine Gewalt gebracht.

300 000 Mark und ein schnelles Auto

Die beiden Häftlinge verbarrikadierten sich mit ihrem Opfer in einem Wachraum, der nur von innen geöffnet werden konnte und zu dem es keinen Sichtkontakt gab. Über Telefon forderten sie 300 000 Mark Lösegeld und ein schnelles Fluchtauto. Andernfalls würde die Geisel erschossen und zusätzlich eine Sprengladung gezündet.

Gegen 23.00 Uhr stellte die Polizei das Geld zur Verfügung und führte die beiden Gangster und ihre Geisel

zu einem vor dem Gefängnis bereitgestellten BMW. Mit diesem Wagen rasten die Männer davon. Der Vollzugsbeamte, dem die beiden Flüchtlinge den Sprengstoff um den Hals gebunden hatte, mußte das Auto steuern.

Zunächst konnte die Polizei das Fluchtauto verfolgen. Die Fahrt ging über Hannover in Richtung Bremen, dann nach Osnabrück. Hier steuerte der Wagen zu mitternächtlicher Stunde das Krankenhaus an. Der Haupttäter schien sich in der Umgebung bestens auszukennen.

Nebel verhinderte die Verfolgung

Als bald darauf ein privater BMW 323i (Kennzeichen nach Angaben der Polizei ST - WW - 89, Farbe Rot) vorfuhr, dessen Fahrer einen Patienten in der Ambulanz des Krankenhauses abließ, schnappten sie sich diesen Fahrer und zwangen ihn, in seinem eigenen Wagen die Flucht fortzusetzen.

Mit den beiden Ausbrechern und nunmehr zwei Geiseln an Bord ging es zunächst nach Bad Iburg. Hier verlor die Polizei wegen dichten Nebels den neuen Fluchtwagen aus den Augen. Wenig später wurde das Fahrzeug dann bei Münster wieder gesichtet. Offenbar ging die Fahrt anschließend in Richtung Norden. Die Polizei liegt auf halber Strecke zwischen Osnabrück und Bremen.

Nicht mehr auszuschließen ist, daß es sich bei der zweiten Geisel um einen Komplizen handelt. Nach Auskunft des Osnabrücker Ambulanzpersonals soll sich der Mann freiwillig als Geisel zur Verfügung gestellt und den Koffer mit dem Lösegeld von einem Auto zum anderen getragen haben. Die Polizei war von vornherein davon ausgegangen, daß es sich bei dem Geiseldrama um ein von langer Hand vorbereitetes Ganovenstück handeln dürfte.

Der freigelassene Vollzugsbeamte, den die Entführer mit Handschellen an einem Baum bei Diepholz gefesselt hatten, ist nach Angaben der Polizei unverletzt aufgefunden worden.

Schweres Beben in China

Experten verblüfft über Standort des Epizentrums

AP/Rtt, Peking

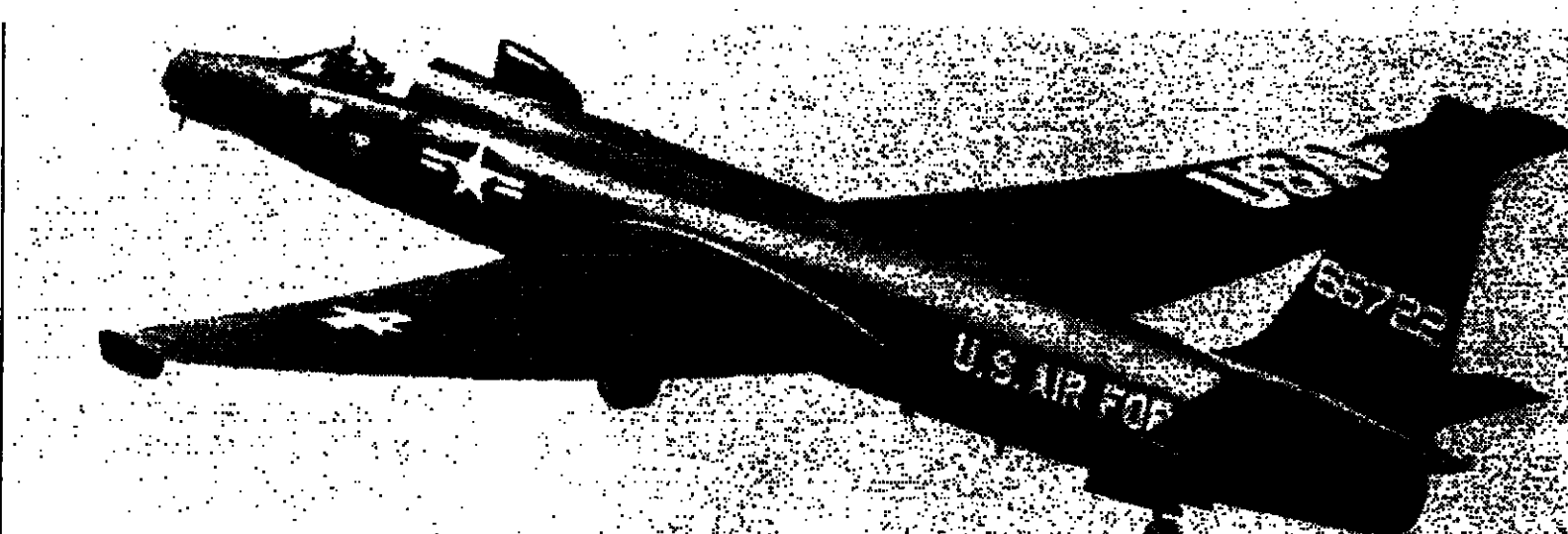
Die südchinesische Provinz Jiangsu ist in der Nacht zum Dienstag von einem schweren Erdbeben mit der Stärke 6,2 auf der Richterskala heimgesucht worden. Menschen kamen offenbar nicht ums Leben. Auch größere Sachschäden wurden bisher nicht gemeldet. Das Epizentrum lag 120 Kilometer nördlich der Küstenstadt Rudong im Gelben Meer.

In der zwölf-Millionen-Stadt Shanghai waren die Erschütterungen nach Auskunft des stellvertretenden US-Konsuls Wiedemann noch stark genug, „um die Bilder an den Wänden schuppen zu lassen“. In Nanjing stürzten die Einwohner auf die Straße, als das Beben nachts um 23.37 Uhr einsetzte.

Das Beben von Jiangsu hat die Experten überrascht. In geschichtlicher Zeit haben sich in dieser Region, die das Mündungsgebiet des Yangtze umfaßt, lediglich vier schwere Beben ereignet, davon allerdings kein einziges mehr in der Neuzeit. Das jüngste heftige Beben in China fand in der nordchinesischen Provinz Shandong im vergangenen November statt, wo mindestens 326 Menschen ums Leben kamen und 2800 verletzt wurden. In der Region forderte das verheerende Katastrophen von 1976 mehr als eine Viertelmillion Opfer. Genaue Zahlen sind nicht ermittelt worden. Westliche Experten gehen von 400 000 bis 750 000 Opfer aus.

Ein Jahr zuvor war es chinesischen Experten zum ersten Male gelungen, ein Beben nach Zeit und Ort vorherzusagen. Die Bevölkerung konnte rechtzeitig evakuiert werden. Die Erdbebenforschung, die auch in den USA und in Italien mit Hochdruck betrieben wird, ist in China relativ weit fortgeschritten und schließt meteorologische Anzeichen, Erfahrungen aus der Verhaltensforschung bei Tieren und geologische Erkenntnisse ein.

In Berichten über Erdbeben wird die Stärke der Erdstöße in nützlichen Zahlen registriert. Die Meßarten, die Richter- und die Mercalliskala, sagen dem Laien dabei meistens wenig. Die nach oben offene Richterskala beschreibt die Stärke des Stoßes im unterirdischen Herd, die zwölfstufige Mercalliskala trifft Aussagen über seine Wirkung. Jeder Punkt der Richterskala bedeutet dem Vorpunkt gegenüber eine zehnfache Verstärkung. Diese Meßmethode ist jedoch nur aussagekräftig, wenn die Tiefe des Herdes bekannt ist. Die Mercalliskala umfaßt die Stufen eins („unmerklich“) bis zwölf („verheerende Katastrophen“). Die jüngsten italienischen Beben erreichten auf dieser Skala acht Punkte, wohingegen für das chinesische Erdbeben von 1976 die Höchstpunktzahl gemessen wurde.



Jahrzehntelang aus den Schlagzeilen verschwunden, aber immer noch an der Aufklärungsfront tätig: die U 2. Einsätze über dem feindlichen Ausland sind inzwischen allerdings überflüssig geworden.

Die sagenhafte U 2 ist immer noch im Dienst

24 Jahre nach dem Abschluß dieses Typs macht der US-Aufklärer durch einen Absturz wieder von sich reden

RÜDIGER MONIAC, Bonn
24 Jahre liegen zwischen den Ereignissen, in die jeweils das sagenumwobene amerikanische Aufklärungsflugzeug vom Typ U 2 verwickelt war. Was gestern morgen über Südkorea mit der U 2 geschah, ist im Vergleich mit dem Vorgang vom Mai 1960 nachgerade unbedeutend. Diesmal stürzte ein Flugzeug dieses Typs bei einem Routineflug, wie ein US-Luftwaffen-sprecher mitteilte, in der Nähe von Osn südlich von Seoul ab. Der Pilot überlebte.

Am 2. Mai 1960 stürzte ebenfalls eine U 2 ab, allerdings nicht aufgrund eines technischen Fehlers, sondern getroffen von einer sowjetischen Luftabwehrrakete. Gary Powers, der amerikanische Offizier im Cockpit des seinerzeit modernsten Aufklärungsflugzeuges, hatte den Auftrag, Militäranlagen in der Sowjetunion aus großer Höhe zu fotografieren. Eine sowjetische Rakete mit einer Sprengkopf traf seine Maschine. Powers, inzwischen verstorben, konnte sich retten. Der damalige KP-Generalsekretär Chruschtschow nutzte den Abschluß, um sein in Paris geplantes Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower platzen zu lassen. Vorgeplänkel für ein Kräftemessen zwischen den beiden Supermächten, das im November 1962 in die Kuba-Krise führte, die erste Konfrontation der beiden Atom-mächte, die die Welt erschütterte.

Das Ereignis dieser Woche zeigt aber, daß die U 2, obwohl in ihrer Konzeption als Aufklärungsflugzeug längst veraltet, den US-Streitkräften weiter gute Dienste leistet. Auch heute noch machen die USA mit diesem Typ, wie es Fachleute ausdrücken, strategische Aufklärung. Allerdings dringt die Maschine dazu nicht mehr auf fremdes Territorium vor. Sie operiert in Höhen von über 20 Kilometern und kann von diesem „Hochsitz“ aus mit ihren „Sensoren“ tief in jedes Territorium hineinblicken und -hören. Großräumige Bewegungen von Streitkräften in der Größenordnung von Divisionen bleiben dem schwarz gestrichelten Späher mit dem Aussehen eines großen Segelflugges nicht verborgen. Das gab es in Korea zu ihren Hauptaufgaben.

Sie hat sich damit in den letzten zwei Jahrzehnten sehr verändert. Dies aber ist der stürmischen Entwicklung der Satellitentechnik zu verdanken, ohne die die gegenseitige Überwachung der Weltmächte heute nicht mehr denkbar wäre. Schon vor dem spektakulären Abschluß der U 2 hatte der CIA die eigene Regierung davon überzeugt, daß die von Flugzeugen gelieferten Aufklärungsergebnisse auf lange Sicht nicht ausreichen würden, um die Entwicklung der sowjetischen Streitkräfte zuverlässig analysieren zu können. Aber waren es nicht die USA, die den ersten Schritt in den Weltraum taten. Als am 4. Oktober 1957 die Sowjetunion den ersten künstlichen Erdbahnen „Sputnik 1“ in eine Umlaufbahn schob, hielt die Welt den Atem an. Dies Ereignis beschleunigte die Entwicklung von US-Satelliten um einiges.

Soweit sich die Supermächte heute in die Karten schauen lassen, läßt

sich sagen, daß die moderne Aufklärungstechnik aus dem Weltraum einen Stand kaum mehr überbietet. Schnelligkeit und Präzision erreicht hat. Das gilt jedenfalls mit Sicherheit für die USA. Ohne mit der Souveränität des überlegenen Landes in Konflikt zu geraten - der Weltraum gilt als frei wie der Ozean - umkreisen Foto-satelliten die Erde. Ihre Umlaufbahn führt über beide Pole, so daß sie alle 24 Stunden dasselbe Erdgebiet fotografieren können.

Eine Videokamera mit Zoomobjektiv überträgt die aufgenommenen elektronischen Bilder über eine von anderen Satelliten gebildete Relaisstrecke direkt zum Boden und von da aus direkt ins globale Lagezentrum. Mit Computern werden die elektrischen Signale von technisch nicht vermeidbaren Rauschen „geäubert“, gespeichert und im Bedarfsfall auf große Darstellungsgeräte projiziert. Die Anlagen sind inzwischen derart hochentwickelt, daß der Computer von sich aus auf Veränderungen hinweist.

LEUTE HEUTE

Neue Hüllen

Gegen die Toilette der Carringtons aus Denver wirkten die Ewings aus Dallas geradezu ärmlich. Das soll sich ändern. Für den Bildschirm-Clan engagierte die Produktionsgesellschaft Lorimar den Ex-Modeschöpfer von Marilyn Monroe, William Travilla (59). Seine Kreationen waren ferner in den „Liebesabenteuern des Don Juan“ 1949 bereits einen „Oscar“ und 1980 einen „Emmy“ des amerikanischen Fernsehens wert.

In der Sackgasse

Carl Bernstein, als Reporter der „Washington Post“ durch die Aufdeckung des Watergate-Skandals zu Weltruhm gekommen, ist arbeitslos. Die mächtige US-Fernsehgeseilschaft ABC hatte Bernstein 1981 zu ihrem Washingtoner Bürochef ernannt - mit 400 000 Mark Jahres-salar. Bereits ein Jahr später wurde er als Chef wieder abgesetzt, erhielt nominell aber einen anderen Posten, auf dem ihm jetzt gekündigt wurde. Der Zeitungsmann Bernstein erwies sich dem Fernsehjob nach Ansicht der ABC nicht gewachsen. Schon seine frühere Frau, die Schriftstellerin Nora Ophron, charakterisierte ihn in ihrem Buch wenig schmeichelhaft.

Mutterglück

Patricia „Patty“ Hearst (29), Verlegetochter mit zwiespältiger Vergangenheit als Terroristin, erwartet ihr zweites Kind. Ihr Mann Bernhard Shaw, ehemaliger Polizist und Leibwächter der Milliardenerbin, avancierte inzwischen im Konzern des Schwiegervaters zum Sicherheitschef.



Anita Garibaldi Joliet



Giuseppe Garibaldi



Anita Garibaldi Hibbert

Streit der Garibaldis ergötzt ganz Italien

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Nationalheld Giuseppe Garibaldi, zu Lebzeiten als Sanguiniker gefürchtet, wäre als Zeuge des wilden Streits zwischen zwei seiner Ur-enkelinnen wahrscheinlich explodiert. Beide tragen den Vornamen Anita zu Ehren ihrer Urgroßmutter, der Brasilianerin Anita Ribeiro da Silva, Garibaldis todesmutiger Mitstreiterin und erster Gattin.

Giuseppe Garibaldi, dem Italien seine Einheit verdankt, wird im Volksmund „der Held der beiden Welten“ genannt, weil er vor dem siegreichen Befreiungskampf in seiner Heimat eine abenteuerliche revolutionäre Karriere in Südamerika hinter sich hatte. Aus seiner Ehe mit Anita stammten Menotti, Teresa und Ricciotti Garibaldi. Ricciotti hatte 10 Kinder, darunter Sante und Ezio, die Väter der beiden heute zerstrittenen Anitas.

Der Ärger begann damit, daß Italiens Republikanische Partei Anita Garibaldi-Joliet in ihre Kandidatenliste für die bevorstehenden Wahlen zum Europa-Parlament aufnahm. Hiergegen polemisierte kein Geringerer als der sozialistische Parteisekretär und derzeitige Ministerpräsident Bettino Craxi. Er erklärte, die einzig qualifizierte Anita Garibaldi sei die sozialistische Kongreßdelegierte Anita Garibaldi-Hibbert, Tochter von Ezio. Besagte sozialistische Anita griff ihrerseits die republikanische Cousine heftig an und bestritt deren italienische Staatsangehörigkeit. Sie habe nach ihrer Eheschließung mit Monsieur Joliet das Recht verloren, für Italien in das Straßburger Parlament einzuziehen, zumal obendrein in ihren Adern kein echtes Garibaldi-

Blut fließe. Onkel Sante habe sie nicht gezeugt, sondern adoptiert.

Empört erwiderte die derzeit angegriffene Anita: „Meine Cousine muß einen Sonnenstich bekommen haben. Bis vor kurzem waren wir noch befreundet. Jetzt faßt sie ein Zeug zusammen, daß einem angst und bange werden kann.“ In ihrer Entgegnung stellt sie fest, sie habe - erstens - nie auf ihre italienische Staatsangehörigkeit verzichtet, sei - zweitens - eine richtige und keineswegs adoptierte Tochter von Sante Garibaldi, dem Widerstandskämpfer, den die Gestapo 1942 verhaftet und deportiert habe.

Ihr Vater sei nach seiner Befreiung an den Folgen der KZ-Haft gestorben und habe von der französischen Regierung den Generalsrang „post mortem“ verliehen bekommen. Drittens könne man sie seit vielen Jahren als militante Kämpferin der Europa-Bewegung, weshalb sie mit Flug und Recht auch für dieses Parlament kandidiere.

Die Parteiblatte der Sozialisten und der Republikaner in Italien nehmen emsig an dem Amazonas-Klein-krieg Anteil. Sie verheißten jeweils die patriotische Vergangenheit der beiden Anita-Väter, des Ezio in Italien und des Sante in Frankreich. Auch Ezio soll, wie sich nunmehr herausgestellt hat, analog zu Sante in die Fänge der Gestapo gefallen sein. Welcher der beiden Patrioten mehr Ruhm im Kampf gegen Nazis und Faschisten verdient, bleibt offen. Offen bleibt auch - wenigstens bis zur Wahl - welche der beiden streitbaren Anitas im Endeffekt das Erbe des heroischen Uropas besser zu verwerten verstand.

Arztbesuch zur Arbeitszeit kann Geld kosten

dpa, Kassel

Arbeitnehmer, die während der Dienstzeit einen Arzt aufsuchen, haben nicht in jedem Fall Anspruch auf Lohnfortzahlung. Wenn die Erkrankung keine Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat und lediglich die Termin-gestaltung des Arztes den Lohnaus-fall verursacht, geht nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts der Besuch zu Lasten des Arbeitnehmers. (AZ 5 AZR 455/81 v. 29. Februar 1984). Die Richter wiesen die Revisions-klage eines Fräasers zurück, der für einen Zahnarztbesuch seine Arbeit für knapp zwei Stunden versäumt hatte. Er verlor fünf Tage zuvor aus einem Zahn eine Plombe und hätte einen Termin außerhalb der Arbeits-zeit erst drei Wochen später bekom-men können. Die Kasseler Richter hoben hervor, daß das Lohnfortzah-lungsgesetz und die tarifvertragli-chen Regelungen diesen Fall nicht abdeckten. Sie hätten nur für Erkran-kungen, die während oder kurz vor der Arbeit aufgetreten seien, Gültig-keit.

Großstadtdschungel

SAD, Wien

Mit einem immergrünen Licht- und luftdurchlässigen Pflanzengitter will der Wiener Architekt Franz Fejhringer ganze Straßenzüge überdachen, um mit Hilfe dieser natürlichen „Abgas-maske“ zur Verbesserung der Le-bensqualität von Großstadtbewoh-nern beitragen.

Pech für Bienen

dpa/SAD, New York/Nassau

Im US-Bundesstaat Louisiana verunglückte ein Lastzug mit einer La-dung von 18 Millionen Bienen. Das Volk hing in einer zwölf Meter langen Wolke summend über der Unfallstel-le. Bei Lumberville im Oststrick ver-richtete ein Insektenvernichtungsmittel den Bestand von 500 Bienenkör-ben, rund zehn Millionen Bienen.

Gewohnheitsfahrer

dpa, New York

Am Sonntag, als die Verkehrsbe-hörde von Miami die Bürger der Stadt zu einer freien Fahrt mit der neuen Schnellbahn einlud, hatten sich über 100 000 in die silberglänzenden Wa-gen gedrängt. Am Montag morgen sa-ßen im ersten regulären Zug ganze fünf Fahrgäste und zwei Beamte. Die Straße parallel zum Schienenstrang bot das gewohnte Bild: Meilenweite Bleichschlangen.

Mörder wird Pfarrer

rtt, Edinburgh

Der 39-jährige James Nelson, Mör-der seiner Mutter und seit neun Jah-ren in Haft, darf Pfarrer der Kirche von Schottland werden. Deren ehemaliges Oberhaupt, James Mathe-son, zu der Entscheidung: „Wir glau-ben, daß Gott all denen vergibt, die wahrhaft bereuen, wie groß ihre Sün-den auch gewesen sein mögen.“

Das Beste ist: eine gute Versicherung.

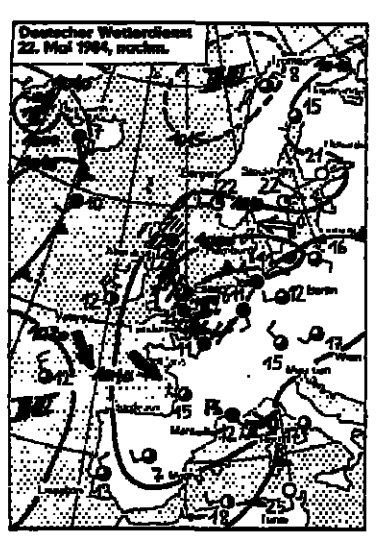
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Rheinländer gehen schon lange aufrecht - Überschrift in der „Süd-deutschen Zeitung“ zu finden von einer Million Jahre alten Spuren bei Koblenz.

WETTER: Freundlich

Wetterlage: Während der Norden Deutschlands anfangs noch von den Wolkenfeldern einer über Dänemark nordwärts ziehenden Störung beein-flußt wird, setzt sich von Süden her leichter Zwischenhochnebel ein.



Vorhersage für Mittwoch

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden anfangs noch stärkere Bewölkung, aber kaum Regen. Im Tagesverlauf auch hier, wie schon in den übrigen Landes-teilen, wolken mit zunehmenden Auf-klärungen und, von einzelnen leichten Schauern abgesehen, trocken. Im Alpenvorland Föhn. Tageshöchsttem-peraturen im Norden um 15 Grad, im Süden um 20 Grad. Schwächer, tags-über mäßiger Wind aus Süd bis Süd-west.

Weitere Aussichten
Von Südosten her aufkommende Be-wölkung und nachfolgender Regen bei wenig gekänderten Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 18 Uhr:			
Berlin	12°	Kairo	34°
Bonn	11°	Kopenhagen	15°
Dresden	12°	Los Palmas	19°
Essen	11°	London	11°
Frankfurt	12°	Madrid	7°
Hamburg	11°	Mallorca	18°
List/Sylt	10°	Moskau	21°
München	15°	Nizza	16°
Stuttgart	15°	Oslo	22°
Alger	18°	Paris	11°
Amsterdam	11°	Prag	11°
Athen	24°	Rom	17°
Barcelona	15°	Stockholm	22°
Brüssel	12°	Tel Aviv	31°
Budapest	16°	Tunis	25°
Bukarest	25°	Wien	17°
Helsinki	31°	Zürich	16°
Istanbul	26°		

Sonnenaufgang: 5.19 Uhr, Untergang: 21.19 Uhr, Mondauf-gang: 3.27 Uhr, Untergang: 14.18 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Eppstein hat Schock überwunden

Ein Jahr nach den Todesschüssen: Nur verletzter Lehrer immer noch dienstunfähig

dpa, Eppstein
Von einem „Wunder“ spricht Franz-Adolf Gelhaar, wenn der beim Amoklauf in der Eppsteiner Freiherr-vom-Stein-Schule schwer verletzte Lehrer die Vorfälle des 3. Juni 1983 und sein Überleben schil-dert. Knapp zwölf Monate nach dem Massaker in dem Taunus-Städtchen, bei dem Gelhaars Kollege Hans-Peter Schmitt, der Polizist Gisbert Beck und die Schulkinder Stephanie Her-mann (12), Javier Martinez (11) und Gabriele Siebert (12) von den Kugeln des Exl-Tschechoslowaken Karel Charva tödlich verletzt worden wa-ren, betrat der Pädagoge zum ersten Mal seit dem tragischen Vorfall wie-der seine Schule, obwohl er nach wie vor dienstunfähig ist. Die Heilung er-scheint ihm als „Geschenk des Him-mels“.

Charva bereits fünf Monate im Hospi-tal verbracht hat, daher das Kran-kenhaus erneut aufsuchen. Ob er sel-nen Beruf überhaupt je wieder aus-üben kann, ist noch unklar.

Nach den Worten von Schulleiter Willi Belz sind auch die bei dem An-schlag verletzten acht Kinder wieder gesund. Lediglich einer der Schüler müsse wegen einer Beinverletzung noch eine Schiene tragen. In der Schule, die von 700 Kindern besucht wird, „beherrscht das Problem den Alltag nicht mehr“, meint Belz. Ein-zelne Schüler litten allerdings immer noch unter den Folgen der damaligen Ereignisse.

Gelhaar wie Belz betonen übereinstimmend, den Opfern des von keinem erkennbaren Motiv getrage-nen Amoklaufs sei großzügig gehol-fen worden. Unter anderem wurden Erholungsaufenthalte für Kinder und ihre Eltern organisiert. Psychologen zugezogen sowie nach einem Besuch des Kultusministers Hans Krollmann zwei neue Lehrer eingestellt, um die pädagogischen Schwierigkeiten und das Leistungsdefizit in der betroffe-nen Jahrgangsstufe aufzufangen. Von den rund 100 000 Mark an Spenden

kam eine sogar als Pfundnote in ei-nem Brief aus Schottland.

Die beiden Pädagogen machen je-doch auch klar, daß der Schock nach der Tat ohne Selbsthilfe, gegenseit-igen Zuspruch und Zusammenhalt von Lehrern, Eltern und Schülern nicht zu bewältigen gewesen wäre. Vor allem Gelhaar läßt keinen Zwei-fel daran, daß er auch heute noch auf die Hilfe seiner Frau, seiner Freunde, seiner Verwandten und auf die Auf-merksamkeit seiner Schüler ange-wiesen ist, um die Nachwirkungen des schrecklichen Erlebnisses bewälti-gen zu können.

Zorn auf die Presse

Der zurückhaltende und ruhige Lehrer wirkt lediglich aufgeregt, wenn die Rede auf das Verhalten der Presse in der Zeit nach dem Amok-lauf kommt. „Wie eine Schar von Gei-ern“ habe sie sich auf die Angehör-igen der Opfer gestürzt, meint Gelhaar dazu. Viele seiner Leidensgenossen, die bereits Abstand zu dem Ereignis gewonnen hätten, könnten ihres Zorns und ihrer Bestürzung über die Praktiken einzelner Presseorgane heute noch nicht Herr werden.

Heißer Tip aus den USA

Hamburger Spezialgruppe gelang Rekord-Kokainfang

HORST DALCHOW, Hamburg

Hamburg wird immer mehr zum Einfallstor für riesige Mengen von Rauschgift aus Südamerika. Die Poli-zei bildet eine spezielle „Ermittlungs-gruppe Kokain“, um der verhängnis-vollen Entwicklung zu begegnen. Am 18. Mai hatten die Beamten der Poli-zei und der Zollverwaltung, wie erst feld daran, daß er auch heute noch auf die Hilfe seiner Frau, seiner Freunde, seiner Verwandten und auf die Auf-merksamkeit seiner Schüler ange-wiesen ist, um die Nachwirkungen des schrecklichen Erlebnisses bewälti-gen zu können.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheint festzustehen, daß der „Schnee“ nicht für den deutschen Markt bestimmt war. Die noch unbe-kannten Drahtzieher hatten den Ham-burger Freihafen lediglich als Transi-tationsstation benützt wollen. Die im Januar 1984 gebildete Spezialrup-pe hatte vor dem großen Schlag be-reits fünf Kilo Kokain auf anderen Schiffen beschlagnahmt. Für die Poli-zei ist trotz aller Erfolge bisher nur „die Spitze eines Eisbergs“ sichtbar ge-worden. Nach Erkenntnissen des BKA werden in jedem Jahr rund 500 Tonnen Kokain produziert - vorwie-gend in Südamerika. Die „beinahe unangreifbar“ gut organisierten Pro-duzenten und Händler können diese Mengen nicht mehr in den USA ab-setzen und werden daher auch in Eu-ropa immer aktiver. Der Schmuggel durch Frachtpassagiere spielt läng-st nur noch eine untergeordnete, die Schiffahrt eine um so größere Rolle.

1983 wurden allein in der Bundes-republik Deutschland 106 Kilo Ko-kain sichergestellt. Im Jahr davor le-gentlich 32. Die Polizei erhofft sich weitere Erfolge dank einer verbesser-ten Zusammenarbeit mit südameri-kanischen Kollegen.